Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/20
26. 11. 80

Sachgebiet 74

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 4. August 1963 zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank

A. Zielsetzung

Die Afrikanische Entwicklungsbank hat, wie die beiden anderen regionalen Entwicklungsbanken (Asiatische Entwicklungsbank, Interamerikanische Entwicklungsbank), die Aufgabe, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer regionalen Mitgliedsstaaten zu fördern. Ihre im Vergleich zu den beiden vorgenannten Finanzierungsinstituten geringe Kapitalausstattung, die auf die begrenzte Finanzkraft der ausschließlich afrikanischen Mitgliedsstaaten zurückzuführen ist, ließ in der Vergangenheit eine volle Entfaltung der Geschäftsmöglichkeiten nicht zu. Durch den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland und anderer nichtregionaler Staaten sollen der Bank zur Sicherung und Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit neue Finanzquellen erschlossen werden.

Die Bundesregierung will hierdurch, wie auch durch die 1973 erfolgte Beteiligung an dem Afrikanischen Entwicklungsfonds, die positive entwicklungspolitische Rolle der Bank stärken und dadurch zu einer schnelleren wirtschaftlichen Entwicklung der afrikanischen Länder beitragen. Der Beitritt soll gleichzeitig die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den Ländern Afrikas festigen.

B. Lösung

Die Bundesregierung ist zusammen mit 20 weiteren nichtregionalen Staaten bereit, dem Übereinkommen über die Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank gemäß den 1979 beschlossenen Allgemeinen Vorschriften über die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank beizutreten.

Damit ist die Zeichnung eines Teils des neu gebildeten nichtregionalen Stammkapitals der Bank verbunden. Das für den Beitritt zu dem Übereinkommen gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Gesetz enthält zugleich die für die Zeichnung des Stammkapitals erforderliche Ermächtigung.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Durch die Ausführung des Gesetzes verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland, der Afrikanischen Entwicklungsbank in fünf gleichen Jahresraten, voraussichtlich ab 1981, als einzahlbaren Grundkapitalanteil den DM-Gegenwert von 46,11 Mio RE (= 106 098 741,00 DM) zur Verfügung zu stellen.

Die Bundesrepublik verpflichtet sich außerdem, zur Absicherung von Kreditaufnahmen der Bank Haftungskapital in Höhe von 138,33 Mio RE (= 318 296 222,00 DM) zu zeichnen.

Auf Grund der bisherigen Praxis der Afrikanischen Entwicklungsbank und den Erfahrungen mit anderen regionalen und internationalen Finanzinstitutionen ist mit einer Inanspruchnahme aus gezeichnetem Haftungskapital nicht zu rechnen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (21) – 650 16 – En 20/80

Bonn, den 25. November 1980

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 4. August 1963 zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Übereinkommens in französischer und englischer Sprache mit deutscher Übersetzung sowie die Denkschrift hierzu sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Der Bundesrat hat in seiner 493. Sitzung am 21. November 1980 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 4. August 1963 zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Übereinkommen von Khartoum vom 4. August 1963 zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank in der Neufassung vom 17. Mai 1979 sowie den vom Gouverneursrat der Bank am 17. Mai 1979 beschlossenen Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank wird zugestimmt. Das Übereinkommen sowie die Allgemeinen Vorschriften werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Zur Erfüllung der Verbindlichkeiten, die der Bundesrepublik Deutschland aus dem Beitritt zur Afrikanischen Entwicklungsbank erwachsen, wird die Bundesregierung ermächtigt, vom nichtregionalen Stammkapital einen Anteil von 184 440 000,00 RE (in Worten: einhundertvierundachtzig Millionen vierhundertvierzigtausend Rechnungseinheiten) im Gegenwert von 424 394 963,00 DM (in Worten: vierhundertvierundzwanzig Millionen dreihundertvierundneunzigtausend neunhundertdreiundsechzig Deutsche Mark) zu festgelegten Kursen zu zeichnen.

Artikel 3

Die Deutsche Bundesbank ist Hinterlegungsstelle für die Afrikanische Entwicklungsbank nach Artikel 40 Abs. 2 des Übereinkommens.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen sowie die Allgemeinen Vorschriften nach Abschnitt 8 der Allgemeinen Vorschriften für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen sowie die Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da durch die Steuerbefreiungen nach Artikel 57 des Übereinkommens auch Steuereinnahmen berührt werden, die ganz oder teilweise den Ländern oder den Gemeinden zufließen.

Zu Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland wird von dem nichtregionalen Stammkapital der Afrikanischen Entwicklungsbank Anteile in Höhe von 184 440 000,00 RE zeichnen. Unter Berücksichtigung der festgelegten Kurse von 1 Rechnungseinheit der Bank gleich 1,20635 US-Dollar und 1 US-Dollar gleich 1,9074 DM entspricht dies 424 394 963,00 DM. Davon sind 25 v. H. gleich 46 110 000,00 RE (= 106 098 741,00 DM) einzuzahlen. Der Restbetrag von 138 330 000,00 RE (= 318 296 222,00 DM) stellt abrufbares Stammkapital (Haftungskapital) dar. Die Inanspruchnahme des Haftungskapitals durch die Bank kommt nur in Betracht, wenn die Einzahlung zur Abdeckung von Verbindlichkeiten der Bank aus Kreditaufnahmen und Garantieübernahmen erforderlich ist (Artikel 7 Abs. 4 in Verbindung mit Artikel 21 des Übereinkommens).

Der von der Bundesrepublik Deutschland einzuzahlende Betrag auf das nichtregionale Stammkapital der Bank ist in fünf gleichen Jahresraten zu leisten; die erste Rate wird innerhalb von 30 Tagen nach Erwerb der Mitgliedschaft fällig (Abschnitt 2 Absatz c Buchstabe ii der Allgemeinen Vorschriften).

Artikel 2 schafft eine gesetzliche Ermächtigung zur Übernahme der mit der Zeichnung der Kapitalanteile beim Beitritt verbundenen finanziellen Verpflichtungen. Die nach Artikel 115 Abs. 1 Satz 1 GG vorgeschriebene gesetzliche Ermächtigung zur Übernahme von Gewährleistungen in der Form von abrufbarem Stammkapital (Haftungskapital) ist ferner bereits in § 13 HG 1980 – vorerst freilich auf dessen Geltungsdauer beschränkt – enthalten. Eine Inanspruchnahme aus dem gezeichneten Haftungskapital erscheint nicht wahrscheinlich.

Zu Artikel 3

Diese Bestimmung trägt der Aufgabenstellung der Deutschen Bundesbank Rechnung.

Zu Artikel 4

Das Übereinkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen und die Allgemeinen Vorschriften nach Abschnitt 8 der Allgemeinen Vorschriften für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Übereinkommen zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank

unter Berücksichtigung der im Gouverneursrat genehmigten Änderungen
Entschließung 05–79

Agreement Establishing the African Development Bank

Reflecting Amendments Approved in Board of Governors
Resolution 05–79

Accord portant création de la Banque africaine de Développement

avec les amendements faits par Résolution 05–79
du conseil des Gouverneurs

The Governments on whose behalf this Agreement is signed,

determined to strengthen African solidarity by means of economic co-operation between African States,

considering the necessity of accelerating the development of the extensive human and natural resources of Africa in order to stimulate economic development and social progress in that region,

realizing the importance of co-ordinating national plans of economic and social development for the promotion of the harmonious growth of African economies as a whole and the expansion of African foreign trade and, in particular, inter-African trade,

recognizing that the establishment of a financial institution common to all African countries would serve these ends,

convinced that a partnership of African and non-African countries will facilitate an additional flow of international capital through such an institution for the economic development and social progress of the region, and the mutual benefit of all parties to this Agreement,

have agreed to establish hereby the African Development Bank (hereinafter called the "Bank") which shall be governed by the following provisions:

Les Gouvernements au nom desquels est signé le présent Accord,

résolus à renforcer la solidarité africaine par la coopération économique entre Etats africains,

considérant qu'il est nécessaire d'accélérer la mise en valeur des vastes ressources humaines et naturelles de l'Afrique pour stimuler le développement économique et le progrès social de la région,

comprenant qu'il importe de coordonner les plans nationaux de développement économique et social pour favoriser la croissance harmonieuse de l'ensemble des économies africaines et l'expansion du commerce extérieur africain et, en particulier, des échanges intra-africains,

reconnaissant que la création d'une institution financière commune à tous les pays africains aiderait à réaliser ces fins,

convaincus qu'une association entre pays africains et non africains permettrait de drainer, par l'intermédiaire d'une telle institution, une masse supplémentaire de capitaux internationaux propres à promouvoir le développement économique et le progrès social de cette région, dans l'intérêt de toutes les parties au présent Accord,

sont convenus de créer, par les présentes, la Banque africaine de développement (dénommée ci-après la „Banque") qui sera régie par les dispositions suivantes:

(Übersetzung)

Die Regierungen, in deren Namen dieses Übereinkommen unterzeichnet wird –

in dem festen Willen, die afrikanische Solidarität durch wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen afrikanischen Staaten zu verstärken;

im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Erschließung der ausgedehnten menschlichen und natürlichen Hilfsquellen Afrikas zu beschleunigen, um wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Fortschritt in dieser Region anzuregen;

in Erkenntnis der Bedeutung, die eine Abstimmung der nationalen Pläne zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für die Förderung des harmonischen Wachstums der afrikanischen Volkswirtschaften als Ganzes sowie die Ausweitung des afrikanischen Außenhandels und insbesondere des interafrikanischen Handels haben;

in der Erkenntnis, daß die Gründung einer allen afrikanischen Ländern gemeinsamen Finanzinstitution diesen Zwecken dienen würde;

überzeugt, daß eine Partnerschaft der afrikanischen und nichtafrikanischen Länder einen zusätzlichen Zufluß von internationalem Kapital über eine solche Institution zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Fortschritts der Region und zum gegenseitigen Nutzen aller Vertragsparteien dieses Übereinkommens erleichtern wird –

sind übereingekommen, hiermit die Afrikanische Entwicklungsbank (im folgenden als „Bank" bezeichnet) zu errichten, auf welche die folgenden Bestimmungen Anwendung finden:

Chapter I
Purpose, Functions, Membership and Structure

Article 1
Purpose

The purpose of the bank shall be to contribute to the economic development and social progress of its regional members – individually and jointly.

Article 2
Functions

1. To implement its purpose, the Bank shall have the following functions:

a. To use the resources at its disposal for the financing of investment projects and programmes relating to the economic and social development of its regional members, giving special priority to:

   i. Projects or programmes which by their nature or scope concern several members; and

   ii. Projects or programmes designed to make the economies of its members increasingly complementary and to bring about an orderly expansion of their foreign trade;

b. To undertake, or participate in, the selection, study and preparation of projects, enterprises and activities contributing to such development;

c. To mobilize and increase in Africa, and outside Africa, resources for the financing of such investment projects and programmes;

d. Generally, to promote investment in Africa of public and private capital in projects or programmes designed to contribute to the economic development or social progress of its regional members;

e. To provide such technical assistance as may be needed in Africa for the study, preparation, financing and execution of development projects or programmes; and

f. To undertake such other activities and provide such other services as may advance its purpose.

2. In carrying out its functions, the Bank shall seek to co-operate with national, regional and sub-regional development institutions in Africa. To the same end, it should co-operate with other international organizations pursuing a similar purpose and with other institutions concerned with the development of Africa.

Chapitre premier
But, fonctions, membres et structure

Article premier
But

Le but de la Banque est de contribuer au développement économique et au progrès social des Etats membres régionaux, individuellement et collectivement.

Article 2
Fonctions

1. Pour atteindre son but, la Banque exerce les fonctions suivantes:

a. Utiliser les ressources à sa disposition pour financer des projets et programmes d'investissement qui tendent au développement économique et social des Etats membres régionaux, en donnant particulièrement priorité à:

   i. Des projets ou programmes qui, par leur nature ou leur ampleur, intéressent plusieurs Etats membres; ou

   ii. Des projets ou programmes qui visent à rendre les économies de ses membres de plus en plus complémentaires et à développer de façon ordonnée leur commerce extérieur;

b. Entreprendre seule, ou en participation, la sélection, l'étude et la préparation de projets, entreprises ou activités tendant à ce développement;

c. Mobiliser et augmenter en Afrique et hors d'Afrique les ressources destinées au financement de ces projets et programmes d'investissement;

d. D'une manière générale, favoriser l'investissement en Afrique de capitaux publics et privés dans des projets ou programmes de nature à contribuer au développement économique ou au progrès social des Etats membres régionaux;

e. Fournir l'assistance technique qui peut être nécessaire en Afrique pour l'étude, la préparation, le financement et l'exécution de projets et programmes de développement; et

f. Entreprendre toutes autres activités et fournir tous autres services qui lui permettraient d'atteindre son but.

2. Dans l'exercice de ses fonctions, la Banque devrait coopérer avec les organismes nationaux, régionaux et sous-régionaux de développement en Afrique. Aux mêmes fins, elle s'efforce de coopérer avec d'autres organisations internationales ayant un but analogue au sien et avec d'autres institutions s'intéressant au développement de l'Afrique.

Kapitel I
Zweck, Aufgaben, Mitgliedschaft und Aufbau

Artikel 1
Zweck

Zweck der Bank ist es, zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum sozialen Fortschritt ihrer regionalen Mitglieder als Einzelstaaten und in ihrer Gesamtheit beizutragen.

Artikel 2
Aufgaben

(1) Zur Erfüllung ihres Zweckes hat die Bank die Aufgabe,

a) die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Finanzierung von Investitionsvorhaben und -programmen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer regionalen Mitglieder zu verwenden, wobei sie besonderen Vorrang einräumt

   i) Vorhaben oder Programmen, die nach Art oder Umfang mehrere Mitglieder betreffen, und

   ii) Vorhaben oder Programmen, die bewirken sollen, daß die Volkswirtschaften ihrer Mitglieder einander in zunehmendem Maße ergänzen und daß ihr Außenhandel planvoll ausgeweitet wird;

b) die Auswahl, Untersuchung und Vorbereitung von Vorhaben, Unternehmungen und Tätigkeiten, die zu einer solchen Entwicklung beitragen, durchzuführen oder sich daran zu beteiligen;

c) innerhalb und außerhalb Afrikas Mittel zur Finanzierung solcher Investitionsvorhaben und -programme zu mobilisieren und zu erhöhen;

d) allgemein Investitionen öffentlichen und privaten Kapitals in Afrika bei Vorhaben oder Programmen zu fördern, die zur wirtschaftlichen Entwicklung oder zum sozialen Fortschritt ihrer regionalen Mitglieder beitragen sollen;

e) jede in Afrika benötigte technische Hilfe bei der Untersuchung, Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung von Entwicklungsvorhaben oder -programmen zu gewähren und

f) alle sonstigen Tätigkeiten zu unternehmen und alle sonstigen Leistungen zu erbringen, die zur Erfüllung ihres Zweckes beitragen können.

(2) Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bemüht sich die Bank um Zusammenarbeit mit nationalen, regionalen und subregionalen Entwicklungsinstitutionen in Afrika. Zum gleichen Zweck sollte sie auch mit anderen internationalen Organisationen, die einen ähnlichen Zweck verfolgen, und mit anderen mit der Entwicklung von Afrika befaßten Institutionen zusammenarbeiten.

3. The Bank shall be guided in all its decisions by the provisions of articles 1 and 2 of this Agreement.

Article 3

Membership and Geographical Area

1. Any African country which has the status of an independent State may become a regional member of the Bank. It shall acquire membership in accordance with paragraph 1 or paragraph 2 of article 64 of this Agreement.

2. The geographical area to which the regional membership and development activities of the Bank may extend (referred to in this Agreement as "Africa" or "African", as the case may be) shall comprise the continent of Africa and African islands.

3. Nonregional countries which are, or become, members of the African Development Fund, or which have made, or are making, contributions to the African Development Fund under terms and conditions similar to the terms and conditions of the Agreement Establishing the African Development Fund, may also be admitted to the Bank, at such times and under such general rules as the Board of Governors shall have established. Such general rules may be amended only by decision of the Board of Governors by a two-thirds majority of the total number of governors, including two-thirds of the governors of nonregional members, representing not less than three-fourths of the total voting power of the member countries.

Article 4

Structure

The Bank shall have a Board of Governors, a Board of Directors, a President, at least one Vice-President and such other officers and staff to perform such duties as the Bank may determine.

Chapter II

Capital

Article 5

Authorized Capital

1. a. The authorized capital stock of the Bank shall be 250,000,000 units of account. It shall be divided into 25,000 shares of a par value of 10,000 units of account each share, which shall be available for subscription by members.

b The value of the unit of account shall be 0.88867088 gramme of fine gold.

2. The authorized capital stock shall be divided into paid-up shares and callable shares. The equivalent of 125,000,000

3. Dans toutes ses décisions, la Banque s'inspire des dispositions des articles premier et 2 du présent Accord.

Article 3

Membres et compétence géographique

1. A vocation à devenir membre régional de la Banque tout pays africain ayant le statut d'Etat indépendant. Il devient membre conformément soit au paragraphe 1, soit au paragraphe 2 de l'article 64 du présent Accord.

2. La région dont les pays peuvent devenir membres régionaux de la Banque et à laquelle celle-ci peut étendre son activité en matière de développement (région désignée, dans le présent Accord, par «Afrique» ou «africain», suivant le cas) comprend le continent africain et les îles d'Afrique.

3. Les pays non régionaux, membres ou qui deviennent membres du Fonds africain de développement, ou versant ou ayant versé des contributions au Fonds africain de développement selon des conditions et modalités équivalentes à celles de l'Accord portant création du Fonds africain de développement peuvent être admis en qualité de membres de la Banque aux dates respectives et conformément aux règles générales qu'aura arrêtées le Conseil des gouverneurs. Ces règles générales ne peuvent être amendées par le Conseil des gouverneurs qu'à la majorité des deux tiers du nombre total des gouverneurs comprenant les deux tiers des gouverneurs des membres non régionaux, le tout représentant au moins les trois quarts de l'ensemble des voix attribuées aux Etats membres.

Article 4

Structure

La Banque est pourvue d'un Conseil des gouverneurs, d'un Conseil d'administration, d'un Président et d'au moins un Vice-Président, ainsi que des fonctionnaires et du personnel nécessaires pour l'exécution des tâches qu'elle détermine.

Chapitre II

Capital

Article 5

Capital autorisé

1. a. Le capital-actions autorisé de la Banque est de 250 000 000 d'unités de compte. Il se divise en 25 000 actions, d'une valeur nominale de 10 000 unités de compte chacune, qui sont offertes à la souscription des Etats membres.

b. La valeur de l'unité de compte est de 0,88867088 gramme d'or fin.

2. Le capital autorisé se compose d'actions à libérer entièrement et d'actions sujettes à appel. L'équivalent

(3) Die Bank läßt sich bei allen Beschlüssen von den Artikeln 1 und 2 leiten.

Artikel 3

Mitgliedschaft und geographischer Bereich

(1) Jedes afrikanische Land, das den Status eines unabhängigen Staates hat, kann regionales Mitglied der Bank werden. Die Mitgliedschaft wird nach Artikel 64 Absatz 1 oder 2 erworben.

(2) Der geographische Bereich, auf den sich die regionale Mitgliedschaft und die Entwicklungstätigkeiten der Bank erstrecken können (in diesem Übereinkommen als „Afrika" bzw. „afrikanisch" bezeichnet), umfaßt den Kontinent Afrika und die afrikanischen Inseln.

(3) Nichtregionale Staaten, die Mitglieder des Afrikanischen Entwicklungsfonds sind oder werden oder die zu Bedingungen, die denen des Übereinkommens zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds ähnlich sind, Beiträge an den Afrikanischen Entwicklungsfonds geleistet haben oder leisten, können zu den Zeitpunkten und nach den allgemeinen Vorschriften in die Bank aufgenommen werden, die vom Gouverneursrat festgesetzt wurden. Diese allgemeinen Vorschriften können nur durch Beschluß des Gouverneursrats mit Zweidrittelmehrheit aller Gouverneure einschließlich zwei Drittel der Gouverneure der nichtregionalen Mitglieder geändert werden, die dabei mindestens drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der Mitgliedstaaten vertreten müssen.

Artikel 4

Aufbau

Die Bank hat einen Gouverneursrat, ein Direktorium, einen Präsidenten, wenigstens einen Vizepräsidenten und leitende und sonstige Bedienstete zur Durchführung der von der Bank bestimmten Aufgaben.

Kapitel II

Kapital

Artikel 5

Genehmigtes Kapital

(1) a) Das genehmigte Stammkapital der Bank beträgt 250 000 000 Rechnungseinheiten. Es zerfällt in 25 000 Anteile im Nennwert von je 10 000 Rechnungseinheiten, die von den Mitgliedern gezeichnet werden können.

b) Der Wert der Rechnungseinheit ist 0,88867088 Gramm Feingold.

(2) Das genehmigte Stammkapital zerfällt in eingezahlte Anteile und abrufbare Anteile. Der Gegenwert von 125 000 000

units of account shall be paid up, and the equivalent of 125,000,000 units of account shall be callable for the purpose defined in paragraph 4 a of article 7 of this Agreement.

3. Subject to the provisions of paragraph 4 of this article, the authorized capital stock may be increased as and when the Board of Governors deems it advisable. Unless that stock is increased solely to provide for the initial subscription of a member, the decision of the Board shall be adopted by a two-thirds majority of the total number of Governors, representing not less than three-quarters of the total voting power of the members.

4. The authorized capital stock and any increases thereof shall be allocated for subscription to regional and nonregional members in such proportions that the respective groups shall have available for subscription that number of shares which, if fully subscribed, would result in regional members holding two-thirds of the total voting power and nonregional members one-third of the total voting power.

Article 6

Subscription of Shares

1. Each member shall initially subscribe shares of the capital stock of the Bank. The initial subscription of each member shall consist of an equal number of paid-up and callable shares. The initial number of shares to be subscribed by a State which acquires membership in accordance with paragraph 1 of article 64 of this Agreement shall be that set forth in its respect in annex A to this Agreement, which shall form an integral part thereof. The initial number of shares to be subscribed by other members shall be determined by the Board of Governors.

2. In the event of an increase of the capital stock for a purpose other than solely to provide for an initial subscription of a member, each member shall have the right to subscribe, on such uniform terms and conditions as the Board of Governors shall determine, a proportion of the increase of stock equivalent to the proportion which its stock theretofore subscribed bears to the total capital stock of the Bank. No member, however, shall be obligated to subscribe to any part of such increased stock.

3. A member may request the Bank to increase its subscription on such terms and conditions as the Board of Governors may determine.

4. Shares of stock initially subscribed by States which acquire membership in accordance with paragraph 1 of article 64 of this Agreement shall be issued at par. Other shares shall be issued at par unless

de 125 000 000 d'unités de compte est libéré et l'équivalent de 125 000 000 d'unités de compte est sujet à appel aux fins énoncées au paragraphe 4 a. de l'article 7 du présent Accord.

3. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4 de cet article, le capital-actions autorisé peut être augmenté suivant les modalités et au moment que le Conseil des gouverneurs juge opportuns. Sauf en cas d'augmentation de capital uniquement consécutive à la souscription initiale d'un Etat membre, la décision du Conseil est prise à la majorité des deux tiers du nombre total des gouverneurs, représentant au moins les trois quarts du nombre total des voix attribuées aux Etats membres.

4. Le capital-actions autorisé ainsi que toute augmentation de celui-ci, seront ouverts à la souscription des membres régionaux et non régionaux, de telle sorte que chaque groupe dispose pour la souscription du nombre d'actions qui, s'il est entièrement souscrit, se traduirait par la détention des deux tiers du total des voix en ce qui concerne les membres régionaux et d'un tiers du total des voix en ce qui concerne les membres non régionaux.

Article 6

Souscription des actions

1. Chaque Etat membre souscrit initialement sa part d'actions au capital de la Banque. La souscription initiale de chaque membre est constituée, en parties égales, d'actions à libérer entièrement et d'actions sujettes à appel. Le nombre initial d'actions à souscrire par un Etat qui devient membre conformément au paragraphe 1 de l'article 64 du présent Accord est le nombre prévu à l'annexe A au présent Accord qui est partie intégrante dudit Accord. Le nombre initial d'actions à souscrire par d'autres membres est déterminé par le Conseil des gouverneurs.

2. En cas d'augmentation du capital-actions qui ne soit pas uniquement consécutive à la souscription initiale d'un Etat membre, chaque Etat membre a le droit de souscrire, selon les conditions et modalités uniformes fixées par le Conseil des gouverneurs, une fraction de l'augmentation équivalente au rapport qui existe entre le nombre des actions déjà souscrites par lui et le capital-actions total de la Banque. Toutefois, aucun membre n'est tenu de souscrire une fraction quelconque de l'augmentation.

3. Un Etat membre peut demander à la Banque d'augmenter sa souscription selon les conditions et modalités que le Conseil des gouverneurs détermine.

4. Les actions initialement souscrites par les Etats qui deviennent membres conformément au paragraphe 1 de l'article 64 du présent Accord sont émises au pair. Les autres actions sont émises au

Rechnungseinheiten ist einzuzahlen, und der Gegenwert von 125 000 000 Rechnungseinheiten ist für den in Artikel 7 Absatz 4 Buchstabe a bestimmten Zweck abrufbar.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 4 kann das genehmigte Stammkapital erhöht werden, soweit und sobald der Gouverneursrat dies für ratsam hält. Außer wenn das Kapital nur erhöht wird, um die Erstzeichnung eines Mitglieds zu ermöglichen, wird der Beschluß des Rates mit Zweidrittelmehrheit aller Gouverneure angenommen, die dabei mindestens drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten müssen.

(4) Das genehmigte Stammkapital und etwaige Erhöhungen desselben werden den regionalen und nichtregionalen Mitgliedern in einem solchen Verhältnis zur Zeichnung zugewiesen, daß den jeweiligen Gruppen diejenige Anzahl von Anteilen zur Zeichnung zur Verfügung steht, die bei voller Zeichnung ergeben würde, daß die regionalen Mitglieder zwei Drittel der Gesamtstimmenzahl und die nichtregionalen Mitglieder ein Drittel der Gesamtstimmenzahl besitzen.

Artikel 6

Zeichnung von Anteilen

(1) Jedes Mitglied zeichnet zunächst Anteile am Stammkapital der Bank. Die ursprüngliche Zeichnung jedes Mitglieds besteht aus einer gleichen Anzahl von eingezahlten und abrufbaren Anteilen. Die Anzahl der von einem Staat, der die Mitgliedschaft nach Artikel 64 Absatz 1 erwirbt, ursprünglich zu zeichnenden Anteile ist in Anlage A festgelegt, die Bestandteil dieses Übereinkommens ist. Die Anzahl der von anderen Mitgliedern ursprünglich zu zeichnenden Anteile wird vom Gouverneursrat festgelegt.

(2) Bei einer Erhöhung des Stammkapitals für einen Zweck, der nicht allein in der Ermöglichung einer ursprünglichen Zeichnung für ein Mitglied besteht, ist jedes Mitglied berechtigt, zu den vom Gouverneursrat festgelegten einheitlichen Bedingungen einen Teil des Erhöhungsbetrags zu zeichnen, der dem bereits von ihm gezeichneten Teil des gesamten Stammkapitals der Bank entspricht. Die Mitglieder sind jedoch nicht verpflichtet, sich an der Zeichnung der Kapitalerhöhung zu beteiligen.

(3) Ein Mitglied kann die Bank ersuchen, seine Zeichnung zu den vom Gouverneursrat festgelegten Bedingungen zu erhöhen.

(4) Die von Staaten, welche die Mitgliedschaft nach Artikel 64 Absatz 1 erwerben, ursprünglich gezeichneten Anteile am Stammkapital werden zum Nennwert ausgegeben. Weitere Anteile wer-

the Board of Governors by a majority of the total voting power of the members decides in special circumstances to issue them on other terms.

5. Liability on shares shall be limited to the unpaid portion of their issue price.

6. Shares shall not be pledged nor encumbered in any manner. They shall be transferable only to the Bank.

Article 7

Payment of Subscription

1. a. Payment of the amount initially subscribed to the paid-up capital stock of the Bank by a member which acquires membership in accordance with paragraph 1 of article 64 shall be made in six instalments, the first of which shall be five per cent, the second thirty-five per cent, and the remaining four instalments each fifteen per cent of that amount.

b. The first instalment shall be paid by the Government concerned on or before the date of deposit, on its behalf, of the instrument of ratification or acceptance of this Agreement in accordance with paragraph 1 of article 64. The second instalment shall become due on the last day of a period of six months from the entry into force of this Agreement or on the day of the said deposit, whichever is the later day. The third instalment shall become due on the last day of a period of eighteen months from the entry into force of this Agreement. The remaining three instalments shall become due successively each on the last day of a period of one year immediately following the day on which the preceding instalment becomes due.

2. Payments of the amounts initially subscribed by the members of the Bank to the paid-up capital stock shall be made in gold or convertible currency. The Board of Governors shall determine the mode of payment of other amounts subscribed by the members to the paid-up capital stock.

3. The Board of Governors shall determine the dates for the payment of amounts subscribed by the members of the Bank to the paid-up capital stock to which the provisions of paragraph 1 of this article do not apply.

4. a. Payment of the amounts subscribed to the callable capital stock of the Bank shall be subject to call only as and when required by the Bank to meet its obligations incurred, pursuant to paragraph 1 b and d of article 14, on borrowing of funds for inclusion in its ordinary capital resources or guarantees chargeable to such resources.

pair à moins que, dans des circonstances particulières, le Conseil des gouverneurs, à la majorité absolue des voix attribuées aux Etats membres, n'en décide autrement.

5. La responsabilité encourue pour les actions de la Banque est limitée à la partie non versée de leur prix d'émission.

6. Les actions ne doivent être ni données en nantissement ni grevées de charges de quelque manière que ce soit. Elles ne peuvent être cédées qu'à la Banque.

Article 7

Paiement des souscriptions

1. a. Le montant initialement souscrit au capital-actions de la Banque à libérer entièrement par un Etat qui devient membre conformément au paragraphe 1 de l'article 64 est payé en six versements, dont le premier représente cinq pour cent, le deuxième trente-cinq pour cent et les quatre derniers quinze pour cent chacun dudit montant.

b. Le premier versement est fait par le Gouvernement intéressé dès ou avant la date du dépôt, en son nom, de l'instrument de ratification ou d'acceptation du présent Accord conformément au paragraphe 1 de l'article 64. Le deuxième versement vient à échéance le dernier jour de la période de six mois qui suit la date d'entrée en vigueur de l'Accord ou la date du dépôt, selon celle des deux qui est postérieure à l'autre. Le troisième versement vient à échéance le dernier jour de la période de dix-huit mois qui suit l'entrée en vigueur du présent Accord. Les trois derniers versements viennent à échéance successivement le dernier jour de la période d'un an qui suit immédiatement l'échéance précédente.

2. Les montants initialement souscrits par les Etats membres de la Banque au capital-actions à libérer entièrement sont versés en or ou en monnaie convertible. Le Conseil des gouverneurs détermine le mode de paiement des autres montants souscrits par les Etats membres au capital-actions à libérer entièrement.

3. Le Conseil des gouverneurs fixe les dates auxquelles sont versés les montants souscrits par les Etats membres de la Banque au capital-actions à libérer entièrement dans les cas où les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne sont pas applicables.

4. a. Les montants souscrits au capital-actions de la Banque sujet à appel ne font l'objet d'un appel que suivant les modalités et aux dates fixées par la Banque lorsqu'elle en a besoin pour faire face aux engagements qui découlent des alinéas b. et d. du paragraphe 1 de l'article 14, pourvu que lesdits engagements correspondent soit à des emprunts dont les fonds ont été intégrés dans les ressources ordinaires en capital de la Banque, soit à des garanties qui engagent ces ressources.

den zum Nennwert ausgegeben, sofern nicht der Gouverneursrat mit der Mehrheit der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder unter besonderen Umständen beschließt, sie zu anderen Bedingungen auszugeben.

(5) Die Haftung auf Grund der Anteile ist auf den nicht eingezahlten Teil ihres Ausgabepreises beschränkt.

(6) Anteile dürfen weder verpfändet noch belastet werden. Sie sind nur auf die Bank übertragbar.

Artikel 7

Einzahlung der gezeichneten Beträge

(1) a) Die Einzahlung des von einem Mitglied, das die Mitgliedschaft nach Artikel 64 Absatz 1 erwirbt, ursprünglich gezeichneten Betrags des eingezahlten Stammkapitals der Bank erfolgt in sechs Raten: die erste beträgt 5 v. H., die zweite beträgt 35 v. H., und die übrigen vier betragen je 15 v. H. dieses Betrags.

b) Die erste Rate wird von der betreffenden Regierung zu oder vor dem Zeitpunkt gezahlt, in dem nach Artikel 64 Absatz 1 in ihrem Namen die Ratifikations- oder Annahmeurkunde zu diesem Übereinkommen hinterlegt wird. Die zweite Rate wird am letzten Tag eines Zeitraums von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens oder am Tag der genannten Hinterlegung fällig, je nachdem, welcher Tag später liegt. Die dritte Rate wird am letzten Tag eines Zeitraums von achtzehn Monaten nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens fällig. Die restlichen drei Raten werden nacheinander jeweils am letzten Tag eines Zeitraums von einem Jahr unmittelbar nach dem Tag fällig, an dem die vorhergehende Rate fällig wurde.

(2) Einzahlungen der von den Mitgliedern der Bank ursprünglich gezeichneten Beträge des eingezahlten Stammkapitals werden in Gold oder konvertierbarer Währung geleistet. Der Gouverneursrat bestimmt die Zahlungsweise der anderen von den Mitgliedern gezeichneten Beträge des eingezahlten Stammkapitals.

(3) Der Gouverneursrat bestimmt den Zeitpunkt für die Einzahlung der von den Mitgliedern der Bank gezeichneten Beträge des eingezahlten Stammkapitals, auf die Absatz 1 keine Anwendung findet.

(4) a) Die auf das abrufbare Stammkapital der Bank gezeichneten Beträge werden nur in dem Umfang und zu dem Zeitpunkt abgerufen, in dem sie die Bank benötigt, um Verbindlichkeiten zu erfüllen, die sie nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstaben b und d durch die Aufnahme von Krediten zwecks Auffüllung ihrer ordentlichen Kapitalbestände oder durch die Übernahme von Garantien zu Lasten dieser Bestände übernommen hat.

b. In the event of such calls, payment may be made at the option of the member concerned in gold, convertible currency or in the currency required to discharge the obligation of the Bank for the purpose of which the call is made.

c. Calls on unpaid subscriptions shall be uniform in percentage on all callable shares.

5. The Bank shall determine the place for any payment under this article provided that, until the first meeting of its Board of Governors provided in article 66 of this Agreement, the payment of the first instalment referred to in paragraph 1 of this article shall be made to the Trustee referred to in article 66.

b. En cas d'appel, le paiement peut s'effectuer, au choix de l'Etat membre intéressé, en or, en monnaie convertible ou dans la monnaie requise pour que la Banque remplisse les engagements qui ont motivé l'appel.

c. Les appels sur les souscriptions non libérées portent sur un pourcentage uniforme de toutes les actions sujettes à appel.

5. La Banque détermine le lieu où s'effectue tout paiement prévu dans le présent article sous réserve que, jusqu'à la première assemblée du Conseil des gouverneurs prévue à l'article 66 du présent Accord, le premier versement visé au paragraphe 1 du présent article soit fait à l'Institution mandataire (Trustee) mentionnée audit article 66.

b) Im Fall von Abrufen kann die Zahlung nach Wahl des Mitglieds in Gold, in konvertierbarer Währung oder in der Währung erfolgen, die zur Erfüllung der den Abruf bedingenden Verbindlichkeiten der Bank benötigt wird.

c) Abrufe auf nicht eingezahlte Zeichnungen erfolgen zu einem einheitlichen Hundertsatz von allen abrufbaren Anteilen.

(5) Die Bank bestimmt den Ort für alle nach diesem Artikel zu leistenden Zahlungen, jedoch mit der Maßgabe, daß bis zur ersten Sitzung des Gouverneursrats nach Artikel 66 die Einzahlung der ersten in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Rate an den in Artikel 66 genannten Treuhänder erfolgt.

Article 8

Special Funds

1. The Bank may establish, or be entrusted with the administration of, Special Funds which are designed to serve its purpose and come within its functions. It may receive, hold, use, commit or otherwise dispose of resources appertaining to such Special Funds.

2. The resources of such Special Funds shall be kept separate and apart from the ordinary capital resources of the Bank in accordance with the provisions of article 11 of this Agreement.

3. The Bank shall adopt such special rules and regulations as may be required for the administration and use of each Special Fund, provided always that:

a. Such special rules and regulations shall be subject to paragraph 4 of article 7, articles 9 to 11, and those provisions of this Agreement which expressly apply to the ordinary capital resources or ordinary operations of the Bank;

b. Such special rules and regulations must be consistent with provisions of this Agreement which expressly apply to special resources or special operations of the Bank; and that

c. Where such special rules and regulations do not apply, the Special Funds shall be governed by the provisions of this Agreement.

Article 8

Fonds spéciaux

1. La Banque peut instituer des fonds spéciaux ou recevoir la gestion de fonds spéciaux, destinés à servir ses fins dans le cadre de ses fonctions. Elle est habilitée à recevoir, conserver, employer, engager ou de toute autre façon utiliser les ressources affectées à ces fonds spéciaux.

2. Les ressources desdits fonds sont et demeurent séparées et indépendantes des ressources ordinaires en capital de la Banque, conformément aux dispositions de l'article 11 du présent Accord.

3. La Banque adopte les règles et règlements spéciaux qui peuvent être nécessaires pour gérer et utiliser chaque fonds spécial, à condition que:

a. Ces règles et règlements spéciaux soient adoptés sous réserve des dispositions du paragraphe 4 de l'article 7 et des articles 9 à 11, ainsi que des dispositions du présent Accord qui concernent expressément les ressources ordinaires en capital ou les opérations ordinaires de la Banque;

b. Ces règles et règlements spéciaux soient conformes aux dispositions du présent Accord qui concernent expressément les ressources ou opérations spéciales de la Banque; et que,

c. Dans les cas où ces règles et règlements spéciaux ne s'appliquent pas, les fonds spéciaux soient régis par les dispositions du présent Accord.

Artikel 8

Sonderfonds

(1) Die Bank kann Sonderfonds errichten oder mit der Verwaltung von Sonderfonds betraut werden, die dem Zweck der Bank dienen sollen und in ihren Aufgabenbereich fallen. Sie kann Bestände, die zu solchen Sonderfonds gehören, entgegennehmen, halten, verwenden, festlegen oder anderweitig darüber verfügen.

(2) Die Bestände solcher Sonderfonds sind nach Artikel 11 getrennt und gesondert von den ordentlichen Kapitalbeständen der Bank zu halten.

(3) Die Bank erläßt die für die Verwaltung und Verwendung jedes Sonderfonds erforderlichen besonderen Richtlinien und Vorschriften; dabei gilt stets,

a) daß diese besonderen Richtlinien und Vorschriften Artikel 7 Absatz 4, den Artikeln 9 bis 11 und denjenigen Bestimmungen dieses Übereinkommens unterliegen, die ausdrücklich für die ordentlichen Kapitalbestände oder für die ordentlichen Geschäfte der Bank gelten;

b) daß diese besonderen Richtlinien und Vorschriften mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens vereinbar sein müssen, die ausdrücklich für Sonderbestände oder Sondergeschäfte der Bank gelten, und

c) daß die Sonderfonds, wenn diese besonderen Richtlinien und Vorschriften nicht anwendbar sind, den Bestimmungen dieses Übereinkommens unterliegen.

Article 9

Ordinary Capital Resources

For the purposes of this Agreement, the expression "ordinary capital resources" of the Bank shall include:

a. Authorized capital stock of the Bank subscribed pursuant to the provisions of article 6 of this Agreement;

Article 9

Ressources ordinaires en capital

Aux fins du présent Accord, l'expression «ressources ordinaires en capital» englobe:

a. Le capital-actions autorisé de la Banque souscrit conformément aux dispositions de l'article 6 du présent Accord;

Artikel 9

Ordentliche Kapitalbestände

Für die Zwecke dieses Übereinkommens bezeichnet der Ausdruck „ordentliche Kapitalbestände" der Bank

a) das nach Artikel 6 gezeichnete genehmigte Stammkapital der Bank;

b. Funds raised by borrowing of the Bank, by virtue of powers conferred in paragraph a of article 23 of this Agreement, to which the commitment to calls provided for in paragraph 4 of article 7 of this Agreement applies;

c. Funds received in repayment of loans made with resources referred to in paragraphs a and b of this article; and

d. Income derived from loans made from the aforementioned funds; income from guarantees to which the commitment to calls provided for in paragraph 4 of article 7 of this Agreement applies; as well as

e. Any other funds or income received by the Bank which do not form part of its special resources.

b. Les fonds qui proviennent d'emprunts contractés par la Banque, en vertu des pouvoirs conférés par l'alinéa a. de l'article 23 du présent Accord, et auxquels s'appliquent les dispositions du paragraphe 4 de l'article 7 du présent Accord concernant l'obligation d'appel;

c. Les fonds reçus en remboursement de prêts consentis sur les ressources visées aux alinéas a. et b. du présent article;

d. Les revenus provenant des prêts consentis sur les fonds susmentionnés, et ceux des garanties auxquelles s'appliquent les dispositions du paragraphe 4 de l'article 7 du présent Accord concernant l'obligation d'appel; enfin,

e. Tous autres fonds ou revenus reçus par la Banque qui ne font pas partie de ses ressources spéciales.

b) Mittel, die durch Kreditaufnahme der Bank kraft der ihr in Artikel 23 Buchstabe a verliehenen Befugnisse aufgebracht werden und auf welche die in Artikel 7 Absatz 4 vorgesehene Abrufverpflichtung Anwendung findet;

c) Mittel aus der Rückzahlung von Darlehen, die aus den unter den Buchstaben a und b genannten Beständen gewährt wurden, und

d) Einnahmen aus Darlehen, die aus den genannten Mitteln gewährt wurden, Einnahmen aus Garantien, auf welche die in Artikel 7 Absatz 4 vorgesehene Abrufverpflichtung Anwendung findet, sowie

e) alle sonstigen Mittel oder Einnahmen, welche die Bank erhält und die nicht Bestandteil ihrer Sonderbestände sind.

Article 10

Special Resources

1. For the purposes of this Agreement, the expression "special resources" shall refer to the resources of Special Funds and shall include:

a. Resources initially contributed to any Special Fund;

b. Funds borrowed for the purposes of any Special Fund, including the Special Fund provided for in paragraph 6 of article 24 of this Agreement;

c. Funds repaid in respect of loans or guarantees financed from the resources of any Special Fund which, under the rules and regulations governing that Special Fund, are received by that Special Fund;

d. Income derived from operations of the Bank by which any of the aforementioned resources or funds are used or committed if, under the rules and regulations governing the Special Fund concerned, that income accrues to the said Special Fund; and

e. Any other resources at the disposal of any Special Fund.

2. For the purposes of this Agreement, the expression "special resources appertaining to a Special Fund" shall include the resources, funds and income which are referred to in the preceding paragraph and are – as the case may be – contributed to, borrowed or received by, accruing to, or at the disposal of the Special Fund concerned in conformity with the rules and regulations governing that Special Fund.

Article 10

Ressources spéciales

1. Aux fins du présent Accord, l'expression «ressources spéciales» désigne les ressources des fonds spéciaux et comprend:

a. Les ressources versées pour l'établissement de fonds spéciaux;

b. Les fonds empruntés pour tout fonds spécial, y compris le fonds spécial prévu au paragraphe 6 de l'article 24 du présent Accord;

c. Les fonds remboursés sur des prêts ou garanties financés au moyen des ressources d'un fonds spécial, et qui font retour audit fonds conformément aux règles et règlements applicables à ce fonds;

d. Les revenus provenant d'opérations par lesquelles la Banque emploie ou engage certaines des ressources ou certains des fonds susmentionnés si, conformément aux règles et règlements applicables au fonds spécial intéressé, c'est à ce fonds que lesdits revenus reviennent;

e. Toutes autres ressources qui sont à la disposition d'un fonds spécial.

2. Aux fins du présent Accord, l'expression «ressources spéciales affectées à un fonds spécial» englobe les ressources, fonds et revenus visés au paragraphe précédent qui, suivant le cas, sont versés audit fonds, empruntés ou reçus en retour par lui, lui reviennent ou sont mis à sa disposition conformément aux règles et règlements applicables à ce fonds.

Artikel 10

Sonderbestände

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens bezeichnet der Ausdruck „Sonderbestände" die Bestände der Sonderfonds und umfaßt

a) die ursprünglich zu Sonderfonds beigetragenen Bestände;

b) die für die Zwecke von Sonderfonds einschließlich des in Artikel 24 Absatz 6 vorgesehenen Sonderfonds durch Kreditaufnahme aufgebrachten Mittel;

c) Mittel aus der Rückzahlung von aus den Beständen von Sonderfonds finanzierten Darlehen oder Garantien, die nach den Richtlinien und Vorschriften des betreffenden Sonderfonds bei diesem Sonderfonds eingehen;

d) Einnahmen aus Geschäften der Bank, bei denen die vorgenannten Bestände oder Mittel verwendet oder festgelegt werden, wenn nach den Richtlinien und Vorschriften des betreffenden Sonderfonds diese Einnahmen dem betreffenden Sonderfonds zufließen, und

e) sonstige Bestände, die den Sonderfonds zur Verfügung stehen.

(2) Für die Zwecke dieses Übereinkommens schließt der Ausdruck „zu einem Sonderfonds gehörende Sonderbestände" die Bestände, Mittel und Einnahmen ein, die in Absatz 1 genannt sind und die dem betreffenden Sonderfonds im Einklang mit den für ihn geltenden Richtlinien und Vorschriften je nach Lage des Falles als Beitrag zugehen, von ihm durch Kreditaufnahme beschafft werden oder bei ihm eingehen, ihm zufließen oder ihm zur Verfügung stehen.

Article 11

Separation of Resources

1. The ordinary capital resources of the Bank shall at all times and in all respects be held, used, committed, invested or otherwise disposed of, entirely separate from special resources. Each Special Fund, its resources and accounts shall be kept entirely separate from other Special Funds, their resources and accounts.

2. The ordinary capital resources of the Bank shall under no circumstances be charged with, or used to discharge, losses or liabilities arising out of operations or other activities of any Special Fund. Special resources appertaining to any Special Fund shall under no circumstances be charged with, or used to discharge, losses or liabilities arising out of operations or other activities of the Bank financed from its ordinary capital resources or from special resources appertaining to any other Special Fund.

3. In the operations and other activities of any Special Fund, the liability of the Bank shall be limited to the special resources appertaining to that Special Fund which are at the disposal of the Bank.

Chapter III

Operations

Article 12

Use of Resources

The resources and facilities of the Bank shall be used exclusively to implement the purpose and functions set forth in articles 1 and 2 of this Agreement.

Article 13

Ordinary and Special Operations

1. The operations of the Bank shall consist of ordinary operations and of special operations.

2. The ordinary operations shall be those financed from the ordinary capital resources of the Bank.

3. The special operations shall be those financed from the special resources.

4. The financial statements of the Bank shall show the ordinary operations and the special operations of the Bank separately. The Bank shall adopt such other rules and regulations as may be required to ensure the effective separation of the two types of its operations.

5. Expenses appertaining directly to ordinary operations shall be charged to

Article 11

Séparation des ressources

1. Les ressources ordinaires en capital de la Banque sont toujours et à tous égards maintenues, employées, engagées, investies ou de toute autre manière utilisées tout à fait séparément des ressources spéciales. Chaque fonds spécial, ses ressources et ses comptes demeurent totalement distincts des autres fonds spéciaux, de leurs ressources et de leurs comptes.

2. Les ressources ordinaires en capital de la Banque ne sont en aucun cas engagées ou utilisées pour couvrir les pertes ou les engagements découlant d'opérations ou d'autres activités d'un fonds spécial. Les ressources spéciales affectées à un fonds spécial ne sont, en aucun cas, engagées ou utilisées pour couvrir les pertes ou les engagements découlant d'opérations ou d'autres activités de la Banque financées au moyen de ses ressources ordinaires en capital ou de ressources spéciales affectées à un autre fonds spécial.

3. Dans les opérations et autres activités d'un fonds spécial, la responsabilité de la Banque est limitée aux ressources spéciales affectées audit fonds qui sont à la disposition de la Banque.

Chapitre III

Opérations

Article 12

Utilisation des ressources

Les ressources et les facilités dont la Banque dispose sont utilisées exclusivement pour lui permettre d'atteindre le but et de s'acquitter des fonctions énoncées aux articles premier et 2.

Article 13

Opérations ordinaires et opérations spéciales

1. Les opérations de la Banque se divisent en opérations ordinaires et en opérations spéciales.

2. Les opérations ordinaires sont financées au moyen des ressources ordinaires en capital de la Banque.

3. Les opérations spéciales sont financées au moyen des ressources spéciales.

4. Les états financiers de la Banque font apparaître séparément les opérations ordinaires et les opérations spéciales. La Banque adopte les autres règles et règlements nécessaires pour assurer la séparation effective de ses deux types d'opérations.

5. Les dépenses qui découlent directement des opérations ordinaires sont

Artikel 11

Trennung der Bestände

(1) Die ordentlichen Kapitalbestände der Bank werden jederzeit und in jeder Hinsicht völlig getrennt von den Sonderbeständen gehalten, verwendet, festgelegt, angelegt oder anderweitig verwertet. Jeder Sonderfonds, seine Bestände und Konten werden völlig getrennt von anderen Sonderfonds, deren Beständen und Konten geführt.

(2) Die ordentlichen Kapitalbestände der Bank werden unter keinen Umständen mit Verlusten oder Verbindlichkeiten aus den Geschäften oder anderen Betätigungen eines Sonderfonds belastet oder zur Deckung derselben verwendet. Zu einem Sonderfonds gehörende Sonderbestände werden unter keinen Umständen mit Verlusten oder Verbindlichkeiten aus mit ihren ordentlichen Kapitalbeständen oder mit Sonderbeständen, die zu einem anderen Sonderfonds gehören, finanzierten Geschäften oder sonstigen Betätigungen der Bank belastet oder zur Deckung derselben verwendet.

(3) Bei den Geschäften und sonstigen Betätigungen eines Sonderfonds beschränkt sich die Verbindlichkeit der Bank auf die der Bank zur Verfügung stehenden Sonderbestände, die zu diesem Sonderfonds gehören.

Kapitel III

Geschäftstätigkeit

Artikel 12

Verwendung der Bestände

Die Bestände und Einrichtungen der Bank werden ausschließlich zur Erfüllung des in den Artikeln 1 und 2 bezeichneten Zweckes und zur Wahrnehmung der dort genannten Aufgaben verwendet.

Artikel 13

Ordentliche Geschäfte und Sondergeschäfte

(1) Die Geschäftstätigkeit der Bank besteht aus ordentlichen Geschäften und Sondergeschäften.

(2) Als ordentliche Geschäfte gelten die aus den ordentlichen Kapitalbeständen der Bank finanzierten Geschäfte.

(3) Als Sondergeschäfte gelten die aus den Sonderbeständen finanzierten Geschäfte.

(4) In ihren Bilanzen hat die Bank die ordentlichen Geschäfte und die Sondergeschäfte der Bank getrennt auszuweisen. Die Bank erläßt die zur Wahrung einer wirksamen Trennung der beiden Arten der Geschäftstätigkeit notwendigen Richtlinien und Vorschriften.

(5) Ausgaben, die unmittelbar mit den ordentlichen Geschäften zusammenhän-

the ordinary capital resources of the Bank; expenses appertaining directly to special operations shall be charged to the appropriate special resources. Other expenses shall be charged as the Bank shall determine.

Article 14

Recipients and Methods of Operations

1. In its operations, the Bank may provide or facilitate financing for any regional member, political subdivision or any agency thereof or for any institution or undertaking in the territory of any regional member as well as for international or regional agencies or institutions concerned with the development of Africa. Subject to the provisions of this chapter, the Bank may carry out its operations in any of the following ways:

a. By making or participating in direct loans out of:
   i. Funds corresponding to its unimpaired subscribed paid-up capital and, except as provided in article 20 of this Agreement, to its reserves and undistributed surplus; or out of
   ii. Funds corresponding to special resources; or
b. By making or participating in direct loans out of funds borrowed or otherwise acquired by the Bank for inclusion in its ordinary capital resources or in special resources; or
c. By investment of funds referred to in sub-paragraph a or b of this paragraph in the equity capital of an undertaking or institution; or
d. By guaranteeing, in whole or in part, loans made by others.

2. The provisions of this Agreement applying to direct loans which the Bank may make pursuant to sub-paragraph a or b of the preceding paragraph shall also apply to its participation in any direct loan undertaken pursuant to any of those sub-paragraphs. Equally, the provisions of this Agreement applying to guarantees of loans undertaken by the Bank pursuant to sub-paragraph d of the preceding paragraph shall apply where the Bank guarantees part of such a loan only.

Article 15

Limitations on Operations

1. The total amount outstanding in respect of the ordinary operations of the

imputées aux ressources ordinaires en capital de la Banque; les dépenses qui découlent directement des opérations spéciales sont imputées aux ressources spéciales correspondantes. Les autres dépenses sont réglées comme la Banque le décide.

Article 14

Bénéficiaires et méthodes des opérations

1. La Banque, dans le cadre de ses opérations, peut procurer des moyens de financement ou des facilités aux fins d'obtenir de tels moyens, à tout Etat membre régional, tout organisme public ou subdivision politique de cet Etat, ou à toute institution ou entreprise située sur le territoire d'un Etat membre régional, ainsi qu'aux organisations ou institutions internationales ou régionales qui s'intéressent au développement de l'Afrique. Sous réserve des dispositions du présent chapitre, la Banque peut effectuer ses opérations de l'une quelconque des manières suivantes:

a. En accordant des prêts directs ou en participant à de tels prêts au moyen:
   i. Des ressources provenant de son capital-actions libéré et non engagé et, sous réserve des dispositions de l'article 20 du présent Accord, de ses réserves et de l'actif; ou
   ii. Des fonds correspondant aux ressources spéciales; ou
b. En accordant des prêts directs ou en participant à de tels prêts au moyen de fonds qu'elle emprunte ou acquiert de toute manière pour les intégrer dans ses ressources ordinaires en capital ou dans les ressources spéciales; ou
c. En investissant les fonds visés aux alinéas a. et b. du présent paragraphe dans le capital social d'une institution ou d'une entreprise; ou
d. En garantissant, en totalité ou en partie, les prêts consentis par d'autres.

2. Les dispositions du présent Accord qui s'appliquent aux prêts directs que la Banque peut consentir conformément aux alinéas a. ou b. du paragraphe précédent s'appliquent également à sa participation à tout prêt direct accordé conformément aux termes de l'un ou l'autre des alinéas susmentionnés. De même, les dispositions de l'Accord qui s'appliquent aux garanties de prêts consentis par la Banque conformément à l'alinéa d. du paragraphe précédent sont applicables dans les cas où la Banque ne garantit qu'une partie d'un tel prêt.

Article 15

Limites des opérations

1. L'encours total afférent aux opérations ordinaires de la Banque ne doit, à

gen, gehen zu Lasten der ordentlichen Kapitalbestände der Bank; Ausgaben, die unmittelbar mit den Sondergeschäften zusammenhängen, gehen zu Lasten der jeweiligen Sonderbestände. Sonstige Ausgaben gehen zu Lasten desjenigen Kontos, das die Bank bestimmt.

Artikel 14

Empfänger und Geschäftsmethoden

(1) Bei ihrer Geschäftstätigkeit kann die Bank jedem regionalen Mitglied, jeder seiner Gebietskörperschaften oder Dienststellen oder jeder Einrichtung oder jedem Unternehmen im Hoheitsgebiet jedes regionalen Mitglieds sowie internationalen oder regionalen mit der Entwicklungs Afrikas befaßten Stellen oder Institutionen Finanzierungsmittel gewähren oder bei deren Beschaffung behilflich sein. Vorbehaltlich dieses Kapitels kann die Bank ihre Geschäftstätigkeit auf folgende Weise durchführen:

a) durch Gewährung von oder Beteiligung an direkten Darlehen
   i) aus Mitteln, die dem unverminderten gezeichneten eingezahlten Kapital und – vorbehaltlich des Artikels 20 – ihren Reserven und nicht ausgeschütteten Überschüssen entsprechen, oder
   ii) aus Mitteln, die den Sonderbeständen entsprechen;
b) durch Gewährung von oder Beteiligung an direkten Darlehen aus Mitteln, welche die Bank im Weg der Kreditaufnahme beschafft oder auf andere Weise erworben hat, um sie in ihre ordentlichen Kapitalbestände oder in die Sonderbestände einzubringen;
c) durch Investierung der unter den Buchstaben a und b genannten Mittel als Beteiligung am Eigenkapital eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder
d) durch Übernahme von Teil- oder Gesamtgarantien für Darlehen, die von anderen gewährt worden sind.

(2) Die Bestimmungen dieses Übereinkommens, die für direkte Darlehen gelten, welche die Bank nach Absatz 1 Buchstabe a oder b gewähren kann, gelten auch für ihre Beteiligung an direkten Darlehen, die nach einem dieser Buchstaben gewährt wurden. Ebenso gelten die Bestimmungen dieses Übereinkommens, die für Garantien für Darlehen gelten, welche die Bank nach Absatz 1 Buchstabe d übernommen hat, in den Fällen, in denen die Bank nur eine Teilgarantie für ein solches Darlehen übernimmt.

Artikel 15

Grenzen der Geschäftstätigkeit

(1) Der ausstehende Gesamtbetrag im Rahmen der ordentlichen Geschäftstätig-

Bank shall not at any time exceed the total amount of its unimpaired subscribed capital, reserves and surplus included in its ordinary capital resources excepting, however, the special reserve provided for in article 20 of this Agreement.

2. The total amount outstanding in respect of the special operations of the Bank relating to any Special Fund shall not at any time exceed the total amount of the unimpaired special resources appertaining to that Special Fund.

3. In the case of loans made out of funds borrowed by the Bank to which the commitment to calls provided for in paragraph 4 a of article 7 of this Agreement applies, the total amount of principal outstanding and payable to the Bank in a specific currency shall not at any time exceed the total amount of principal outstanding in respect of funds borrowed by the Bank that are payable in the same currency.

4. a. In the case of investments made by virtue of paragraph 1 c of article 14 of this Agreement out of the ordinary capital resources of the Bank, the total amount outstanding shall not at any time exceed ten per cent of the aggregate amount of the paid-up capital stock of the Bank together with the reserves and surplus included in its ordinary capital resources excepting, however, the special reserve provided for in article 20 of this Agreement.

b. At the time it is made, the amount of any specific investment referred to in the preceding sub-paragraph shall not exceed a percentage of equity capital of the institution or undertaking concerned, which the Board of Governors shall have fixed for any investment to be made by virtue of paragraph 1 c of article 14 of this Agreement. In no event shall the Bank seek to obtain by such an investment a controlling interest in the institution or undertaking concerned.

Article 16

Provision of Currencies for Direct Loans

In making direct loans, the Bank shall furnish the borrower with currencies other than the currency of the member in whose territory the project concerned is to be carried out (the latter currency hereinafter to be called "local currency"), which are required to meet foreign exchange expenditure on that project; provided always that the Bank may, in making direct loans, provide financing to meet local expenditure on the project concerned:

aucun moment, excéder le montant total du capital souscrit et non grevé de la Banque, des réserves et de l'actif compris dans ses ressources ordinaires en capital, à l'exclusion toutefois de la réserve spéciale prévue à l'article 20 du présent Accord.

2. L'encours total afférent aux opérations spéciales de la Banque dans le cadre d'un fonds spécial ne doit, à aucun moment, excéder le montant total des ressources spéciales non grevées affectées audit fonds.

3. Dans le cas de prêts accordés sur les fonds empruntés par la Banque, auxquels s'appliquent les dispositions du paragraphe 4 a. de l'article 7 du présent Accord concernant l'obligation d'appel, le montant total du principal restant à régler et payable à la Banque dans une monnaie donnée ne doit, à aucun moment, excéder le montant total du principal restant à régler pour les fonds que la Banque a empruntés et qui sont remboursables dans la même monnaie.

4. a. Dans le cas d'investissements effectués conformément au paragraphe 1 c. de l'article 14 du présent Accord au moyen des ressources ordinaires en capital de la Banque, l'encours total ne doit, à aucun moment, dépasser dix pour cent du montant global du capital-actions de la Banque à libérer entièrement, des réserves et de l'actif compris dans ses ressources ordinaires en capital, à l'exclusion toutefois de la réserve spéciale prévue à l'article 20 du présent Accord.

b. Le montant d'un investissement particulier visé à l'alinéa précédent ne saurait, au moment où il est fait, dépasser un pourcentage du capital social de l'institution ou de l'entreprise intéressée fixé par le Conseil des gouverneurs pour tous les investissements effectués conformément au paragraphe 1 c. de l'article 14 du présent Accord. En aucun cas, la Banque ne cherchera, au moyen de ces investissements, à s'assurer une participation dominante dans l'institution ou l'entreprise en question.

Article 16

Fourniture de monnaies pour les prêts directs

La Banque, lorsqu'elle accorde des prêts directs, fournit à l'emprunteur les monnaies autres que celle de l'Etat membre sur le territoire duquel le projet envisagé doit être exécuté (celle-ci étant dénommée ci-après «monnaie locale»), qui sont nécessaires pour faire face aux dépenses en devises à engager pour ce projet, étant entendu toutefois que la Banque, en accordant ces prêts directs, peut fournir les moyens financiers requis pour couvrir des dépenses locales afférentes audit projet:

keit der Bank darf den Gesamtbetrag ihres unverminderten gezeichneten Kapitals und der zu den ordentlichen Kapitalbeständen gehörenden Reserven und Überschüsse, jedoch mit Ausnahme der Sonderreserve nach Artikel 20, zu keiner Zeit übersteigen.

(2) Der ausstehende Gesamtbetrag im Rahmen der Sondergeschäfte der Bank, die im Zusammenhang mit einem Sonderfonds stehen, darf den Gesamtbetrag der zu dem Sonderfonds gehörenden unverminderten Sonderbestände zu keiner Zeit übersteigen.

(3) Werden Darlehen aus Mitteln gewährt, welche die Bank durch Kreditaufnahme beschafft hat und auf welche die in Artikel 7 Absatz 4 Buchstabe a vorgesehene Abrufverpflichtung Anwendung findet, so darf der Gesamtbetrag des ausstehenden und in einer bestimmten Währung an die Bank zahlbaren Darlehenskapitals den zurückzahlbaren Gesamtkapitalbetrag des von der Bank aufgenommenen Kredits, der in derselben Währung zahlbar ist, zu keiner Zeit übersteigen.

(4) a) Werden nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe c Investitionen aus den ordentlichen Kapitalbeständen der Bank vorgenommen, so darf der ausstehende Gesamtbetrag 10 v. H. des Gesamtbetrags des eingezahlten Stammkapitals der Bank einschließlich der zu ihren ordentlichen Kapitalbeständen zählenden Reserven und Überschüsse, jedoch mit Ausnahme der in Artikel 20 vorgesehenen Sonderreserve, zu keiner Zeit übersteigen.

b) Zu dem Zeitpunkt, zu dem eine bestimmte Investition nach Buchstabe a vorgenommen wird, darf ihr Betrag einen vom Gouverneursrat für alle Investitionen nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe c festgesetzten Hundertsatz des Eigenkapitals der betreffenden Einrichtung oder des betreffenden Unternehmens nicht übersteigen. In keinem Fall darf die Bank sich bemühen, durch eine solche Investition eine beherrschende Beteiligung an der betreffenden Einrichtung oder dem betreffenden Unternehmen zu erwerben.

Artikel 16

Zurverfügungstellung von Währungen für direkte Darlehen

Bei der Gewährung von direkten Darlehen stellt die Bank dem Darlehensnehmer die zur Deckung der Devisenkosten des Vorhabens erforderlichen Währungen zur Verfügung, mit Ausnahme der Währung des Mitglieds, in dessen Hoheitsgebiet das betreffende Vorhaben durchgeführt werden soll (im folgenden als „Landeswährung" bezeichnet); dabei gilt stets, daß die Bank bei der Gewährung direkter Darlehen Finanzierungsmittel zur Deckung von örtlichen Ausgaben bei dem betreffenden Vorhaben zur Verfügung stellen kann,

a. Where it can do so by supplying local currency without selling any of its holdings in gold or convertible currencies; or

b. Where in the opinion of the Bank local expenditure on that project is likely to cause undue loss or strain on the balance of payments of the country where that project is to be carried out and the amount of such financing by the Bank does not exceed a reasonable portion of the total local expenditure incurred on that project.

a. Dans les cas où elle peut le faire en fournissant de la monnaie locale sans vendre une partie quelconque de ses avoirs en or ou en monnaies convertibles; ou

b. Lorsque, de l'avis de la Banque, les dépenses locales engagées au titre de ce projet risquent de provoquer indûment des pertes pour la balance des paiements du pays où le projet doit être exécuté, ou de grever indûment cette balance, et que le montant du financement des dépenses locales assuré par la Banque ne dépasse pas une fraction raisonnable des dépenses locales totales engagées pour l'exécution dudit projet.

a) wenn sie dies durch Bereitstellung von Beträgen in der Landeswährung tun kann, ohne von ihren Beständen an Gold oder konvertiblen Währungen zu verkaufen, oder

b) wenn nach Ansicht der Bank die örtlichen Ausgaben des Vorhabens ungebührliche Verluste oder Beanspruchungen für die Zahlungsbilanz des Landes, in dem das Vorhaben durchgeführt werden soll, zur Folge haben könnten und wenn die von der Bank zur Verfügung gestellten Finanzierungsmittel einen vertretbaren Teil der dem Darlehensnehmer für das Vorhaben entstehenden gesamten örtlichen Ausgaben nicht übersteigen.

Article 17

Operational Principles

1. The operations of the Bank shall be conducted in accordance with the following principles:

a. i. The operations of the Bank shall, except in special circumstances, provide for the financing of specific projects, or groups of projects, particularly those forming part of a national or regional development programme urgently required for the economic or social development of its regional members. They may, however, include global loans to, or guarantees of loans made to, African national development banks or other suitable institutions, in order that the latter may finance projects of a specified type serving the purpose of the Bank within the respective fields of activities of such banks or institutions;

ii. In selecting suitable projects, the Bank shall always be guided by the provisions of paragraph 1 a of article 2 of this Agreement and by the potential contribution of the project concerned to the purpose of the Bank rather than by the type of the project. It shall, however, pay special attention to the selection of suitable multinational projects;

b. The Bank shall not provide for the financing of a project in the territory of a member if that member objects thereto;

c. The Bank shall not provide for the financing of a project to the extent that in its opinion the recipient may obtain the finance or facilities elsewhere on terms that the Bank considers are reasonable for the recipient;

Article 17

Principes de gestion

1. Dans ses opérations, la Banque s'inspire des principes suivants:

a. i. Les opérations de la Banque doivent, à moins de circonstances spéciales, assurer le financement de projets ou groupes de projets déterminés, en particulier ceux qui font partie d'un programme de développement national ou régional, qu'il est urgent de mener à bien pour le développement économique ou social des Etats membres régionaux. La Banque peut cependant accorder des prêts de caractère global à des banques nationales africaines de développement ou autres institutions appropriées, ou garantir des prêts consentis à ces banques ou institutions, en vue de leur permettre de financer certains projets de type déterminé qui servent le but de la Banque dans les domaines d'activités propres à ces banques ou institutions;

ii. Dans le choix des projets appropriés, la Banque est toujours guidée par les dispositions du paragraphe 1 a. de l'article 2 du présent Accord et par la contribution que le projet envisagé peut apporter à la réalisation du but de la Banque plutôt que par le type même du projet. Cependant, elle prête une attention particulière au choix de projets multinationaux appropriés;

b. La Banque ne pourvoit pas au financement d'un projet sur le territoire d'un Etat membre si cet Etat s'y oppose;

c. La Banque ne pourvoit pas au financement d'un projet dans la mesure où, à son avis, le bénéficiaire peut se procurer ailleurs les fonds ou les facilités nécessaires, à des conditions qu'elle juge raisonnables pour lui;

Artikel 17

Geschäftsgrundsätze

(1) Die Geschäftstätigkeit der Bank wird nach folgenden Grundsätzen ausgeübt:

a) i) Die Geschäftstätigkeit der Bank dient, außer unter besonderen Umständen, der Finanzierung bestimmter Vorhaben oder Gruppen von Vorhaben, insbesondere solcher, die Teil eines nationalen oder regionalen Entwicklungsprogramms sind, das für die wirtschaftliche oder soziale Entwicklung ihrer regionalen Mitglieder dringend erforderlich ist. Jedoch kann sich diese Tätigkeit auch auf globale Darlehen oder Darlehensgarantien an afrikanische nationale Entwicklungsbanken oder sonstige geeignete Institutionen erstrecken, damit diese dem Zweck der Bank dienende und im Rahmen des Tätigkeitsbereichs solcher Banken oder Institutionen liegende Vorhaben bestimmter Art finanzieren können;

ii) bei der Auswahl geeigneter Vorhaben läßt sich die Bank stets von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a und von dem möglichen Beitrag des betreffenden Vorhabens zu dem Zweck der Bank und nicht von der Art des Vorhabens leiten. Sie schenkt jedoch der Auswahl geeigneter multinationaler Vorhaben besondere Beachtung;

b) die Bank stellt keine Finanzierungsmittel für ein Vorhaben im Hoheitsgebiet eines Mitglieds zur Verfügung, wenn dieses Einspruch erhebt;

c) die Bank stellt keine Finanzierungsmittel für ein Vorhaben zur Verfügung, soweit nach ihrer Auffassung der Darlehensnehmer die Finanzierungsmittel oder Kreditmöglichkeiten anderweitig zu Bedingungen erhalten kann, welche die Bank als dem Darlehensnehmer zumutbar betrachtet;

d. The proceeds of any loan, investment or other financing undertaken in the ordinary operations of the Bank shall be used only for procurement in member countries of goods and services produced in member countries, except in any case in which the Board of Directors, by a vote of the directors representing not less than two-thirds of the total voting power, determines to permit procurement in a non-member country or of goods and services produced in a non-member country in special circumstances making such procurement appropriate, as in the case of a non-member country in which a significant amount of financing has been provided to the Bank; provided, however, that with respect to any increase of capital stock, the Board of Governors may provide that procurement of goods and services with the proceeds of such increase be restricted to those countries which participate in such increase;

e. In making or guaranteeing a loan, the Bank shall pay due regard to the prospects that the borrower and the guarantor, if any, will be in a position to meet their obligations under the loan;

f. In making or guaranteeing a loan, the Bank shall be satisfied that the rate of interest and other charges are reasonable and such rate, charges and the schedule for the repayment of principal are appropriate for the project concerned;

g. In the case of a direct loan made by the Bank, the borrower shall be permitted by the Bank to draw its funds only to meet expenditure in connexion with the project as it is actually incurred;

h. The Bank shall make arrangements to ensure that the proceeds of any loan made or guaranteed by it are used only for the purposes for which the loan was granted, with due attention to considerations of economy and efficiency;

i. The Bank shall seek to maintain a reasonable diversification in its investments in equity capital;

j. The Bank shall apply sound banking principles to its operations and, in particular, to its investments in equity capital. It shall not assume responsibility for managing any institution or undertaking in which it has an investment; and

d. Le produit d'un prêt, d'un investissement ou d'une autre opération de financement entreprise dans le cadre des opérations ordinaires de la Banque, servira à l'acquisition uniquement dans les pays membres, des biens et services qui y sont produits, sous réserve des cas où le Conseil d'administration décide, par un vote de ses membres représentant les deux tiers au moins de l'ensemble des voix, d'autoriser l'acquisition des biens et services dans un pays non membre ou produits par un pays non membre, si des circonstances particulières rendent commode une telle acquisition, comme par exemple lorsqu'un pays non membre fournit à la Banque des fonds importants. Toutefois, en ce qui concerne toute augmentation du capital-actions, le Conseil des gouverneurs peut décider que l'acquisition des biens et services à partir du produit de l'augmentation soit réservée aux seuls pays participant à cette augmentation;

e. La Banque, en accordant ou en garantissant un prêt, donne l'importance qui lui est due à l'examen de la capacité de l'emprunteur et, le cas échéant, du garant, de faire face aux engagements que le prêt leur impose;

f. La Banque, en accordant ou en garantissant un prêt, s'assure que le taux d'intérêt et les autres charges sont raisonnables et que ce taux et ces charges, ainsi que le plan de remboursement du principal, sont bien adaptés à la nature du projet;

g. Lorsque la Banque accorde un prêt direct, elle n'autorise l'emprunteur à tirer sur les fonds ainsi fournis que pour couvrir les dépenses relatives au projet, au fur et à mesure qu'elles sont effectuées;

h. La Banque prend des dispositions pour s'assurer que le produit d'un prêt quelconque consenti ou garanti par elle est employé exclusivement aux fins auxquelles ledit prêt a été accordé, en donnant aux considérations d'économie et de rendement l'importance qui leur est due;

i. La Banque s'efforce de maintenir une diversification raisonnable dans ses investissements en capital social;

j. La Banque applique les principes d'une saine gestion financière à ses opérations et, en particulier, à ses investissements en capital social. Elle n'assume aucune responsabilité dans la direction d'une institution ou entreprise où elle a placé des fonds;

d) die bereitgestellten Mittel eines Darlehens, einer Kapitalanlage oder einer sonstigen Finanzierung, die im Rahmen der ordentlichen Geschäftstätigkeit der Bank durchgeführt wird, werden ausschließlich in den Mitgliedstaaten für die Beschaffung von in Mitgliedstaaten erzeugten Waren und erbrachten Dienstleistungen verwendet, sofern nicht das Direktorium mit den Stimmen von Direktoren, die mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten, beschließt, die Beschaffung in einem Nichtmitgliedstaat oder die Beschaffung von in einem Nichtmitgliedstaat erzeugten Waren oder erbrachten Dienstleistungen zu gestatten, wenn besondere Umstände dies angebracht erscheinen lassen, beispielsweise im Fall eines Nichtmitgliedstaats, in dem der Bank bedeutende Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt wurden; bei einer Erhöhung des Stammkapitals kann jedoch der Gouverneursrat bestimmen, daß die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen aus Mitteln einer solchen Erhöhung auf die Staaten beschränkt wird, die sich an einer solchen Erhöhung beteiligen;

e) bei der Gewährung eines Darlehens oder einer Darlehensgarantie hat die Bank gebührend zu berücksichtigen, ob die Aussicht besteht, daß der Darlehensnehmer und gegebenenfalls der Bürge ihre Verpflichtungen aus dem Darlehen erfüllen können;

f) bei der Gewährung eines Darlehens oder einer Darlehensgarantie muß die Bank überzeugt sein, daß der Zinssatz und die sonstigen Spesen vertretbar und daß der Zinssatz, die Spesen und die Termine für die Rückzahlung des Kapitals dem betreffenden Vorhaben angemessen sind;

g) im Fall eines von der Bank gewährten direkten Darlehens gestattet die Bank dem Darlehensnehmer lediglich, die Mittel zur Bezahlung von Ausgaben im Zusammenhang mit dem Vorhaben in dem Maße in Anspruch zu nehmen, in dem sie tatsächlich entstehen;

h) die Bank trifft Vorkehrungen, um sicherzustellen, daß die bereitgestellten Mittel aller Darlehen, welche die Bank gewährt oder garantiert hat, nur für die Zwecke, für die das Darlehen gewährt wurde, und unter gebührender Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeits- und Leistungsfähigkeitserwägungen verwendet werden;

i) die Bank wird sich bemühen, bei ihren Kapitalbeteiligungen für eine angemessene Streuung zu sorgen;

j) in ihrer Geschäftstätigkeit und insbesondere bei Kapitalbeteiligungen wendet die Bank die Grundsätze ordentlicher Geschäftsführung bei Banken an. Sie übernimmt keine Verantwortung für die Leitung einer Einrichtung oder eines Unternehmens, in die sie investiert hat, und

k. In guaranteeing a loan made by other investors, the Bank shall receive suitable compensation for its risk.

2. The Bank shall adopt such rules and regulations as are required for the consideration of projects submitted to it.

Article 18

Terms and Conditions for Direct Loans and Guarantees

1. In the case of direct loans made by the Bank, the contract:

a. Shall establish, in conformity with the operational principles set forth in paragraph 1 of article 17 of this Agreement and subject to the other provisions of this chapter, all the terms and conditions for the loan concerned, including those relating to amortization, interest and other charges, and to maturities and dates of payment; and, in particular,

b. Shall provide that – subject to paragraph 3 c of this article – payments to the Bank of amortization, interest, commission and other charges shall be made in the currency loaned, unless – in the case of a direct loan made as part of special operations – the rules and regulations provide otherwise.

2. In the case of loans guaranteed by the Bank, the contract of guarantee:

a. Shall establish, in conformity with the operational principles set forth in paragraph 1 of article 17 of this Agreement and subject to the other provisions of this chapter, all the terms and conditions of the guarantee concerned including those relating to the fees, commission, and other charges of the Bank; and, in particular,

b. Shall provide that – subject to paragraph 3 c of this article – all payments to the Bank under the guarantee contract shall be made in the currency loaned, unless – in the case of a loan guaranteed as part of special operations – the rules and regulations provide otherwise; and

c. Shall also provide that the Bank may terminate its liability with respect to interest if, upon default by the borrower and the guarantor, if any, the Bank offers to purchase, at par and interest accrued to a date designated in the offer, the bonds or other obligations guaranteed.

k. Lorsqu'elle garantit un prêt accordé par d'autres bailleurs de fonds, la Banque reçoit une indemnité convenable pour les risques qu'elle assume.

2. La Banque adopte les règles et règlements requis pour examiner les projets qui lui sont soumis.

Article 18

Conditions et modalités des prêts directs et des garanties

1. Dans le cas de prêts directs consentis par la Banque, le contrat:

a. Détermine, en conformité des principes de gestion énoncés au paragraphe 1 de l'article 17 du présent Accord et sous réserve des autres dispositions de ce chapitre, toutes les conditions et modalités relatives au prêt en question, notamment en ce qui concerne l'amortissement, l'intérêt et autres charges, ainsi que les échéances et dates de paiement; et, en particulier,

b. Prévoit que, sous réserve des dispositions du paragraphe 3 c. du présent article, les versements faits au titre de l'amortissement, des intérêts, des commissions et autres charges, sont effectués dans la monnaie prêtée, à moins que – dans le cas d'un prêt direct accordé dans le cadre des opérations spéciales – les règles et règlements pertinents n'en disposent autrement.

2. Dans le cas de prêts garantis par la Banque, le contrat de garantie:

a. Détermine, en conformité des principes de gestion énoncés au paragraphe 1 de l'article 17 du présent Accord et sous réserve des autres dispositions de ce chapitre, toutes les conditions et modalités de la garantie en question, notamment celles qui se rapportent aux redevances, commissions et autres frais payables à la Banque; et, en particulier,

b. Prévoit que, sous réserve des dispositions du paragraphe 3 c. du présent article, tous les versements faits à la Banque au titre du contrat de garantie sont effectués dans la monnaie prêtée, à moins que – dans le cas d'un prêt direct accordé dans le cadre des opérations spéciales – les règles et règlements pertinents n'en disposent autrement; et

c. Prévoit également que la Banque peut mettre fin à sa responsabilité concernant le service des intérêts si, en cas de défaut de l'emprunteur et, le cas échéant, du garant, elle s'offre à acheter les obligations ou autres titres garantis au pair, majoré des intérêts échus à une date spécifiée dans son offre.

k) bei der Gewährung einer Garantie für ein von anderen Kapitalgebern gewährtes Darlehen erhält die Bank eine angemessene Risikovergütung.

(2) Die Bank erläßt die für die Prüfung der ihr vorgelegten Vorhaben notwendigen Richtlinien und Vorschriften.

Artikel 18

Bedingungen für direkte Darlehen und Garantien

(1) Bei direkten Darlehen, welche die Bank gewährt, wird der Vertrag

a) im Einklang mit den in Artikel 17 Absatz 1 niedergelegten Geschäftsgrundsätzen und vorbehaltlich der anderen Bestimmungen dieses Kapitels alle Bedingungen in bezug auf das Darlehen festlegen, darunter die Bedingungen für Tilgung, Zinsen und sonstige Spesen und in bezug auf Fälligkeits- und Zahlungstermine, und insbesondere

b) vorsehen, daß – vorbehaltlich des Absatzes 3 Buchstabe c – Zahlungen an die Bank für Tilgung, Zinsen, Provisionen und andere Spesen in der Währung des Darlehens erfolgen, sofern nicht – im Fall eines im Rahmen von Sondergeschäften gewährten direkten Darlehens – die Richtlinien und Vorschriften eine andere Regelung vorsehen.

(2) Bei Darlehen, die von der Bank garantiert werden, wird der Garantievertrag

a) im Einklang mit den in Artikel 17 Absatz 1 niedergelegten Geschäftsgrundsätzen und vorbehaltlich der anderen Bestimmungen dieses Kapitels alle Bedingungen der betreffenden Garantie festlegen, darunter die Bedingungen für Gebühren, Provisionen und sonstige Spesen der Bank, und insbesondere

b) vorsehen, daß – vorbehaltlich des Absatzes 3 Buchstabe c – alle nach dem Garantievertrag an die Bank zu leistenden Zahlungen in der Währung erfolgen, in der das Darlehen gewährt wurde, sofern nicht – im Fall eines im Rahmen von Sondergeschäften garantierten Darlehens – die Richtlinien und Vorschriften eine andere Regelung vorsehen;

c) auch vorsehen, daß die Bank ihrer Haftung hinsichtlich der Zinszahlungen ein Ende setzen kann, wenn bei Zahlungsverzug des Darlehensnehmers und des etwaigen Bürgen die Bank das Angebot macht, die garantierten Schuldscheine oder sonstigen Schuldverschreibungen zum Nennwert zuzüglich der bis zu einem in dem Angebot bezeichneten Zeitpunkt aufgelaufenen Zinsen aufzukaufen.

3. In the case of direct loans made or loans guaranteed by the Bank, the Bank:

a. In determining the terms and conditions for the operation, shall take due account of the terms and conditions on which the corresponding funds were obtained by the Bank;

b. Where the recipient is not a member, may, when it deems it advisable, require that the member in whose territory the project concerned is to be carried out, or a public agency or institution of that member acceptable to the Bank, guarantee the repayment of the principal and the payment of interest and other charges on the loan;

c. Shall expressly state the currency in which all payments to the Bank under the contract concerned shall be made. At the option of the borrower, however, such payments may always be made in gold or convertible currency or, subject to the agreement of the Bank, in any other currency; and

d. May attach such other terms or conditions, as it deems appropriate, taking into account both the interest of the member directly concerned in the project and the interests of the members as a whole.

3. Dans le cas de prêts directement consentis ou garantis par elle, la Banque:

a. En fixant les conditions et modalités de l'opération, tient dûment compte des conditions et modalités auxquelles elle a obtenu les fonds correspondants;

b. Dans le cas où l'emprunteur n'est pas un Etat membre, peut, si elle le juge opportun, exiger que l'Etat membre sur le territoire duquel le projet doit être exécuté ou un organisme public ou une institution publique dudit Etat, qui soit agréé par la Banque, garantisse le remboursement du principal et le paiement des intérêts et autres frais afférents au prêt;

c. Indique expressément la monnaie dans laquelle doivent être effectués tous les paiements qui lui sont dus aux termes du contrat. Toutefois, ces paiements peuvent toujours, au gré de l'emprunteur, être effectués en or ou en devises convertibles ou, avec l'assentiment de la Banque, dans toute autre monnaie; et

d. Peut imposer toutes autres conditions qu'elle juge convenables, en tenant compte à la fois des intérêts de l'Etat membre directement en cause dans le projet et des intérêts de l'ensemble des Etats membres.

(3) Bei von der Bank gewährten direkten Darlehen oder garantierten Darlehen

a) berücksichtigt die Bank bei der Festsetzung der Bedingungen für das Geschäft in angemessener Weise die Bedingungen, zu denen die Bank die entsprechenden Mittel erhalten hat;

b) kann die Bank, wenn der Darlehensnehmer nicht Mitglied ist, verlangen, sofern sie dies für ratsam hält, daß das Mitglied, in dessen Hoheitsgebiet das betreffende Vorhaben durchgeführt werden soll, oder eine der Bank annehmbar erscheinende öffentliche Stelle oder Einrichtung dieses Mitglieds die Rückzahlung des Kapitals und die Zahlung der Zinsen und sonstigen Spesen für das Darlehen garantiert;

c) legt die Bank ausdrücklich fest, in welcher Währung alle Zahlungen an die Bank auf Grund des betreffenden Vertrags zu erfolgen haben. Dem Darlehensnehmer steht es jedoch frei, solche Zahlungen jederzeit in Gold oder konvertierbarer Währung oder, vorbehaltlich der Zustimmung der Bank, in anderer Währung zu leisten, und

d) kann die Bank weitere Bedingungen stellen, die sie für angemessen hält, wobei sie sowohl die Interessen des an dem Vorhaben unmittelbar beteiligten Mitglieds als auch die Interessen der Mitglieder insgesamt zu berücksichtigen hat.

Article 19

Commission and Fees

1. The Bank shall charge a commission on direct loans made and guarantees given as part of its ordinary operations. This commission, payable periodically, shall be computed on the amount outstanding on each loan or guarantee and shall be at the rate of not less than one per cent per annum, unless the Bank, after the first ten years of its operations, decides to change this minimum rate by a majority of two-thirds of its members representing not less than three-quarters of the total voting power of the members.

2. In guaranteeing a loan as part of its ordinary operations, the Bank shall charge a guarantee fee, at a rate determined by the Board of Directors, payable periodically on the amount of the loan outstanding.

3. Other charges of the Bank in its ordinary operations and the commission, fees and other charges in its special operations shall be determined by the Board of Directors.

Article 19

Commissions et redevances

1. La Banque perçoit une commission sur les prêts directs qu'elle accorde et sur les garanties qu'elle donne dans le cadre de ses opérations ordinaires. Cette commission, payable à intervalles réguliers, est calculée d'après l'encours de chaque prêt ou garantie au taux d'au moins un pour cent par an, à moins que la Banque, après ses dix premières années d'opérations, ne décide de modifier ce taux minimum à la majorité des deux tiers des Etats membres représentant au moins les trois quarts du nombre total des voix attribuées aux Etats membres.

2. Lorsqu'elle garantit un prêt dans le cadre de ses opérations ordinaires, la Banque perçoit, sur le montant non remboursé du prêt, une redevance de garantie, payable à intervalles réguliers, dont le Conseil d'administration fixe le taux.

3. Les autres redevances à payer à la Banque au titre de ses opérations ordinaires, ainsi que les commissions, redevances de garantie et charges diverses afférentes à ses opérations spéciales, sont fixées par le Conseil d'administration.

Artikel 19

Provisionen und Gebühren

(1) Die Bank erhebt auf direkte Darlehen und Garantien, die sie im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit gewährt hat, eine Provision. Diese in regelmäßigen Abständen zahlbare Provision wird von dem jeweils ausstehenden Betrag des Darlehens oder der Garantie berechnet und beträgt mindestens 1 v. H. im Jahr, sofern nicht die Bank nach Ablauf der ersten zehn Jahre ihrer Geschäftstätigkeit mit Zweidrittelmehrheit ihrer Mitglieder, die mindestens drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten, eine Änderung dieses Mindestsatzes beschließt.

(2) Bei der Übernahme einer Darlehensgarantie im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit erhebt die Bank eine Garantiegebühr in einer vom Direktorium festgesetzten Höhe, die in regelmäßigen Abständen für den ausstehenden Darlehensbetrag zahlbar ist.

(3) Sonstige Spesen der Bank im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit und die Provision, die Gebühren und sonstigen Spesen im Rahmen ihrer Sondergeschäfte werden vom Direktorium festgesetzt.

Article 20

Special Reserve

The amount of commissions received by the Bank pursuant to article 19 of this Agreement shall be set aside as a special reserve which shall be kept for meeting liabilities of the Bank in accordance with its article 21. The special reserve shall be held in such liquid form, permitted under this Agreement, as the Board of Directors may decide.

Article 20

Réserve spéciale

Le montant des commissions perçues par la Banque en vertu de l'article 19 du présent Accord est constitué en réserve spéciale que la Banque garde pour faire face à ses engagements conformément à l'article 21 dudit Accord. La réserve spéciale est maintenue en état de liquidité sous telle forme, autorisée par le présent Accord, que le Conseil d'administration décide.

Artikel 20

Sonderreserve

Die nach Artikel 19 eingenommenen Provisionen werden als Sonderreserve zurückgestellt, die zur Deckung von Verbindlichkeiten der Bank nach Artikel 21 verwendet wird. Die Sonderreserve wird in einer vom Direktorium zu beschließenden Form, die nach diesem Übereinkommen zugelassen ist, liquide angelegt.

Article 21

Methods of Meeting Liabilities of the Bank (Ordinary Operations)

1. Whenever necessary to meet contractual payments of interest, other charges or amortization on the borrowing of the Bank, or to meet its liabilities with respect to similar payments in respect of loans guaranteed by it and chargeable to its ordinary capital resources, the Bank may call an appropriate amount of the unpaid subscribed callable capital in accordance with paragraph 4 of article 7 of this Agreement.

2. In cases of default in respect of a loan made out of borrowed funds or guaranteed by the Bank as part of its ordinary operations, the Bank may, if it believes that the default may be of long duration, call an additional amount of such callable capital not to exceed in any one year one per cent of the total subscriptions of the members, for the following purposes:

a. To redeem before maturity, or otherwise discharge, its liability on all or part of the outstanding principal of any loan guaranteed by it in respect of which the debtor is in default; and

b. To repurchase, or otherwise discharge, its liability on all or part of its own outstanding borrowing.

Article 21

Méthodes permettant à la Banque de faire face à ses engagements en cas de défaut (opérations ordinaires)

1. La Banque est autorisée, conformément au paragraphe 4 de l'article 7 du présent Accord, à appeler un montant approprié sur le capital souscrit non versé et sujet à appel, chaque fois qu'il le faut pour faire face à des paiements contractuels d'intérêts, d'autres charges ou d'amortissements afférents à ses emprunts, ou pour s'acquitter de ses engagements relatifs à des paiements analogues imputables sur ses ressources ordinaires en capital concernant des prêts qu'elle a garantis.

2. En cas de défaut concernant un prêt consenti ou garanti par la Banque dans le cadre de ses opérations ordinaires, la Banque peut, si elle estime que le défaut peut être de longue durée, appeler une fraction additionnelle de ce capital sujet à appel, qui ne doit pas, pour une année donnée, dépasser un pour cent des souscriptions totales des Etats membres:

a. Pour se libérer, par voie de rachat avant échéance ou de toute autre manière, de ses engagements relatifs à la totalité ou à une partie du principal non remboursé d'un prêt qu'elle a garanti et dont le débiteur est en défaut; et

b. Pour se libérer, par voie de rachat ou de toute autre manière, de ses engagements relatifs à la totalité ou à une partie de ses propres emprunts non remboursés.

Artikel 21

Methoden der Erfüllung von Verbindlichkeiten der Bank (Ordentliche Geschäftstätigkeit)

(1) Zur Erfüllung ihrer vertraglichen Zahlungen von Zinsen, sonstigen Spesen oder Tilgungsbeträgen für von der Bank aufgenommene Kredite oder zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten in bezug auf ähnliche Zahlungen für von ihr garantierte Darlehen, die zu Lasten ihrer ordentlichen Kapitalbestände gehen, kann die Bank nach Artikel 7 Absatz 4 einen angemessenen Betrag des nicht eingezahlten gezeichneten abrufbaren Kapitals abrufen.

(2) Tritt bei einem Darlehen, das die Bank im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit garantiert oder aus aufgenommenen Krediten gewährt hat, ein Zahlungsverzug ein, so kann sie, wenn nach ihrer Ansicht der Verzug von langer Dauer sein kann, einen weiteren Betrag des abrufbaren Kapitals abrufen, der jedoch in einem Jahr 1 v. H. der Gesamtzeichnungen der Mitglieder nicht übersteigen darf,

a) um ihre Verbindlichkeit in bezug auf das gesamte oder einen Teil des ausstehenden Kapitals eines von ihr garantierten Darlehens, für das sich der Schuldner in Verzug befindet, vor der Fälligkeit abzulösen oder auf andere Weise zu erfüllen und

b) um ihre Verbindlichkeit in bezug auf den gesamten oder einen Teil des ausstehenden von ihr selbst aufgenommenen Kredits zurückzukaufen oder auf andere Weise zu erfüllen.

Article 22

Methods of Meeting Liabilities on Borrowings for Special Funds

Payments in satisfaction of any liability in respect of borrowings of funds for inclusion in the special resources appertaining to a Special Fund shall be charged:

i. First, against any reserve established for this purpose for or within the Special Fund concerned; and

Article 22

Méthodes permettant de faire face aux engagements découlant des emprunts contractés pour les fonds spéciaux

Les paiements par lesquels la Banque s'acquitte de tout engagement qu'elle a assumé en empruntant des fonds à intégrer aux ressources spéciales affectées à un fonds spécial sont imputables:

i. D'abord, sur toute réserve établie à cette fin pour ledit fonds spécial ou dans le cadre de ce fonds; et ensuite

Artikel 22

Methoden der Erfüllung von Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Krediten für Sonderfonds

Zahlungen zur Erfüllung von Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Krediten zwecks Auffüllung der zu einem Sonderfonds gehörenden Sonderbestände gehen

i) zunächst zu Lasten einer zu diesem Zweck für den oder innerhalb des Sonderfonds gebildeten Reserve und

ii. Then, against any other assets available in the special resources appertaining to that Special Fund.

ii. Sur tous autres avoirs disponibles dans les ressources spéciales affectées audit fonds spécial.

ii) sodann zu Lasten sonstiger Vermögenswerte, die in den zu diesem Sonderfonds gehörenden Sonderbeständen verfügbar sind.

Chapter IV
Borrowing and other Additional Powers

Article 23
General Powers

In addition to the powers provided elsewhere in this Agreement, the Bank shall have power to:

a. Borrow funds in member countries or elsewhere, and in that connexion to furnish such collateral or other security as it shall determine provided always that:

   i. Before making a sale of its obligations in the marked of a member, the Bank shall have obtained its approval;

   ii. Where the obligations of the Bank are to be denominated in the currency of a member, the Bank shall have obtained its approval; and

   iii. Where the funds to be borrowed are to be included in its ordinary capital resources, the Bank shall have obtained, where appropriate, the approval of the members referred to in sub-paragraphs i and ii of this paragraph that the proceeds may be exchanged for any other currency without any restrictions;

b. Buy and sell securities the Bank has issued or guaranteed or in which it has invested provided always that it shall have obtained the approval of any member in whose territory the securities are to be bought or sold;

c. Guarantee or underwrite securities in which it has invested in order to facilitate their sale;

d. Invest funds not needed in its operations in such obligations as it may determine and invest funds held by the Bank for pensions or similar purposes in marketable securities;

e. Undertake activities incidental to its operations such as, among others, the promotion of consortia for financing which serves the purpose of the Bank and comes within its functions;

f. i. Provide all technical advice and assistance which serve its purpose and come within its functions; and

Chapitre IV
Pouvoirs d'emprunt et autres pouvoirs supplémentaires

Article 23
Pouvoirs généraux

Outre les pouvoirs qui lui sont assignés par d'autres dispositions du présent Accord, la Banque est habilitée à:

a. Emprunter des fonds dans les Etats membres ou ailleurs et, à cet égard, à fournir toutes garanties ou autres sûretés qu'elle juge opportunes, sous réserve que:

   i. Avant de céder ses obligations sur le marché des capitaux d'un Etat membre, elle ait obtenu l'assentiment dudit Etat;

   ii. Lorsque ses obligations doivent être libellées dans la monnaie d'un Etat membre, elle ait obtenu l'assentiment dudit Etat; et

   iii. Quand les fonds à emprunter doivent être intégrés dans ses ressources ordinaires en capital, elle obtienne, s'il y a lieu, l'assentiment des Etats membres visés aux alinéas i. et ii. du présent paragraphe pour que les fonds empruntés puissent être changés en d'autres monnaies, sans restriction aucune;

b. Acheter et vendre les titres qu'elle a émis ou garantis ou dans lesquels elle a placé des fonds sous réserve d'obtenir l'assentiment de l'Etat membre sur le territoire duquel lesdits titres doivent être achetés ou vendus;

c. Garantir ou souscrire ferme les titres dans lesquels elle a fait des placements, pour en faciliter la vente;

d. Placer les fonds dont elle n'a pas besoin pour ses opérations dans les obligations qu'elle détermine et investir en titres négociables les fonds de retraite ou fonds analogues qu'elle détient;

e. Entreprendre les opérations qui se rattachent à son activité, notamment encourager la création de consortiums pour un financement qui serve son but et entre dans le cadre de ses fonctions;

f. i. Donner tous les conseils et toute l'assistance technique, qui servent son but et entrent dans le cadre de ses fonctions; et

Kapitel IV
Befugnis zur Kreditaufnahme und sonstige Befugnisse

Artikel 23
Allgemeine Befugnisse

Neben den sonst in diesem Übereinkommen vorgesehenen Befugnissen hat die Bank die Befugnis,

a) in den Mitgliedstaaten oder anderswo Kredite aufzunehmen und in diesem Zusammenhang alle von ihr bestimmten Sicherheiten dafür zu stellen, stets vorausgesetzt, daß

   i) die Bank vor einer Veräußerung ihrer Schuldverschreibungen auf dem Markt eines Mitglieds dessen Zustimmung einholt;

   ii) die Bank, wenn ihre Schuldverschreibungen auf die Währung eines Mitglieds lauten, dessen Zustimmung einholt und

   iii) die Bank, wenn die Kreditaufnahme zwecks Auffüllung ihrer ordentlichen Kapitalbestände erfolgt, gegebenenfalls die Zustimmung der unter den Ziffern i und ii bezeichneten Mitglieder zur uneingeschränkten Umwechslung der Beträge in die Währung jedes anderen Staates einholt;

b) Wertpapiere, die sie ausgegeben oder garantiert hat oder in denen sie Mittel angelegt hat, zu kaufen oder zu verkaufen, stets vorausgesetzt, daß sie die Zustimmung des Mitglieds einholt, in dessen Hoheitsgebiet die Wertpapiere gekauft oder verkauft werden sollen;

c) Wertpapiere, in denen sie Mittel angelegt hat, zu garantieren oder fest zu übernehmen, um ihren Verkauf zu erleichtern;

d) die Mittel, die sie für ihre Geschäftstätigkeit nicht benötigt, in von ihr bestimmten Schuldverschreibungen anzulegen, und die Mittel, die sie für Renten oder ähnliche Zwecke unterhält, in börsenfähigen Wertpapieren anzulegen;

e) mit ihren Geschäften zusammenhängende Tätigkeiten vorzunehmen, unter anderem die Förderung von Konsortien für Finanzierungen, die dem Zweck der Bank dienen und in ihren Aufgabenbereich fallen;

f) i) jede technische Beratung und Hilfe zu gewähren, die ihrem Zweck dient und in ihren Aufgabenbereich fällt, und

ii. Where expenditure incurred by such a service is not reimbursed, charge the net income of the Bank therewith and, in the first five years of its operations, use up to one per cent of its paid-up capital on such expenditure; provided always that the total expenditure of the Bank on such services in each year of that period does not exceed one-fifth of that percentage; and

g. Exercise such other powers as shall be necessary or desirable in furtherance of its purpose and functions, consistent with the provisions of this Agreement.

Article 24

Special Borrowing Powers

1. The Bank may request any regional member to loan amounts of its currency to the Bank in order to finance expenditure in respect of goods or services produced in the territory of that member for the purpose of a project to be carried out in the territory of another member.

2. Unless the regional member concerned invokes economic and financial difficulties which, in its opinion, are likely to be provoked or aggravated by the granting of such a loan to the Bank, that member shall comply with the request of the Bank. The loan shall be made for a period to be agreed with the Bank, which shall be in relation to the duration of the project which the proceeds of that loan are designed to finance.

3. Unless the regional member agrees otherwise, the aggregate amount outstanding in respect of its loans made to the Bank pursuant to this article shall not, at any time, exceed the equivalent of the amount of its subscription to the capital stock of the Bank.

4. Loans to the Bank made pursuant to this article shall bear interest, payable by the Bank to the lending member, at a rate which shall correspond to the average rate of interest paid by the Bank on its borrowings for Special Funds during a period of one year preceding the conclusion of the loan agreement. This rate shall in no event exceed a maximum rate which the Board of Governors shall determine from time to time.

5. The Bank shall repay the loan, and pay the interest due in respect thereof, in the currency of the lending member or in a currency acceptable to the latter.

6. All resources obtained by the Bank by virtue of the provisions of this article shall constitute a Special Fund.

ii. Lorsque les dépenses afférentes à ces services ne sont pas remboursées, les imputer au revenu net de la Banque et, au cours de ses cinq premières années d'opérations, leur consacrer jusqu'à un pour cent de son capital-actions libéré, à condition que les dépenses totales afférentes à de tels services ne dépassent pas, pour chaque année de la période envisagée, un cinquième de ce pourcentage; et

g. Exercer tous autres pouvoirs nécessaires ou souhaitables pour servir son but et s'acquitter de ses fonctions conformément aux dispositions du présent Accord.

Article 24

Pouvoirs d'emprunt spéciaux

1. La Banque peut demander à tout Etat membre régional de lui prêter des montants en sa monnaie pour payer les dépenses afférentes à des biens ou à des services provenant du territoire dudit Etat aux fins d'un projet à exécuter sur le territoire d'un autre Etat membre.

2. A moins que l'Etat membre régional intéressé ne fasse état de difficultés économiques et financières qui, à son avis, sont susceptibles d'être provoquées ou aggravées par l'octroi de ce prêt à la Banque, il accède à la demande de la Banque. Le prêt est accordé pour une période à convenir avec la Banque, en fonction de la durée d'exécution du projet que le montant du prêt est destiné à financer.

3. A moins que l'Etat membre régional n'accepte qu'il en soit autrement, l'encours global des prêts qu'il consent à la Banque aux termes du présent article ne doit, à aucun moment, dépasser l'équivalent du montant de sa souscription au capital-actions de la Banque.

4. Les prêts accordés à la Banque en vertu du présent article portent des intérêts que la Banque règle à l'Etat prêteur, à un taux qui correspond au taux d'intérêt moyen payé par la Banque sur les emprunts qu'elle contracte pour ses fonds spéciaux pendant la période d'un an précédant la conclusion de l'accord de prêt. Ce taux ne saurait, en aucun cas, dépasser un taux maximum que le Conseil des gouverneurs fixe périodiquement.

5. La Banque rembourse le prêt et règle les intérêts échus dans la monnaie de l'Etat membre prêteur ou dans une autre monnaie agréée par lui.

6. Toutes les ressources que la Banque se procure conformément aux dispositions du présent article constituent un fonds spécial.

ii) wenn durch solche Dienste entstandene Ausgaben nicht erstattet werden, das Nettoeinkommen der Bank damit zu belasten und in den ersten fünf Jahren ihrer Geschäftstätigkeit bis zu 1 v. H. ihres eingezahlten Kapitals für solche Ausgaben zu verwenden, stets vorausgesetzt, daß die Gesamtausgaben der Bank für diese Dienste in jedem Jahr dieses Zeitraums ein Fünftel dieses Hundertsatzes nicht übersteigen, und

g) alle sonstigen Befugnisse auszuüben, die zur Förderung ihres Zweckes und ihrer Aufgaben im Einklang mit diesem Übereinkommen notwendig oder wünschenswert sind.

Artikel 24

Sonderbefugnisse für Kreditaufnahme

(1) Die Bank kann jedes regionale Mitglied auffordern, ihr Darlehen in seiner eigenen Währung zu gewähren, um Ausgaben in bezug auf Waren oder Dienstleistungen zu finanzieren, die im Hoheitsgebiet dieses Mitglieds für den Zweck eines im Hoheitsgebiet eines anderen Mitglieds durchzuführenden Vorhabens hergestellt oder erbracht wurden.

(2) Sofern das regionale Mitglied sich nicht auf wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten beruft, die nach seiner Auffassung durch die Gewährung eines Darlehens an die Bank wahrscheinlich hervorgerufen oder verschärft werden, kommt das Mitglied der Aufforderung der Bank nach. Das Darlehen wird für einen mit der Bank zu vereinbarenden Zeitraum gewährt, der im Verhältnis zu der Dauer des Vorhabens steht, das aus den Mitteln des Darlehens finanziert werden soll.

(3) Sofern das regionale Mitglied nicht einer anderen Regelung zustimmt, darf der ausstehende Gesamtbetrag in bezug auf seine der Bank nach diesem Artikel gewährten Darlehen den Gegenwert des Betrags seiner Zeichnung zum Stammkapital der Bank zu keiner Zeit übersteigen.

(4) Für Darlehen, die der Bank nach diesem Artikel gewährt werden, zahlt sie an das darlehengewährende Land Zinsen zu einem Zinssatz, der dem durchschnittlichen Zinssatz entspricht, den die Bank bei ihrer Darlehensaufnahme für Sonderfonds im Zeitraum eines Jahres vor Abschluß des Darlehensabkommens gezahlt hat. Dieser Zinssatz darf in keinem Fall einen Höchstsatz überschreiten, den der Gouverneursrat von Zeit zu Zeit bestimmt.

(5) Die Bank leistet die Rückzahlung des Darlehens und die Zahlung der Zinsen dafür in der Währung des darlehengewährenden Mitglieds oder in einer für dieses annehmbaren Währung.

(6) Alle Bestände, welche die Bank nach diesem Artikel erhält, bilden einen Sonderfonds.

Article 25

Warning to be Placed on Securities

Every security issued or guaranteed by the Bank shall bear on its face a conspicuous statement to the effect that it is not an obligation of any government unless it is in fact the obligation of a particular government in which case it shall so state.

Article 25

Avis devant figurer sur les titres

Il est clairement indiqué, au recto de tout titre garanti ou émis par la Banque, que ce titre ne constitue pas un engagement pour un gouvernement quel qu'il soit, à moins que la responsabilité d'un gouvernement déterminé ne soit effectivement engagée, auquel cas mention expresse en est portée sur le titre.

Artikel 25

Auf Wertpapiere zu setzender Hinweis

Jedes von der Bank ausgegebene oder garantierte Wertpapier hat auf der Vorderseite den deutlich sichtbaren Vermerk zu tragen, daß das Wertpapier keine Verbindlichkeit einer Regierung darstellt, es sei denn, daß es tatsächlich die Verbindlichkeit einer bestimmten Regierung darstellt; in diesem Fall hat der Vermerk entsprechend zu lauten.

Article 26

Valuation of Currencies and Determination of Convertibility

Whenever it shall become necessary under this Agreement:

i. To value any currency in terms of another currency, in terms of gold or of the unit of account defined in paragraph 1 b of article 5 of this Agreement, or

ii. To determine whether any currency is convertible,

such valuation or determination, as the case may be, shall be reasonably made by the Bank after consultation with the International Monetary Fund.

Article 26

Evaluation des monnaies et détermination de la convertibilité

Lorsqu'il est nécessaire, aux termes du présent Accord,

i. D'évaluer une monnaie par rapport à une autre monnaie, à l'or ou à l'unité de compte définie à l'article 5.1 b. du présent Accord, ou

ii. De déterminer si une monnaie est convertible,

il appartient à la Banque d'effectuer équitablement cette évaluation ou cette détermination, après consultation avec le Fonds monétaire international.

Artikel 26

Bewertung von Währungen und Festsetzung der Konvertibilität

Wird es nach diesem Übereinkommen erforderlich,

i) eine Währung im Vergleich zu einer anderen Währung, zu Gold oder zu der in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b bestimmten Rechnungseinheit zu bewerten oder

ii) festzustellen, ob eine Währung konvertierbar ist,

so nimmt die Bank diese Bewertung bzw. Feststellung nach Konsultierung des Internationalen Währungsfonds in angemessener Weise vor.

Article 27

Use of Currencies

1. Members may not maintain or impose any restrictions on the holding or use by the Bank or by any recipient from the Bank, for payments anywhere, of the following:

a. Gold or convertible currencies received by the Bank in payment of subscriptions to the capital stock of the Bank from its members;

b. Currencies of members purchased with the gold or convertible currencies referred to in the preceding sub-paragraph;

c. Currencies obtained by the Bank by borrowing, pursuant to paragraph a of article 23 of this Agreement, for inclusion in its ordinary capital resources;

d. Gold or currencies received by the Bank in payment on account of principal, interest, dividends or other charges in respect of loans or investments made out of any of the funds referred to in sub-paragraphs a to c or in payment of commissions or fees in respect of guarantees issued by the Bank; and

e. Currencies, other than its own, received by a member from the Bank in distribution of the net income of the Bank in accordance with article 42 of this Agreement.

Article 27

Emploi des Monnaies

1. Les Etats membres ne peuvent maintenir ni imposer de restrictions à la faculté de la Banque, ou de quiconque reçoit d'elle des fonds, de détenir ou d'employer, pour effectuer des paiements où que ce soit, les ressources suivantes:

a. L'or ou les devises convertibles que la Banque reçoit des Etats membres en paiement des souscriptions à son capital-actions;

b. Les monnaies des Etats membres achetées avec les disponibilités en or ou en monnaies convertibles mentionnées à l'alinéa précédent;

c. Les monnaies que la Banque se procure par voie d'emprunt, conformément à l'alinéa a. de l'article 23 du présent Accord, pour les intégrer à ses ressources ordinaires en capital;

d. L'or ou les monnaies que la Banque reçoit en amortissement du principal et en paiement des intérêts, des dividendes ou d'autres charges pour les prêts qu'elle a accordés ou les investissements qu'elle a effectués au moyen des fonds visés aux alinéas a. à c. ci-dessus ou en paiement de commissions ou de redevances afférentes à des garanties qu'elle a données; et

e. Les monnaies autres que la sienne qu'un Etat membre reçoit de la Banque en cas de répartition du revenu net de la Banque conformément à l'article 42 du présent Accord.

Artikel 27

Verwendung von Währungen

(1) Die Mitglieder dürfen keinerlei Beschränkungen beibehalten oder einführen, welche die Bank oder einen Empfänger der Bank daran hindern, für Zahlungen an jedem beliebigen Ort folgende Mittel zu halten oder zu verwenden:

a) Gold oder konvertierbare Währungen, die bei der Bank als Zahlung auf Zeichnungen zum Stammkapital der Bank von ihren Mitgliedern eingehen;

b) Währungen von Mitgliedern, die mit dem unter Buchstabe a genannten Gold oder den dort genannten konvertierbaren Währungen erworben wurden;

c) Währungen, die von der Bank durch Kreditaufnahme nach Artikel 23 Buchstabe a zwecks Auffüllung der ordentlichen Kapitalbestände erworben wurden;

d) Gold oder Währungen, welche die Bank durch Kapitalrückzahlung oder durch Zahlung von Zinsen, Dividenden und sonstigen Spesen für Darlehen oder Anlagen, die aus den unter den Buchstaben a bis c bezeichneten Mitteln gewährt wurden, erhalten hat oder die durch Zahlung von Provisionen oder Gebühren für von der Bank gegebene Garantien eingegangen sind, und

e) Währungen, mit Ausnahme der eigenen, die ein Mitglied von der Bank bei der Ausschüttung des Nettoeinkommens der Bank nach Artikel 42 erhalten hat.

2. Members may not maintain or impose any restrictions on the holding or use by the Bank or by any recipient from the Bank, for payments anywhere, of currency of a member received by the Bank which does not come within the provisions of the preceding paragraph, unless:

a. That member declares that it desires the use of such currency to be restricted to payments for goods or services produced in its territory; or

b. Such currency forms part of the special resources of the Bank and its use is subject to special rules and regulations.

3. Members may not maintain or impose any restrictions on the holding or use by the Bank, for making amortization or anticipatory payments or for repurchasing – in whole or in part – its obligations, of currencies received by the Bank in repayment of direct loans made out of its ordinary capital resources.

4. The Bank shall not use gold or currencies which it holds for the purchase of other currencies of its members except:

a. In order to meet its existing obligations; or

b. Pursuant to a decision of the Board of Directors adopted by a two-thirds majority of the total voting power of the members.

Article 28

Maintenance of Value of the Currency Holdings of the Bank

1. Whenever the par value of the currency of a member is reduced in terms of the unit of account defined in paragraph 1 b of article 5 of this Agreement, or its foreign exchange value has, in the opinion of the Bank, depreciated to a significant extent, that member shall pay to the Bank within a reasonable time an amount of its currency required to maintain the value of all such currency held by the Bank on account of its subscription.

2. Whenever the par value of the currency of a member is increased in terms of the said unit of account, or its foreign exchange value has, in the opinion of the Bank, appreciated to a significant extent, the Bank shall pay to that member within a reasonable time an amount of that currency required to adjust the value of all such currency held by the Bank on account of its subscription.

2. Les Etats membres ne peuvent maintenir ni imposer de restrictions à la faculté de la Banque, ou de quiconque reçoit d'elle des fonds, de détenir ou d'employer, pour effectuer des paiements où que ce soit, la monnaie d'un Etat membre reçue par la Banque qui ne rentre pas dans le cadre des dispositions du paragraphe précédent, à moins:

a. Que cet Etat membre n'exprime le vœu que l'emploi de cette monnaie soit limité au paiement des biens produits ou des services fournis sur son territoire; ou

b. Que cette monnaie ne fasse partie des ressources spéciales de la Banque et que son emploi ne soit soumis à des règles et règlements spéciaux.

3. Les Etats membres ne peuvent maintenir ni imposer de restrictions à la faculté de la Banque de détenir ou d'employer, soit pour l'amortissement, soit pour des paiements anticipés, soit pour le rachat total ou partiel de ses obligations, des monnaies reçues par la Banque en remboursement de prêts directs accordés sur ses ressources ordinaires en capital.

4. La Banque n'utilise pas l'or ou les monnaies qu'elle détient pour acheter d'autres monnaies de ses Etats membres, si ce n'est:

a. Pour faire face à ses obligations existantes; ou

b. A la suite d'une décision prise par le Conseil d'administration à la majorité des deux tiers du nombre total des voix attribuées aux Etats membres.

Article 28

Maintien de la valeur des avoirs de la Banque en devises

1. Lorsque la valeur nominale de la monnaie d'un Etat membre, par rapport à l'unité de compte définie au paragraphe 1 b. de l'article 5 du présent Accord, est réduite ou que son taux de change, de l'avis de la Banque, a subi une dépréciation significative, cet Etat membre verse à la Banque, dans des délais raisonnables, un montant de sa monnaie nécessaire pour maintenir la valeur de tous les avoirs que la Banque détient dans cette monnaie au titre de sa souscription.

2. Lorsque la valeur nominale de la monnaie d'un Etat membre, par rapport à ladite unité de compte, est augmentée ou que son taux de change, de l'avis de la Banque, a subi une révalorisation significative, la Banque verse audit Etat, dans des délais raisonnables, un montant de sa monnaie nécessaire pour maintenir la valeur de tous les avoirs que la Banque détient dans cette monnaie au titre de sa souscription.

(2) Die Mitglieder dürfen keinerlei Beschränkungen beibehalten oder einführen, welche die Bank oder einen Empfänger der Bank daran hindern, für Zahlungen an jedem beliebigen Ort die von der Bank entgegengenommene Währung eines Mitglieds zu halten oder zu verwenden, die nicht unter Absatz 1 fällt, es sei denn,

a) daß das Mitglied erklärt, daß es die Beschränkung der Verwendung dieser Währung auf die Bezahlung von in seinem Hoheitsgebiet erzeugten Waren oder erbrachten Dienstleistungen wünscht, oder

b) daß eine solche Währung zu den Sonderbeständen der Bank gehört und ihre Verwendung durch besondere Richtlinien und Vorschriften geregelt ist.

(3) Die Mitglieder dürfen keine Beschränkungen beibehalten oder einführen, welche die Bank daran hindern, für Tilgungs- oder Vorauszahlungen oder zum vollständigen oder teilweisen Rückkauf ihrer Verbindlichkeiten Währungen zu halten oder zu verwenden, die sie als Rückzahlung der aus ihren ordentlichen Kapitalbeständen gewährten direkten Darlehen erhalten hat.

(4) Gold oder Währungen im Besitz der Bank werden von ihr nicht zum Ankauf anderer Währungen ihrer Mitglieder verwendet, es sei denn,

a) um ihre bestehenden Verpflichtungen zu erfüllen oder

b) auf Grund eines mit Zweidrittelmehrheit der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder gefaßten Beschlusses des Direktoriums.

Artikel 28

Aufrechterhaltung des Wertes der Währungsbestände der Bank

(1) Wird die Parität der Währung eines Mitglieds, ausgedrückt in der Rechnungseinheit nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b, herabgesetzt oder ist nach Auffassung der Bank ihr Devisenwert in beträchtlichem Maße gesunken, so zahlt das Mitglied der Bank innerhalb einer angemessenen Frist den Betrag in seiner Währung, der erforderlich ist, um den Wert aller auf Grund seiner Zeichnung im Besitz der Bank befindlichen Bestände in dieser Währung aufrechtzuerhalten.

(2) Wird die Parität der Währung eines Mitglieds, ausgedrückt in der oben genannten Rechnungseinheit, heraufgesetzt oder ist nach Auffassung der Bank ihr Devisenwert in beträchtlichem Maße gestiegen, so zahlt die Bank diesem Mitglied innerhalb einer angemessenen Frist den Betrag in der Währung zurück, der erforderlich ist, um den Wert aller auf Grund seiner Zeichnung im Besitz der Bank befindlichen Bestände in dieser Währung zu berichtigen.

3. The Bank may waive the provisions of this article where a uniform proportionate change in the par value of the currencies of all its members takes place.

3. La Banque peut renoncer à appliquer les dispositions du présent article lorsque la valeur nominale des monnaies de tous les Etats membres est modifiée dans une proportion uniforme.

(3) Die Bank kann auf die Anwendung dieses Artikels verzichten, wenn eine gleichmäßige Änderung der Parität der Währungen aller Mitglieder erfolgt.

Chapter V

Organization and Management

Article 29

Board of Governors: Powers

1. All the powers of the Bank shall be vested in the Board of Governors. In particular, the Board shall issue general directives concerning the credit policy of the Bank.

2. The Board of Governors may delegate to the Board of Directors all its powers except the power to:

a. Decrease the authorized capital stock of the Bank;

b. Establish or accept the administration of Special Funds;

c. Authorize the conclusion of general arrangements for co-operation with the authorities of African countries which have not yet attained independent status or of general agreements for co-operation with African Governments which have not yet acquired membership of the Bank, as well as of such agreements with other Governments and with other international organizations;

d. Determine, on the recommendation of the Board of Directors, the remuneration and conditions of service of the President of the Bank;

e. Determine the remuneration of directors and their alternates;

f. Select outside auditors to certify the General Balance Sheet and the Statement of Profit and Loss of the Bank and to select such other experts as may be necessary to examine and report on the general management of the Bank;

g. Approve, after reviewing the report of the auditors, the General Balance Sheet and Statement of Profit and Loss of the Bank; and

h. Exercise such other powers as are expressly provided for that Board in this Agreement.

3. The Board of Governors shall retain full powers to exercise authority over any matter delegated to the Board of Directors pursuant to paragraph 2 of this article.

Chapitre V

Organisation et gestion

Article 29

Conseil des gouverneurs: pouvoirs

1. Tous les pouvoirs de la Banque sont dévolus au Conseil des gouverneurs. En particulier, le Conseil des gouverneurs formule des directives générales concernant la politique de la Banque en matière de crédit.

2. Le Conseil des gouverneurs peut déléguer tous ses pouvoirs au Conseil d'administration, à l'exception des pouvoirs:

a. De réduire le capital-actions autorisé de la Banque;

b. D'instituer des fonds spéciaux ou d'en accepter la gestion;

c. D'autoriser l'adoption d'arrangements de coopération de caractère général avec les autorités des pays africains qui n'ont pas encore le statut d'Etat indépendant ou d'accords de coopération de caractère général avec des gouvernements africains qui ne sont pas encore devenus membres de la Banque, ainsi que la conclusion de semblables accords avec d'autres gouvernements et avec d'autres organisations internationales;

d. De fixer sur proposition du Conseil d'administration, la rémunération et les conditions de service du Président de la Banque;

e. De fixer la rétribution des administrateurs et de leurs suppléants;

f. De choisir des experts-comptables étrangers à l'institution pour certifier le bilan général et le compte de profits et pertes de la Banque et de choisir les autres experts dont il peut être nécessaire de s'assurer les services pour passer en revue la gestion générale de la Banque et faire rapport à ce sujet;

g. D'approuver, après avoir pris connaissance du rapport des experts-comptables, le bilan général et le compte de profits et pertes de la Banque; et

h. D'exercer tous les autres pouvoirs que le présent Accord confère expressément au Conseil des gouverneurs.

3. Le Conseil des gouverneurs conserve tout pouvoir pour exercer son autorité au sujet de toutes questions qu'il a déléguées au Conseil d'administration conformément au paragraphe 2 du présent article.

Kapitel V

Organisation und Geschäftsführung

Artikel 29

Gouverneursrat: Befugnisse

(1) Alle Befugnisse der Bank liegen beim Gouverneursrat. Insbesondere erläßt der Rat die allgemeinen Richtlinien für die Kreditpolitik der Bank.

(2) Der Gouverneursrat kann alle seine Befugnisse auf das Direktorium übertragen, jedoch mit Ausnahme der Befugnis,

a) das genehmigte Stammkapital der Bank herabzusetzen;

b) Sonderfonds einzurichten oder ihre Verwaltung zu übernehmen;

c) den Abschluß allgemeiner Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit den Behörden afrikanischer Länder, die noch nicht unabhängig sind, oder allgemeiner Übereinkünfte zur Zusammenarbeit mit afrikanischen Regierungen, die noch nicht Mitglieder der Bank geworden sind, sowie solcher Übereinkünfte mit anderen Regierungen und anderen internationalen Organisationen zu genehmigen;

d) auf Empfehlung des Direktoriums die Bezüge des Präsidenten der Bank und seine Arbeits- und Vertragsbedingungen festzulegen;

e) die Bezüge der Direktoren und ihrer Stellvertreter festzusetzen;

f) externe Rechnungsprüfer zur Bestätigung der Jahresbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank auszuwählen sowie erforderlichenfalls andere Fachleute zur Prüfung der allgemeinen Geschäftsführung der Bank und zur Berichterstattung darüber auszuwählen;

g) nach Prüfung des Berichts der Rechnungsprüfer die Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Bank zu genehmigen und

h) alle sonstigen Befugnisse auszuüben, die in diesem Übereinkommen ausdrücklich für den Rat vorgesehen sind.

(3) Der Gouverneursrat behält volle Weisungsbefugnis in allen nach Absatz 2 dem Direktorium übertragenen Angelegenheiten.

Article 30

Board of Governors: Composition

1. Each member shall be represented on the Board of Governors and shall appoint one governor and one alternate governor. They shall be persons of the highest competence and wide experience in economic and financial matters and shall be nationals of the member States. Each governor and alternate shall serve for five years, subject to termination of appointment at any time, or to reappointment, at the pleasure of the appointing member. No alternate may vote except in the absence of his principal. At its annual meeting, the Board shall designate one of the governors as Chairman who shall hold office until the election of the Chairman at the next annual meeting of the Board.

2. Governors and alternates shall serve as such without remuneration from the Bank, but the Bank may pay them reasonable expenses incurred in attending meetings.

Article 30

Conseil des gouverneurs: composition

1. Chaque Etat membre est représenté au Conseil des gouverneurs et nomme un gouverneur et un gouverneur suppléant. Les gouverneurs et leurs suppléants sont des personnes de la plus haute compétence ayant une expérience étendue des questions économiques et financières et sont ressortissants d'Etats membres. Chaque gouverneur et chaque suppléant restent en fonctions pendant cinq ans, étant entendu que leur mandat est révocable à tout moment ou renouvelable au gré de l'Etat membre qui les a nommés. Aucun suppléant n'est admis à voter si ce n'est en l'absence du titulaire. Lors de son assemblée annuelle, le Conseil choisit pour Président l'un des gouverneurs, qui exercera ses fonctions jusqu'à l'élection du Président à l'assemblée annuelle suivante du Conseil.

2. Dans l'exercice de leurs fonctions, les gouverneurs et leurs suppléants ne reçoivent pas de rétribution de la Banque, mais la Banque peut les défrayer des dépenses raisonnables qu'ils encourent pour assister aux assemblées.

Artikel 30

Gouverneursrat: Zusammensetzung

(1) Jedes Mitglied ist im Gouverneursrat vertreten und ernennt einen Gouverneur und einen stellvertretenden Gouverneur. Dabei muß es sich um Persönlichkeiten von höchstem Sachverstand und großer Erfahrung in Wirtschafts- und Finanzfragen handeln, die Staatsangehörige der Mitgliedstaaten sein müssen. Jeder Gouverneur und jeder Stellvertreter hat eine Amtszeit von fünf Jahren, wobei das ernennende Mitglied die Ernennung jederzeit rückgängig machen oder erneuern kann. Stellvertreter nehmen nur bei Abwesenheit ihres Gouverneurs an der Abstimmung teil. Der Rat bestimmt auf seiner Jahrestagung einen der Gouverneure zum Vorsitzenden, der bis zur Wahl des Vorsitzenden auf der nächsten Jahrestagung des Rates im Amt bleibt.

(2) Die Gouverneure und ihre Stellvertreter sind in dieser Eigenschaft ohne Vergütung durch die Bank tätig, doch kann die Bank ihnen für die durch die Teilnahme an den Sitzungen entstehenden Kosten eine angemessene Entschädigung zahlen.

Article 31

Board of Governors: Procedure

1. The Board of Governors shall hold an annual meeting and such other meetings as may be provided for by the Board or called by the Board of Directors. Meetings of the Board of Governors shall be called, by the Board of Directors, whenever requested by five members of the Bank, or by members having one-quarter of the total voting power of the members. All meetings of the Board of Governors shall be held in regional member countries.

2. A quorum for any meeting of the Board of Governors shall be a majority of the total number of governors or their alternates, representing not less than two-thirds of the total voting power of the members. Such quorum shall include a majority of the governors or their alternates of regional members and at least two governors or their alternates of nonregional members. If the Board of Governors is unable to achieve the sub-quorum requirement respecting the presence of nonregional governors or their alternates within two days of the date set for the meeting, the said sub-quorum requirement may be waived.

3. The Board of Governors may by regulation establish a procedure whereby the Board of Directors may, when it deems such action advisable, obtain a vote of the

Article 31

Conseil des gouverneurs: procédure

1. Le Conseil des gouverneurs tient une assemblée annuelle et toutes autres assemblées qu'il peut décider de tenir ou que le Conseil d'administration peut convoquer. Le Conseil d'administration convoque des assemblées du Conseil des gouverneurs lorsque cinq Etats membres ou des Etats membres réunissant le quart du total des voix attribuées aux Etats membres le demandent. Toutes les assemblées du Conseil des gouverneurs seront tenues dans les pays membres régionaux.

2. Le quorum, pour toute assemblée du Conseil des gouverneurs, est constitué par une majorité du nombre total des gouverneurs ou de leurs suppléants, représentant au moins les deux tiers des voix attribuées aux Etats membres. Ce quorum comprend la majorité des gouverneurs des Etats membres régionaux ou de leurs suppléants et au moins deux gouverneurs des Etats membres non régionaux ou leurs suppléants. Si en ce qui concerne la présence des gouverneurs non régionaux ou de leurs suppléants, cette double exigence n'est pas remplie dans un délai de deux jours suivant la date fixée pour la réunion de l'Assemblée, ladite exigence peut être annulée.

3. Le Conseil des gouverneurs peut, par voie de règlement, instituer une procédure permettant au Conseil d'administration, lorsqu'il le juge opportun, d'obtenir

Artikel 31

Gouverneursrat: Verfahren

(1) Der Gouverneursrat hält eine Jahrestagung sowie alle weiteren Tagungen ab, die vom Rat vorgesehen oder vom Direktorium anberaumt werden. Tagungen des Gouverneursrats werden vom Direktorium anberaumt, wenn fünf Mitglieder der Bank bzw. Mitglieder mit einem Viertel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder dies verlangen. Alle Tagungen des Gouverneursrats finden in regionalen Mitgliedstaaten statt.

(2) Der Gouverneursrat ist beschlußfähig, wenn eine Mehrheit der Gesamtzahl der Gouverneure oder ihrer Stellvertreter auf der Sitzung anwesend ist, die mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertritt. Zur Beschlußfähigkeit gehört auch die Anwesenheit der Mehrheit der Gouverneure der regionalen Mitglieder oder ihrer Stellvertreter und von wenigstens zwei Gouverneuren der nichtregionalen Mitglieder oder ihren Stellvertretern. Ist der Gouverneursrat nicht in der Lage, die Nebenbedingung betreffend die Anwesenheit von nichtregionalen Gouverneuren oder deren Stellvertretern bis zwei Tage nach dem angesetzten Tagungstermin zu erfüllen, so kann auf diese Anwesenheitsbedingung verzichtet werden.

(3) Der Gouverneursrat kann durch Erlaß einer Vorschrift ein Verfahren festlegen, wonach das Direktorium, wenn es dies für ratsam hält, eine Abstimmung der

governors on a specific question without calling a meeting of the Board.

4. The Board of Governors, and the Board of Directors to the extent authorized, may establish such subsidiary bodies and adopt such rules and regulations as may be necessary or appropriate to conduct the business of the Bank.

Article 32

Board of Directors: Powers

Without prejudice to the powers of the Board of Governors as provided in article 29 of this Agreement, the Board of Directors shall be responsible for the conduct of the general operations of the Bank and for this purpose shall, in addition to the powers provided for it expressly in this Agreement, exercise all the powers delegated to it by the Board of Governors, and in particular:

a. On recommendation of the President of the Bank, appoint one or more Vice-Presidents of the Bank and determine their terms of service;

b. Prepare the work of the Board of Governors;

c. In conformity with the general directives of the Board of Governors, take decisions concerning particular direct loans, guarantees, investments in equity capital and borrowing of funds by the Bank;

d. Determine the rates of interest for direct loans and of commissions for guarantees;

e. Submit the accounts for each financial year and an annual report for approval to the Board of Governors at each annual meeting; and

f. Determine the general structure of the services of the Bank.

Article 33

Board of Directors: Composition

1. The Board of Directors shall be composed of eighteen members who shall not be governors or alternate governors. Twelve members shall be elected by the governors of the regional members and six members shall be elected by the governors of the nonregional members. They shall be elected by the Board of Governors in accordance with annex B to this Agreement. In electing the Board of Directors, the Board of Governors shall have due regard to the high competence in economic and financial matters required for the office. The Board of Governors may determine to change the number of members of the Board of Directors only by a three-fourths majority of the to-

un vote des gouverneurs sur une question déterminée sans convoquer d'assemblée du Conseil.

4. Le Conseil des gouverneurs et le Conseil d'administration, dans la mesure où ce dernier y est autorisé, peuvent créer les organes subsidiaires et adopter les règles et règlements nécessaires ou appropriés à la conduite des affaires de la Banque.

Article 32

Conseil d'administration: pouvoirs

Sans préjudice des pouvoirs que l'article 29 du présent Accord confère au Conseil des gouverneurs, le Conseil d'administration est chargé de la conduite des opérations générales de la Banque. A cette fin, il exerce, outre les pouvoirs que le présent Accord lui confère expressément, tous les pouvoirs à lui délégués par le Conseil des gouverneurs et, en particulier:

a. Sur la recommandation du Président de la Banque, nomme un ou plusieurs Vice-Présidents de la Banque, et fixe leurs conditions d'emploi;

b. Prépare le travail du Conseil des gouverneurs;

c. Suivant les directives générales que le Conseil des gouverneurs lui donne, prend des décisions concernant les prêts directs individuels, les garanties, les placements en actions et les emprunts de fonds par la Banque;

d. Détermine le taux d'intérêt des prêts directs et celui des commissions de garantie;

e. Soumet les comptes de chaque exercice financier et un rapport annuel à l'approbation du Conseil des gouverneurs lors de chaque assemblée annuelle; et

f. Détermine la structure générale des services de la Banque.

Article 33

Conseil d'administration: composition

1. Le Conseil d'administration se compose de dix-huit membres qui ne sont ni gouverneurs ni gouverneurs suppléants. Douze membres sont élus par les gouverneurs des Etats membres régionaux et six le sont par les gouverneurs des Etats membres non régionaux. Ils sont élus par les gouverneurs conformément à l'annexe B qui est jointe au présent Accord. En élisant les membres du Conseil d'administration, le Conseil des gouverneurs tient dûment compte de la haute compétence que les titulaires doivent posséder en matière économique et financière. Le Conseil des gouverneurs ne peut décider de modifier la composition du Conseil d'administration que par

Gouverneure über eine bestimmte Frage herbeiführen kann, ohne eine Sitzung des Rates anzuberaumen.

(4) Der Gouverneursrat und, soweit dazu ermächtigt, das Direktorium können die für die Führung der Geschäfte der Bank notwendigen oder geeigneten Unterorgane schaffen und Richtlinien und Vorschriften beschließen.

Artikel 32

Direktorium: Befugnisse

Unbeschadet der in Artikel 29 vorgesehenen Befugnisse des Gouverneursrats ist das Direktorium für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Bank verantwortlich und übt zu diesem Zweck zusätzlich zu den ihm in diesem Übereinkommen ausdrücklich zugewiesenen Befugnissen alle ihm vom Gouverneursrat übertragenen Befugnisse aus, insbesondere,

a) auf Empfehlung des Präsidenten der Bank einen oder mehrere Vizepräsidenten der Bank zu ernennen und ihre Arbeits- und Vertragsbedingungen festzusetzen;

b) die Arbeit des Gouverneursrats vorzubereiten;

c) nach Maßgabe der allgemeinen Richtlinien des Gouverneursrats Beschlüsse über bestimmte direkte Darlehen, Garantien, Kapitalbeteiligungen und Kreditaufnahme durch die Bank zu fassen;

d) den Zinssatz für direkte Darlehen und die Provisionen für Garantien festzusetzen;

e) dem Gouverneursrat auf jeder Jahrestagung die Bücher für jedes Rechnungsjahr und den Jahresbericht zur Genehmigung vorzulegen;

f) das allgemeine Gefüge der Dienstleistungen der Bank zu bestimmen.

Artikel 33

Direktorium: Zusammensetzung

(1) Das Direktorium besteht aus achtzehn Mitgliedern, die nicht Gouverneure oder stellvertretende Gouverneure sein dürfen. Zwölf Mitglieder werden von den Gouverneuren der regionalen Mitglieder und sechs Mitglieder werden von den Gouverneuren der nichtregionalen Mitglieder gewählt. Sie werden vom Gouverneursrat nach Anlage B gewählt. Bei der Wahl der Direktoren beachtet der Gouverneursrat, daß für dieses Amt eine hohe Sachkenntnis in Wirtschafts- und Finanzfragen erforderlich ist. Der Gouverneursrat kann eine Änderung der Zahl der Mitglieder des Direktoriums nur mit Dreiviertelmehrheit der Gesamtstimmenzahl der Mitgliedstaaten beschließen, wobei diese

tal voting power of the member countries, including with respect to provisions relating exclusively to the number and election of directors by the regional member countries, by a two-thirds majority of the governors of regional members, and with respect to the provisions relating exclusively to the number and election of directors by nonregional member countries, by a two-thirds majority of the governors of nonregional members.

2. Each director shall appoint an alternate who shall act for him when he is not present. Directors and their alternates shall be nationals of member States; but no alternate may be of the same nationality as his director. An alternate may participate in meetings of the Board but may vote only when he is acting in place of his director.

3. Directors shall be elected for a term of three years and may be re-elected. They shall continue in office until their successors are elected. If the office of a director becomes vacant more than 180 days before the end of his term, a successor shall be elected in accordance with annex B to this Agreement, for the remainder of the term by the Board of Governors at its next session. While the office remains vacant the alternate of the former director shall exercise the powers of the latter except that of appointing an alternate.

Article 34

Board of Directors: Procedure

1. The Board of Directors shall function in continuous session at the principal office of the Bank and shall meet as often as the business of the Bank may require.

2. A quorum for any meeting of the Board of Directors shall be a majority of the total number of directors representing not less than two-thirds of the total voting power of the members. Such quorum shall include at least one director of nonregional members. If the Board of Directors is unable to achieve the sub-quorum requirement respecting the presence of at least one director of the nonregional members, the said sub-quorum requirement may be waived at the next session.

3. The Board of Governors shall adopt regulations under which, if there is no director of its nationality, a member may be represented at a meeting of the Board of Directors when a request made by, or a matter particularly affecting, that member is under consideration.

une majorité des trois quarts du nombre total des voix attribuées aux pays membres comprenant, en ce qui concerne les dispositions relatives exclusivement au nombre d'administrateurs et à leur élection par les pays membres régionaux, une majorité des deux tiers des gouverneurs des Etats membres régionaux, et en ce qui concerne les dispositions relatives exclusivement au nombre d'administrateurs et à leur élection par les pays membres non régionaux, une majorité des deux tiers des gouverneurs des Etats membres non régionaux.

2. Chaque administrateur nomme un suppléant qui, en son absence, agit en son nom. Les administrateurs et leurs suppléants sont ressortissants d'Etats membres, mais un suppléant ne peut être de la même nationalité que l'administrateur qu'il a qualité pour remplacer. Un suppléant peut participer aux réunions du Conseil d'administration, mais n'est admis à voter que lorsqu'il agit pour l'administrateur qu'il remplace.

3. Les administrateurs sont élus pour trois ans et sont rééligibles. Ils demeurent en fonctions jusqu'à l'élection de leur successeur. Si un poste d'administrateur devient vacant plus de 180 jours avant l'expiration de son mandat, le Conseil des gouverneurs, à l'assemblée suivante, élit un successeur, conformément à l'annexe B au présent Accord, pour la durée dudit mandat restant à courir. Pendant la vacance du poste, le suppléant de l'ancien administrateur exerce les pouvoirs de ce dernier, sauf celui de nommer un suppléant.

Article 34

Conseil d'administration: procédure

1. Le Conseil d'administration est en session permanente au siège de la Banque et se réunit aussi souvent que les affaires de la Banque l'exigent.

2. Le quorum, pour toute réunion du Conseil d'administration, est constitué par la majorité du nombre total des administrateurs représentant au moins deux tiers du total des voix attribuées aux Etats membres. Ce quorum comprend au moins un administrateur d'Etats non régionaux. Si en ce qui concerne la présence d'un administrateur non régional au moins, le Conseil ne parvient pas à réaliser cette double exigence, cette dernière pourra être annulée à la séance suivante.

3. Le Conseil des gouverneurs adopte un règlement aux termes duquel un Etat membre, s'il n'est pas représenté au Conseil d'administration par un administrateur de sa nationalité, peut se faire représenter à une réunion dudit Conseil au cours de laquelle est examinée une requête qu'il a formulée ou une question qui le concerne particulièrement.

Mehrheit in bezug auf die Bestimmungen, die sich ausschließlich auf die Anzahl und Wahl der Direktoren durch die regionalen Mitgliedstaaten beziehen, eine Zweidrittelmehrheit der Gouverneure der regionalen Mitglieder, und in bezug auf die Bestimmungen, die sich ausschließlich auf die Anzahl und Wahl der Direktoren durch nichtregionale Mitgliedstaaten beziehen, eine Zweidrittelmehrheit der Gouverneure der nichtregionalen Mitglieder umfassen muß.

(2) Jeder Direktor ernennt einen Stellvertreter, der in seiner Abwesenheit für ihn handelt. Die Direktoren und ihre Stellvertreter müssen Staatsangehörige der Mitgliedstaaten sein; es darf jedoch kein Stellvertreter die gleiche Staatsangehörigkeit besitzen wie sein Direktor. Ein Stellvertreter darf an den Sitzungen des Direktoriums teilnehmen, jedoch nur abstimmen, wenn er für seinen Direktor handelt.

(3) Direktoren werden für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt und können wiedergewählt werden. Sie bleiben im Amt, bis ihre Nachfolger gewählt sind. Verwaist das Amt eines Direktors mehr als 180 Tage vor dem Ende seiner Amtszeit, so wählt der Gouverneursrat auf seiner nächsten Sitzung nach Anlage B einen Nachfolger für den Rest der Amtszeit. Solange das Amt verwaist ist, übt der Stellvertreter des früheren Direktors dessen Befugnisse mit Ausnahme derjenigen zur Ernennung eines Stellvertreters aus.

Artikel 34

Direktorium: Verfahren

(1) Das Direktorium tagt ununterbrochen in der Hauptgeschäftsstelle der Bank und tritt zusammen, sooft die Geschäfte der Bank es erfordern.

(2) Das Direktorium ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit aller Direktoren auf der Sitzung anwesend ist, die mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertritt. Zur Beschlußfähigkeit muß mindestens ein Direktor der nichtregionalen Mitglieder anwesend sein. Ist das Direktorium nicht in der Lage, die Nebenbedingung betreffend die Anwesenheit von mindestens einem Direktor der nichtregionalen Mitglieder zu erfüllen, so kann auf diese Anwesenheitsbedingung auf der nächsten Sitzung verzichtet werden.

(3) Der Gouverneursrat erläßt Vorschriften, wonach ein Mitglied bei Nichtvorhandensein eines Direktors seiner Staatsangehörigkeit auf einer Sitzung des Direktoriums vertreten sein kann, wenn ein von dem Mitglied gestellter Antrag oder eine dieses Mitglied besonders berührende Frage behandelt wird.

Article 35

Voting

1. Each member shall have 625 votes and, in addition, one vote for each share of the capital stock of the Bank held by that member, provided, however, that in connection with any increase in the authorized capital stock, the Board of Governors may determine that the capital stock authorized by such increase shall not have voting rights and that such increase of stock shall not be subject to the preemptive rights established in paragraph 2 of article 6 of this Agreement.

2. In voting in the Board of Governors, each governor shall be entitled to cast the votes of the member he represents. Except as otherwise expressly provided in this Agreement, all matters before the Board of Governors shall be decided by a majority of the voting power represented at the meeting.

3. In voting in the Board of Directors, each director shall be entitled to cast the number of votes that counted towards his election, which votes shall be cast as a unit. Except as otherwise provided in this Agreement, all matters before the Board of Directors shall be decided by a majority of the voting power represented at the meeting.

Article 35

Vote

1. Chaque Etat membre a 625 voix, plus une voix par action qu'il possède du capital-actions de la Banque, sous réserve toutefois qu'en ce qui concerne toute augmentation du capital-actions autorisé, le Conseil des gouverneurs puisse décider que le capital-actions autorisé par cette augmentation ne soit pas assorti de droit de vote et que cette augmentation d'actions ne soit pas sujette au droit de préemption énoncé à l'alinéa 2 de l'article 6 du présent Accord.

2. Lorsque le Conseil des gouverneurs vote, chaque gouverneur dispose des voix de l'Etat membre qu'il représente. Sauf dans les cas expressément prévus par le présent Accord, toutes les questions dont le Conseil des gouverneurs est appelé à connaître sont tranchées à la majorité des voix que réunissent les Etats membres représentés à l'assemblée.

3. Lorsque le Conseil d'administration vote, chaque administrateur dispose du nombre des voix qui ont contribué à son élection et il doit les émettre en bloc. Sauf dans les cas expressément prévus par le présent Accord, toutes les questions dont le Conseil d'administration est appelé à connaître sont tranchées à la majorité des voix que réunissent les Etats membres représentés à la réunion.

Artikel 35

Abstimmung

(1) Jedes Mitglied hat 625 Stimmen zuzüglich einer Stimme für jeden in seinem Besitz befindlichen Anteil am Stammkapital der Bank; im Zusammenhang mit einer Erhöhung des genehmigten Stammkapitals kann der Gouverneursrat jedoch verfügen, daß der Erhöhungsbetrag keine Stimmrechte mit sich bringt und daß die Erhöhung des Stammkapitals nicht dem Bezugsrecht nach Artikel 6 Absatz 2 unterliegt.

(2) Bei der Abstimmung im Gouverneursrat kann jeder Gouverneur die Stimmen des von ihm vertretenen Mitglieds abgeben. Sofern nicht in diesem Übereinkommen ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist, bedürfen Beschlüsse zu allen dem Gouverneursrat vorliegenden Fragen einer Mehrheit der Stimmenzahl der auf der Sitzung vertretenen Mitglieder.

(3) Bei der Abstimmung im Direktorium kann jeder Direktor so viele Stimmen abgeben, wie er bei seiner Wahl erhalten hat; diese Stimmen sind als Block abzugeben. Sofern nicht in diesem Übereinkommen ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist, bedürfen Beschlüsse zu allen dem Direktorium vorliegenden Fragen einer Mehrheit der Stimmenzahl der auf der Sitzung vertretenen Mitglieder.

Article 36

The President: Appointment

The Board of Governors, on the recommendation of the Board of Directors, shall elect by a majority of the total voting power of the members, including a majority of the total voting power of the regional members, the President of the Bank. He shall be a person of the highest competence in matters pertaining to the activities, management and administration of the Bank and shall be a national of a regional member State. While holding office, neither he nor any Vice-President shall be a governor or a director or alternate for either. The term of office of the President shall be five years. It may be renewed. He shall, however, be suspended from office if the Board of Directors so decides by a two-thirds majority of the voting power of the members including a two-thirds majority of the voting power of the regional members. The Board of Directors shall appoint an Acting President and promptly inform the Board of Governors of such decision and of its reasons therefor. The Board of Governors shall make a final decision on the matter at its next Annual Meeting, if such suspension occurs not more than ninety days before that meeting, otherwise at a special meeting to be called by its Chairman. The Board of Governors may remove the President from office by a resolution

Article 36

Désignation du Président

Sur recommandation du Conseil d'administration, le Conseil des gouverneurs élit le Président de la Banque à la majorité du total des voix attribuées aux Etats membres, comprenant une majorité du total des voix attribuées aux Etats membres régionaux. Le Président est une personne de la plus haute compétence dans les domaines qui concernent les activités, la gestion et l'administration de la Banque, et doit être ressortissant d'un Etat membre régional. Pendant la durée de leur mandat, ni le Président, ni aucun Vice-Président ne sont gouverneur, administrateur ou suppléant de l'un ou de l'autre. La durée du mandat du Président, qui est renouvelable, est de cinq ans. Toutefois, le Président est suspendu de ses fonctions si le Conseil d'administration en décide ainsi à la majorité des deux tiers du nombre total des voix attribuées aux Etats membres, comprenant une majorité des deux tiers du nombre total des voix attribuées aux Etats membres régionaux. Le Conseil d'administration désigne un Président par intérim et informe immédiatement le Conseil des gouverneurs de sa décision et lui en donne les motifs. Le Conseil des gouverneurs statue en dernier ressort en son assemblée annuelle suivante, si cette suspension a lieu dans les quatre-vingt-

Artikel 36

Präsident: Ernennung

Der Gouverneursrat wählt auf Empfehlung des Direktoriums mit der Mehrheit der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder einschließlich einer Mehrheit der Gesamtstimmenzahl der regionalen Mitglieder den Präsidenten der Bank. Er muß eine Persönlichkeit mit höchstem Sachverstand in Fragen im Zusammenhang mit den Tätigkeiten, der Leitung und Verwaltung der Bank und Staatsangehöriger eines regionalen Mitgliedstaats sein. Während seiner Amtszeit darf weder er noch ein Vizepräsident Gouverneur oder Direktor oder Stellvertreter eines Gouverneurs oder Direktors sein. Die Amtszeit des Präsidenten beträgt fünf Jahre. Sie kann erneuert werden. Er wird seines Amtes jedoch vorläufig enthoben, wenn das Direktorium dies mit Zweidrittelmehrheit der Stimmenzahl der Mitglieder einschließlich einer Zweidrittelmehrheit der Stimmenzahl der regionalen Mitglieder beschließt. Das Direktorium ernennt einen amtierenden Präsidenten und teilt dem Gouverneursrat umgehend seinen Beschluß und die Gründe dafür mit. Der Gouverneursrat faßt einen endgültigen Beschluß in der Sache auf seiner nächsten Jahrestagung, wenn die vorläufige Amtsenthebung nicht mehr als 90 Tage vor dieser Tagung erfolgt, andernfalls auf einer Sondersitzung, die der Vorsitzende einberuft. Der Gou-

adopted by a majority of the voting power of the members, including a majority of the voting power of the regional members.

dix jours avant ladite assemblée, ou, dans le cas contraire, en une assemblée extraordinaire convoquée par son Président. Le Conseil des gouverneurs peut révoquer le Président de ses fonctions par une résolution adoptée à la majorité des voix attribuées aux Etats membres, comprenant une majorité du total des voix attribuées aux Etats membres régionaux.

verneursrat kann den Präsidenten durch eine mit einer Mehrheit der Stimmenzahl der Mitglieder einschließlich einer Mehrheit der Stimmenzahl der regionalen Mitglieder angenommene Entschließung seines Amtes entheben.

Article 37

The Office of the President

1. The President shall be Chairman of the Board of Directors but shall have no vote except a deciding vote in case of an equal division. He may participate in meetings of the Board of Governors but shall not vote.

2. The President shall be chief of the staff of the Bank and shall conduct, under the direction of the Board of Directors, the current business of the Bank. He shall be responsible for the organization of the officers and staff of the Bank whom he shall appoint and release in accordance with regulations adopted by the Bank. He shall fix the terms of their employment in accordance with rules of sound management and financial policy.

3. The President shall be the legal representative of the Bank.

4. The Bank shall adopt regulations which shall determine who shall legally represent the Bank and perform the other duties of the President in the event that he is absent or that his office should become vacant.

5. In appointing the officers and staff, the President shall make it his foremost consideration to secure the highest standards of efficiency, technical competence and integrity, and recruit them on as wide a geographical basis as possible, paying full regard to the regional character of the Bank, as well as the participation of nonregional states.

Article 37

Fonctions du Président

1. Le Président préside le Conseil d'administration, mais ne prend pas part au vote sauf en cas de partage égal des voix, auquel cas sa voix est prépondérante. Il peut participer aux réunions du Conseil des gouverneurs, mais sans prendre part au vote.

2. Le Président est le chef du personnel de la Banque et, sous la direction du Conseil d'administration, gère les affaires courantes de la Banque. Il est responsable de l'organisation des fonctionnaires et du personnel de la Banque, qu'il nomme et relève de leurs fonctions conformément au règlement adopté par la Banque. Il fixe leurs conditions d'emploi en tenant compte des règles d'une saine politique financière.

3. Le Président est le représentant légal de la Banque.

4. La Banque adopte des règlements pour déterminer qui représente légalement la Banque et exerce les autres fonctions du Président s'il est absent ou si son poste devient vacant.

5. Dans la nomination des fonctionnaires et des membres du personnel, le Président doit avoir pour préoccupation dominante d'assurer à la Banque les services de personnes possédant les plus hautes qualités de rendement, de compétence technique et d'intégrité. En les recrutant sur une base géographique aussi large que possible, il doit accorder toute l'importance voulue au caractère régional de la Banque ainsi qu'à la participation des Etats non régionaux.

Artikel 37

Amt des Präsidenten

(1) Der Präsident ist Vorsitzender des Direktoriums, hat aber, abgesehen von einer entscheidenden Stimme bei Stimmengleichheit, kein Stimmrecht. Er kann ohne Stimmrecht an Sitzungen des Gouverneursrats teilnehmen.

(2) Der Präsident ist Vorgesetzter des Personals der Bank und führt nach den Weisungen des Direktoriums die laufenden Geschäfte der Bank. Er ist für die Organisation der leitenden und sonstigen Bediensteten der Bank verantwortlich, die er gemäß den von der Bank angenommenen Vorschriften ernennt und entläßt. Er bestimmt ihre Arbeits- und Vertragsbedingungen entsprechend den Regeln guter Geschäftsführung und Finanzpolitik.

(3) Der Präsident ist der gesetzliche Vertreter der Bank.

(4) Die Bank erläßt Vorschriften, in denen bestimmt wird, wer die Bank gesetzlich vertritt und die anderen Aufgaben des Präsidenten wahrnimmt, wenn er abwesend ist oder sein Amt verwaist.

(5) Bei der Ernennung der leitenden und sonstigen Bediensteten macht es der Präsident zu seiner obersten Richtschnur, ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit, fachlichem Können und Rechtschaffenheit sicherzustellen und sie auf möglichst breiter geographischer Grundlage auszuwählen, wobei er den regionalen Charakter der Bank sowie die Beteiligung nichtregionaler Staaten voll berücksichtigt.

Article 38

Prohibition of Political Activity; the International Character of the Bank

1. The Bank shall not accept loans or assistance that could in any way prejudice, limit, deflect or otherwise alter its purpose or functions.

2. The Bank, its President, Vice-Presidents, officers and staff shall not interfere in the political affairs of any member; nor shall they be influenced in their decisions by the political character of the member concerned. Only economic consider-

Article 38

Interdiction d'activité politique; caractère international de la Banque

1. La Banque n'accepte ni prêts ni assistance qui puissent en quelque façon compromettre, limiter, fausser ou de toute autre manière altérer son but ou ses fonctions.

2. La Banque, son Président, ses Vice-Présidents, ses fonctionnaires et son personnel n'interviennent pas dans les affaires politiques d'un Etat membre. Ils ne sont pas influencés par le régime politique d'un Etat membre intéressé dans

Artikel 38

Verbot politischer Betätigung; internationaler Charakter der Bank

(1) Die Bank darf keine Darlehen oder Hilfe annehmen, die in irgendeiner Weise ihren Zweck oder ihre Aufgaben beeinträchtigen, einengen, verfälschen oder in anderer Weise ändern könnten.

(2) Die Bank, ihr Präsident, ihre Vizepräsidenten sowie ihre leitenden und sonstigen Bediensteten dürfen sich weder in die politischen Angelegenheiten eines Mitglieds einmischen noch in ihren Beschlüssen von der politischen Ausrich-

ations shall be relevant to their decisions. Such considerations shall be weighed impartially in order to achieve and carry out the functions of the Bank.

3. The President, Vice-Presidents, officers and staff of the Bank, in discharge of their offices, owe their duty entirely to the Bank and to no other authority. Each member of the Bank shall respect the international character of this duty and shall refrain from all attempts to influence any of them in the discharge of their duties.

Article 39

Office of the Bank

1. The principal office of the Bank shall be located in the territory of a regional member State. The choice of the location of the principal office of the Bank shall be made by the Board of Governors at its first meeting, taking into account the availability of facilities for the proper functioning of the Bank.

2. Notwithstanding the provisions of article 35 of this Agreement, the choice of the location of the principal office of the Bank shall be made by the Board of Governors in accordance with the conditions that applied to the adoption of this Agreement.

3. The Bank may establish branch offices or agencies elsewhere.

Article 40

Channel of Communications; Depositories

1. Each member shall designate an appropriate authority with which the Bank may communicate in connexion with any matter arising under this Agreement.

2. Each member shall designate its central bank or such other institution as may be agreed by the Bank, as a depository with which the Bank may keep its holdings of currency of that member as well as other assets of the Bank.

3. The Bank may hold its assets, including gold and convertible currencies, with such depositories as the Board of Directors shall determine.

Article 41

Publication of the Agreement, Working Languages, Provision of Information and Reports

1. The Bank shall endeavour to make available the text of this Agreement and all its important documents in the principal languages used in Africa. The working

leurs décisions qui ne doivent se fonder que sur des considérations économiques. Ils évaluent ces considérations de façon impartiale pour que la Banque atteigne son but et s'acquitte de ses fonctions.

3. Le Président, les Vice-Présidents, les fonctionnaires et les membres du personnel de la Banque, dans l'exercice de leurs fonctions, n'ont de devoirs qu'envers la Banque, à l'exclusion de toute autre autorité. Tous les Etats membres respectent le caractère international de ces devoirs et s'abstiennent de toute démarche visant à influencer l'une quelconque desdites personnes dans l'exécution de ses obligations.

Article 39

Siège et bureaux

1. Le Conseil des gouverneurs, lors de sa première assemblée, choisit l'emplacement du siège de la Banque, qui doit être situé sur le territoire d'un Etat membre régional, en tenant compte des facilités qui doivent y exister pour le bon fonctionnement de la Banque.

2. Nonobstant les dispositions de l'article 35 du présent Accord, le Conseil des gouverneurs choisit l'emplacement du siège de la Banque dans les conditions qui ont été celles de l'adoption du présent Accord.

3. La Banque peut ouvrir ailleurs des agences ou des succursales.

Article 40

Mode de communication avec les Etats membres; dépositaires

1. Chaque Etat membre désigne une autorité compétente avec laquelle la Banque peut se mettre en rapport au sujet de toute question relevant du présent Accord.

2. Chaque Etat membre désigne sa banque centrale ou une autre institution agréée par la Banque comme dépositaire auprès duquel la Banque peut garder les avoirs qu'elle possède dans la monnaie dudit Etat, ainsi que d'autres de ses avoirs.

3. La Banque peut conserver ses avoirs, y compris l'or et les monnaies convertibles, auprès des dépositaires que le Conseil d'administration désigne.

Article 41

Publication de l'Accord, langues de travail, communication d'informations et rapports

1. La Banque s'efforce de rendre le texte du présent Accord et de tous ses autres documents importants disponibles dans les principales langues utilisées en

tung des betreffenden Mitglieds beeinflussen lassen. Nur wirtschaftliche Erwägungen dürfen für ihre Beschlüsse maßgebend sein. Solche Erwägungen sind unparteiisch gegeneinander abzuwägen, um die Aufgaben der Bank zu erfüllen und durchzuführen.

(3) Der Präsident, die Vizepräsidenten sowie die leitenden und sonstigen Bediensteten der Bank sind bei der Erfüllung ihrer Pflichten nur der Bank und keiner anderen Stelle verpflichtet. Jedes Mitglied der Bank achtet den internationalen Charakter dieser Verpflichtung und enthält sich jeden Versuchs, diese Personen bei der Erfüllung ihrer Pflichten zu beeinflussen.

Artikel 39

Geschäftsstelle der Bank

(1) Die Hauptgeschäftsstelle der Bank befindet sich im Hoheitsgebiet eines regionalen Mitgliedstaats. Die Wahl des Ortes der Hauptgeschäftsstelle der Bank erfolgt durch den Gouverneursrat auf seiner ersten Sitzung, wobei die Verfügbarkeit von Einrichtungen für den ordentlichen Betrieb der Bank zu berücksichtigen ist.

(2) Unbeschadet des Artikels 35 erfolgt die Wahl des Ortes der Hauptgeschäftsstelle der Bank durch den Gouverneursrat gemäß den Bedingungen, die für die Annahme dieses Übereinkommens galten.

(3) Die Bank kann Zweigstellen oder Agenturen an anderen Orten einrichten.

Artikel 40

Verbindungsstelle; Hinterlegungsstellen

(1) Jedes Mitglied benennt eine geeignete Behörde, mit der sich die Bank im Zusammenhang mit einer sich im Rahmen dieses Übereinkommens ergebenden Angelegenheit in Verbindung setzen kann.

(2) Jedes Mitglied benennt seine Zentralbank oder eine sonstige der Bank genehme Einrichtung als Hinterlegungsstelle, bei der die Bank ihre Guthaben in der Währung des betreffenden Mitglieds oder sonstige Vermögenswerte hinterlegen kann.

(3) Die Bank kann ihre Vermögenswerte einschließlich Gold und konvertierbarer Währungen bei den Hinterlegungsstellen halten, die das Direktorium bestimmt.

Artikel 41

Veröffentlichung des Übereinkommens, Arbeitssprachen, Informationserteilung und Berichterstattung

(1) Die Bank wird sich bemühen, den Wortlaut dieses Übereinkommens und alle ihre wichtigen Dokumente in den Hauptsprachen Afrikas verfügbar zu ma-

languages of the Bank shall be, if possible, African languages, English and French.

2. Members shall furnish the Bank with all information it may request of them in order to facilitate the performance of its functions.

3. The Bank shall publish and transmit to its members an annual report containing an audited statement of the accounts. It shall also transmit quarterly to the members a summary statement of its financial position and a profit and loss statement showing the results of its operations. The Annual Report and the Quarterly Statements shall be drawn up in accordance with the provisions of paragraph 4 of article 13 of this Agreement.

4. The Bank may also publish such other reports as it deems desirable to carry out its purpose and functions. They shall be transmitted to the members of the Bank.

Article 42

Allocation of Net Income

1. The Board of Governors shall determine annually what part of the net income of the Bank, including the net income accruing to its Special Funds, shall be allocated – after making provision for reserves – to surplus and what part, if any, shall be distributed.

2. The distribution referred to in the preceding paragraph shall be made in proportion to the number of shares held by each member.

3. Payments shall be made in such manner and in such currency as the Board of Governors shall determine.

Chapter VI

Withdrawal and Suspension of Members; Temporary Suspension and Termination of Operations of the Bank

Article 43

Withdrawal

1. Any member may withdraw from the Bank at any time by transmitting a notice in writing to the Bank at its principal office.

2. Withdrawal by a member shall become effective on the date specified in its notice but in no event less than six months after the date that notice has been received by the Bank.

Article 44

Suspension

1. If it appears to the Board of Directors that a member fails to fulfil any of its obligations to the Bank, that member shall

Afrique. Les langues de travail de la Banque sont, si possible, les langues africaines, l'anglais et le français.

2. Les Etats membres fournissent à la Banque tous les renseignements qu'elle peut leur demander pour faciliter l'exercice de ses fonctions.

3. La Banque publie et communique aux Etats membres un rapport annuel contenant un état certifié de ses comptes. Elle leur communique aussi, chaque trimestre, un résumé de sa position financière, ainsi qu'un état des profits et pertes indiquant le résultat de ses opérations. Le rapport annuel et les états trimestriels sont établis conformément aux dispositions du paragraphe 4 de l'article 13 du présent Accord.

4. La Banque peut également publier tous autres rapports qu'elle estime utiles pour atteindre son but et pour l'exercice de ses fonctions. Elle les communique aux Etats membres.

Article 42

Répartition du revenu net

1. Le Conseil des gouverneurs détermine chaque année la part du revenu net de la Banque, y compris celui qui revient aux fonds spéciaux, qu'il convient d'affecter à l'actif, après déduction des fonds à verser aux réserves et, s'il y a lieu, la part à distribuer.

2. La distribution prévue au paragraphe précédent s'effectue au prorata du nombre d'actions que possède chaque Etat membre.

3. Les paiements sont faits de la manière et dans la monnaie que le Conseil des gouverneurs détermine.

Chapitre VI

Retrait et suspension des Etats membres; arrêt temporaire et arrêt définitif des opérations de la banque

Article 43

Retrait

1. Tout Etat membre peut se retirer de la Banque à tout moment en adressant une notification écrite à cet effet au siège de la Banque.

2. Le retrait d'un Etat membre devient effectif à la date précisée dans sa notification mais, en aucun cas, moins de six mois après la date à laquelle la Banque a reçu ladite notification.

Article 44

Suspension

1. Si le Conseil d'administration juge qu'un Etat membre manque à l'une quelconque de ses obligations envers la Ban-

chen. Die Arbeitssprachen der Bank sind, wenn möglich, afrikanische Sprachen, Englisch und Französisch.

(2) Die Mitglieder liefern der Bank alle Informationen, die sie zur Erleichterung der Erfüllung ihrer Aufgaben von ihnen anfordert.

(3) Die Bank veröffentlicht einen Jahresbericht, der einen geprüften Jahresabschluß enthält, und versendet ihn an ihre Mitglieder. Sie übermittelt den Mitgliedern auch vierteljährlich eine zusammenfassende Darstellung ihrer Finanzlage sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung, in der die Ergebnisse ihrer Geschäftstätigkeit ausgewiesen werden. Der Jahresbericht und die Vierteljahresberichte werden nach Artikel 13 Absatz 4 angefertigt.

(4) Die Bank kann alle sonstigen zur Erfüllung ihrer Zwecke und Aufgaben für wünschenswert erachteten Berichte veröffentlichen. Sie werden den Mitgliedern der Bank zugesandt.

Artikel 42

Verteilung des Nettoeinkommens

(1) Der Gouverneursrat bestimmt jährlich, welcher Teil des Nettoeinkommens der Bank einschließlich des Nettoeinkommens ihrer Sonderfonds – nach Abzug für die Rücklagen – dem Überschuß zugewiesen und welcher Teil gegebenenfalls ausgeschüttet wird.

(2) Die in Absatz 1 genannte Ausschüttung wird im Verhältnis der Anzahl der im Besitz jedes Mitglieds befindlichen Anteile vorgenommen.

(3) Die Zahlungen werden in der Weise und in der Währung vorgenommen, die der Gouverneursrat bestimmt.

Kapitel VI

Austritt und Suspendierung von Mitgliedern; zeitweilige Einstellung und Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank

Artikel 43

Austritt

(1) Jedes Mitglied kann jederzeit aus der Bank austreten, indem es der Bank in ihrer Hauptgeschäftsstelle eine schriftliche Anzeige zugehen läßt.

(2) Der Austritt eines Mitglieds wird zu dem in der Anzeige angegebenen Zeitpunkt wirksam, frühestens jedoch sechs Monate nach Eingang der Anzeige bei der Bank.

Artikel 44

Suspendierung

(1) Ist das Direktorium der Auffassung, daß ein Mitglied einer seiner Verpflichtungen gegenüber der Bank nicht nach-

be suspended by that Board by a majority of the directors exercising a majority of the total voting power; including, in the case of a regional member, a majority of the total votes of regional members, and in the case of a nonregional member, a majority of the total votes of nonregional members. The decision to suspend a member shall be subject to review by the Board of Governors at a subsequent meeting which the Board of Directors shall convene for that purpose or the next Annual Meeting of the Board of Governors, whichever comes earlier, and the Board of Governors may decide to reverse the suspension by the same majorities as provided above.

2. A member so suspended shall automatically cease to be a member of the Bank one year from the date of suspension unless a decision is taken by the Board of Governors by the same majority to restore the member to good standing.

3. While under suspension, a member shall not be entitled to exercise any rights under this Agreement, except the right of withdrawal, but shall remain subject to all obligations.

Article 45

Settlement of Accounts

1. After the date on which a State ceases to be a member (hereinafter in this article called the "termination date"), the member shall remain liable for its direct obligations to the Bank and for its contingent liabilities to the Bank so long as any part of the loans or guarantees contracted before the termination date is outstanding; but it shall cease to incur liabilities with respect to loans and guarantees entered into thereafter by the Bank and to share either in the income or the expenses of the Bank.

2. At the time a State ceases to be a member, the Bank shall arrange for the repurchase of its shares as a part of the settlement of accounts with that State in accordance with the provisions of paragraphs 3 and 4 of this article. For this purpose, the repurchase price of the shares shall be the value shown by the books of the Bank on the termination date.

3. The payment for shares repurchased by the Bank under this article shall be governed by the following conditions:

a. Any amount due to the State concerned for its shares shall be withheld so long as that State, its central Bank or any of its agencies remains liable, as borrower or guarantor, to the Bank and such amount may, at the option of

que, il le suspend de sa qualité de membre par une majorité d'administrateurs représentant une majorité du total des voix, comprenant en cas de suspension d'un Etat membre régional, une majorité du total des voix attribuées aux Etats membres régionaux, et en cas de suspension d'un Etat membre non régional une majorité du total des voix des Etats membres non régionaux. La décision de suspension d'un Etat membre sera soumise à l'examen par le Conseil des gouverneurs lors d'une assemblée ultérieure que convoquera le Conseil d'administration à cet effet, ou par l'assemblée annuelle suivante du Conseil des gouverneurs, quelle que soit celle des deux qui arrive en premier, et le Conseil des gouverneurs peut décider de révoquer la suspension par les mêmes majorités que prévues ci-dessus.

2. Un Etat membre suspendu cesse automatiquement d'être membre de la Banque un an après la date de suspension, à moins qu'une décision, prise par le Conseil des gouverneurs à la même majorité, ne lui rende sa qualité de membre.

3. Pendant la suspension, l'Etat membre intéressé n'exerce aucun des droits conférés par le présent Accord, exception faite du droit de retrait, mais il reste soumis à toutes ses obligations.

Article 45

Règlement des comptes

1. Après la date à laquelle un Etat cesse d'être membre (appelé ci-après «date de cessation»), cet Etat demeure obligé par ses engagements directs et par ses autres engagements divers envers la Banque, aussi longtemps qu'il subsiste un encours des emprunts contractés ou des garanties obtenues avant la date de cessation; mais il cesse d'assumer des engagements concernant les prêts et garanties accordés par la Banque après cette date et d'avoir part tant au revenu qu'aux dépenses de la Banque.

2. Lorsqu'un Etat cesse d'être membre, la Banque prend des mesures pour racheter ses actions dans le cadre du règlement des comptes à effectuer avec cet Etat conformément aux dispositions des paragraphes 3 et 4 du présent article. A cette fin, le prix de rachat des actions est la valeur portée sur les livres de la Banque à la date de cessation.

3. Le paiement des actions rachetées par la Banque aux termes du présent article est régi par les conditions suivantes:

a. Tout montant dû à l'Etat intéressé au titre de ses actions est retenu aussi longtemps que ledit Etat, sa banque centrale ou l'une de ses institutions reste débiteur de la Banque, à titre d'emprunteur ou de garant, et ce mon-

kommt, so wird dieses Mitglied vom Direktorium mit einer Mehrheit der Direktoren suspendiert, die eine Mehrheit der Gesamtstimmenzahl vertreten; im Fall eines regionalen Mitglieds muß diese Mehrheit eine Mehrheit der Gesamtstimmenzahl der regionalen Mitglieder, im Fall eines nichtregionalen Mitglieds eine Mehrheit der Gesamtstimmenzahl der nichtregionalen Mitglieder einschließen. Der Beschluß zur Suspendierung eines Mitglieds unterliegt der Überprüfung durch den Gouverneursrat auf einer nachfolgenden Sitzung, die das Direktorium zu diesem Zweck anberaumt, oder auf der nächsten Jahrestagung des Gouverneursrats, wenn diese früher stattfindet; der Gouverneursrat kann mit den gleichen Mehrheiten wie oben vorgesehen beschließen, die Suspendierung aufzuheben.

(2) Die Mitgliedschaft eines suspendierten Mitglieds der Bank erlischt automatisch ein Jahr nach dem Zeitpunkt der Suspendierung, sofern nicht der Gouverneursrat mit derselben Mehrheit beschließt, ihm seine Eigenschaft als Mitglied zurückzugeben.

(3) Während der Suspendierung darf ein Mitglied seine Rechte aus dem Übereinkommen mit Ausnahme des Austrittsrechts nicht ausüben; es unterliegt jedoch weiterhin allen Verpflichtungen.

Artikel 45

Abrechnung

(1) Nach dem Zeitpunkt, zu dem die Mitgliedschaft eines Staates erlischt (in folgenden in diesem Artikel als „Zeitpunkt des Erlöschens" bezeichnet), haftet das Mitglied für seine direkten Verpflichtungen und für seine Eventualverbindlichkeiten gegenüber der Bank, solange ein Teil der vor dem Zeitpunkt des Erlöschens gewährten Darlehen oder Garantien noch aussteht; es entstehen ihm jedoch keine Verbindlichkeiten aus solchen Darlehen und Garantien, die von der Bank nach diesem Zeitpunkt gewährt werden, und es ist auch an den Einnahmen oder Ausgaben der Bank nicht mehr beteiligt.

(2) Zur Zeit des Erlöschens der Mitgliedschaft eines Staates trifft die Bank im Rahmen der Abrechnung mit diesem Staat nach den Absätzen 3 und 4 Maßnahmen für den Rückkauf ihrer Anteile. Dabei gilt als Rückkaufpreis der Anteile der Wert, den die Bücher der Bank zum Zeitpunkt des Erlöschens ausweisen.

(3) Die Bezahlung der durch die Bank nach diesem Artikel zurückgekauften Anteile unterliegt den nachstehenden Bedingungen:

a) Die dem betreffenden Staat für seine Anteile geschuldeten Beträge werden einbehalten, solange der Staat, seine Zentralbank oder eine seiner Dienststellen als Darlehensnehmer oder als Garant der Bank etwas schuldet, und

the Bank, be applied on any such liability as it matures. No amount shall be withheld on account of the liability of the State resulting from its subscription for shares in accordance with paragraph 4 of article 7 of this Agreement. In any event, no amount due to a member for its shares shall be paid until six months after the termination date.

b. Payments for shares may be made from time to time, upon their surrender by the Government of the State concerned, to the extent by which the amount due as the repurchase price in accordance with paragraph 2 of this article exceeds the aggregate amount of liabilities on loans and guarantees referred to in sub-paragraph a of this paragraph until the former member has received the full repurchase price.

c. Payments shall be made in the currency of the State receiving payment or, if such currency is not available, in gold or convertible currency.

d. If losses are sustained by the Bank on any guarantees or loans which were outstanding on the termination date and the amount of such losses exceeds the amount of the reserve provided against losses on that date, the State concerned shall repay, upon demand, the amount by which the repurchase price of its shares would have been reduced, if the losses had been taken into account when the repurchase price was determined. In addition, the former member shall remain liable on any call for unpaid subscriptions in accordance with paragraph 4 of article 7 of this Agreement, to the extent that it would have been required to respond if the impairment of capital had occurred and the call had been made at the time the repurchase price of its shares was determined.

4. If the Bank terminates its operations pursuant to article 47 of this Agreement within six months of the termination date, all rights of the State concerned shall be determined in accordance with the provisions of its articles 47 to 49.

Article 46

Temporary Suspension of Operations

In an emergency, the Board of Directors may suspend temporarily operations in respect of new loans and guarantees pending an opportunity for further consideration and action by the Board of Governors.

tant peut, au gré de la Banque, être affecté à la liquidation de ces dettes lorsque celles-ci viennent à échéance. Aucun montant n'est retenu pour garantir l'exécution des engagements qui découlent, pour un Etat membre, de sa souscription d'actions conformément au paragraphe 4 de l'article 7 du présent Accord. En tout état de cause, aucun montant dû à un Etat membre au titre de ses actions ne sera versé avant l'expiration d'un délai de six mois à compter de la date de cessation.

b. Le paiement peut s'effectuer par acomptes, après remise des actions à la Banque par le gouvernement de l'Etat intéressé et jusqu'à ce que ledit Etat ait reçu la totalité du prix de rachat pour autant que, conformément au paragraphe 2 du présent article, le montant correspondant au prix de rachat excède le montant global des dettes résultant des prêts et garanties visés à l'alinéa a. du présent paragraphe.

c. Les paiements s'effectuent dans la monnaie de l'Etat qui les perçoit ou, s'il est impossible de recourir à cette monnaie, en or ou en monnaie convertible.

d. Si la Banque subit des pertes, du fait de l'encours des garanties ou des prêts à la date de cessation, et si le montant de ces pertes dépasse celui de la réserve existant pour y faire face à ladite date, l'Etat intéressé rembourse, lorsqu'il en est requis, le montant qui aurait été déduit du prix de rachat de ses actions si compte avait été tenu de ces pertes lors de la détermination du prix de rachat. En outre, l'ancien Etat membre demeure tenu de répondre à tout appel concernant les souscriptions non libérées, conformément au paragraphe 4 de l'article 7 du présent Accord, dans la mesure où il aurait été obligé de le faire si le capital avait été atteint et l'appel fait au moment où a été fixé le prix de rachat de ses actions.

4. Si la Banque met fin à ses opérations, conformément à l'article 47 du présent Accord, dans les six mois qui suivent la date de cessation, tous les droits de l'Etat intéressé sont déterminés conformément aux dispositions des articles 47 à 49 dudit Accord.

Article 46

Arrêt temporaire des opérations

Dans des circonstances graves, le Conseil d'administration peut suspendre temporairement les opérations en matière de nouveaux prêts et de nouvelles garanties, en attendant que le Conseil des gouverneurs ait la possibilité d'en délibérer et d'en décider.

können nach Wahl der Bank bei Fälligkeit zur Deckung dieser Verbindlichkeiten verwendet werden. Es werden keine Beträge wegen der Verbindlichkeiten des Staates aus seiner Anteilszeichnung nach Artikel 7 Absatz 4 einbehalten. Auf keinen Fall darf ein einem Mitglied für seine Anteile geschuldeter Betrag vor Ablauf von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt des Erlöschens ausbezahlt werden.

b) Soweit der nach Absatz 2 als Rückkaufpreis geschuldete Betrag die Gesamtverbindlichkeiten aus den unter Buchstabe a genannten Darlehen und Garantien übersteigt, kann die Bezahlung von Anteilen von Fall zu Fall gegen deren Übergabe durch die Regierung des betreffenden Staates erfolgen, bis das frühere Mitglied den vollen Rückkaufpreis erhalten hat.

c) Zahlungen werden in der Währung des die Zahlung empfangenden Staates oder, wenn diese Währung nicht verfügbar ist, in Gold oder konvertierbarer Währung geleistet.

d) Erleidet die Bank Verluste für Garantien oder Darlehen, die zum Zeitpunkt des Erlöschens ausstanden, und übersteigt die Höhe dieser Verluste die zu diesem Zeitpunkt für solche Verluste vorhandene Reserve, so zahlt der betreffende Staat auf Verlangen den Betrag zurück, um den der Rückkaufpreis für seine Anteile gekürzt worden wäre, wenn der Verlust bei Bestimmung des Rückkaufpreises berücksichtigt worden wäre. Außerdem haftet das frühere Mitglied weiterhin für alle Abrufe für nicht eingezahlte Zeichnungen nach Artikel 7 Absatz 4 in der Höhe, in der es hätte beitragen müssen, wenn die Verminderung des Kapitals und der Abruf zu dem Zeitpunkt erfolgt wären, in dem der Rückkaufpreis für seine Anteile bestimmt wurde.

(4) Beendet die Bank ihre Geschäftstätigkeit nach Artikel 47 innerhalb von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt des Erlöschens, so werden alle Rechte des betreffenden Staates nach den Artikeln 47 bis 49 bestimmt.

Artikel 46

Vorübergehende Einstellung der Geschäftstätigkeit

Im Notfall kann das Direktorium die Geschäftstätigkeit in bezug auf neue Darlehen und Garantien vorübergehend einstellen, bis der Gouverneursrat Gelegenheit für weitere Beratungen und Maßnahmen hat.

Article 47

Termination of Operations

1. The Bank may terminate its operations in respect of new loans and guarantees by a decision of the Board of Governors exercising a majority of the total voting power of the members, including a majority of the total voting power of the regional members.

2. After such termination, the Bank shall forthwith cease all activities, except those incident to the orderly realization, conservation and preservation of its assets and settlement of its obligations.

Article 48

Liability of Members and Payment of Claims

1. In the event of termination of the operations of the Bank, the liability of all members for uncalled subscriptions to the capital stock of the Bank and in respect of the depreciation of their currencies shall continue until all claims of creditors, including all contingent claims, shall have been discharged.

2. All creditors holding direct claims shall be paid out of the assets of the Bank and then out of payments to the Bank on calls on unpaid subscriptions. Before making any payments to creditors holding direct claims, the Board of Directors shall make such arrangements as are necessary, in its judgment, to ensure a pro rata distribution among holders of direct and contingent claims.

Article 49

Distribution of Assets

1. In the event of termination of operations of the Bank, no distribution shall be made to members on account of their subscriptions to the capital stock of the Bank until:

i. All liabilities to creditors have been discharged or provided for; and

ii. The Board of Governors has taken a decision to make a distribution. This decision shall be taken by the Board exercising a majority of the total voting power of the members, including a majority of the total voting power of the regional members.

2. After a decision to make a distribution has been taken in accordance with the preceding paragraph, the Board of Directors may by a two-thirds majority vote make successive distributions of the assets of the Bank to members until all assets have been distributed. This distribu-

Article 47

Arrêt définitif des opérations

1. La Banque peut mettre fin à ses opérations en matière de nouveaux prêts et de nouvelles garanties sur décision du Conseil des gouverneurs à la majorité des voix attribuées aux Etats membres, comprenant une majorité du total des voix attribuées aux Etats membres régionaux.

2. Dès l'arrêt définitif, la Banque cesse toutes ses activités, à l'exception de celles qui ont trait à la réalisation ordonnée, à la conservation et à la sauvegarde de son actif, ainsi qu'au règlement de ses obligations.

Article 48

Responsabilité des Etats membres et liquidation des créances

1. En cas d'arrêt définitif des opérations de la Banque, la responsabilité de tous les Etats membres résultant de leurs souscriptions non libérées au capital-actions de la Banque et de la dépréciation de leurs monnaies subsiste jusqu'à ce que toutes les créances, y compris toutes les créances conditionnelles, soient liquidées.

2. Tous les détenteurs de créances directes sont payés sur les avoirs de la Banque, puis sur les fonds versés à la Banque en réponse à l'appel de souscriptions non libérées. Avant tout versement aux détenteurs de créances directes, le Conseil d'administration prend les mesures qu'il juge nécessaires pour assurer une répartition proportionnelle entre eux et les détenteurs de créances conditionnelles.

Article 49

Distribution des avoirs

1. Au cas où la Banque met fin à ses opérations, aucune distribution n'est faite aux Etats membres au titre de leurs souscriptions au capital-actions de la Banque jusqu'à ce que:

i. Tous les engagements pris envers les créanciers aient été liquidés ou aient fait l'objet de mesures appropriées; et que

ii. Le Conseil des gouverneurs ait pris la décision de procéder à une distribution. Cette décision est prise par le Conseil à la majorité des voix attribuées aux Etats membres, comprenant une majorité du total des voix attribuées aux Etats membres régionaux.

2. Lorsqu'une décision a été prise conformément au paragraphe précédent, le Conseil d'administration peut, à la majorité des deux tiers, procéder à des distributions successives des avoirs de la Banque aux Etats membres jusqu'à ce que tous les avoirs aient été distribués.

Artikel 47

Beendigung der Geschäftstätigkeit

(1) Die Bank kann ihre Geschäftstätigkeit in bezug auf neue Darlehen und Garantien durch Beschluß des Gouverneursrats mit der Mehrheit der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder einschließlich einer Mehrheit der Gesamtstimmenzahl der regionalen Mitglieder beenden.

(2) Nach einer solchen Beendigung stellt die Bank sofort ihre gesamte Tätigkeit mit Ausnahme der Arbeiten ein, welche die ordnungsgemäße Verwertung, Sicherstellung und Erhaltung ihrer Vermögenswerte und die Regelung ihrer Verbindlichkeiten betreffen.

Artikel 48

Haftung der Mitglieder und Begleichung von Forderungen

(1) Im Fall der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank bleibt die Haftung aller Mitglieder aus ihren nicht abgerufenen Zeichnungen zum Stammkapital der Bank und hinsichtlich der Abwertung ihrer Währungen bestehen, bis alle Forderungen der Gläubiger einschließlich aller Eventualforderungen beglichen sind.

(2) Alle Gläubiger mit direkten Forderungen werden aus den Vermögenswerten der Bank und sodann aus den Zahlungen befriedigt, die bei der Bank auf Abrufe von nicht eingezahlten Zeichnungen eingehen. Bevor Zahlungen an Gläubiger mit direkten Forderungen geleistet werden, trifft das Direktorium alle nach seiner Ansicht notwendigen Vorkehrungen zur Gewährleistung einer anteiligen Verteilung auf Gläubiger mit direkten und solchen mit Eventualforderungen.

Artikel 49

Verteilung der Vermögenswerte

(1) Im Fall der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank erfolgt eine Verteilung an die Mitglieder auf Grund ihrer Zeichnungen auf das Stammkapital der Bank erst, wenn

i) alle Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern erfüllt sind oder hierfür Vorsorge getroffen ist und

ii) der Gouverneursrat die Vornahme einer Verteilung beschlossen hat. Dieser Beschluß muß vom Rat mit der Mehrheit der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder einschließlich der Mehrheit der Gesamtstimmenzahl der regionalen Mitglieder gefaßt werden.

(2) Nachdem ein Beschluß zur Vornahme einer Verteilung nach Absatz 1 gefaßt worden ist, kann das Direktorium mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen aufeinanderfolgende Verteilungen der Vermögenswerte der Bank an die Mitglieder vornehmen, bis sämtliche Vermögenswerte

tion shall be subject to the prior settlement of all outstanding claims of the Bank against each member.

3. Before any distribution of assets is made, the Board of Directors shall fix the proportionate share of each member according to the ratio of its shareholding to the total outstanding shares of the Bank.

4. The Board of Directors shall value the assets to be distributed at the date of distribution and then proceed to distribute in the following manner:

a. There shall be paid to each member in its own obligations or those of its official agencies or legal entities within its territories, to the extent that they are available for distribution, an amount equivalent in value to its proportionate share of the total amount to be distributed.

b. Any balance due to a member after payment has been made in accordance with the preceding sub-paragraph shall be paid in its currency, to the extent that it is held by the Bank, up to an amount equivalent in value to such balance.

c. Any balance due to a member after payment has been made in accordance with sub-paragraphs a and b of this paragraph shall be paid in gold or currency acceptable to that member, to the extent that they are held by the Bank, up to an amount equivalent in value to such balance.

d. Any remaining assets held by the Bank after payments have been made to members in accordance with sub-paragraphs a to c of this paragraph shall be distributed pro rata among the members.

5. Any member receiving assets distributed by the Bank in accordance with the preceding paragraph shall enjoy the same rights with respect to such assets as the Bank enjoyed before their distribution.

Chapter VII
Status, Immunities, Exemptions and Privileges

Article 50
Status

To enable it to fulfil its purpose and the functions with which it is entrusted, the Bank shall possess full international personality. To those ends, it may enter into agreements with members, non-member States and other international organiz-

Cette distribution ne peut avoir lieu qu'après le règlement de toutes les créances en cours de la Banque sur les Etats membres.

3. Avant toute distribution d'avoirs, le Conseil d'administration détermine la part qui revient à chaque Etat membre d'après le rapport qui existe entre le nombre d'actions que chacun possède et le total des actions impayées de la Banque.

4. Le Conseil d'administration procède à une évaluation des avoirs à distribuer à la date de la distribution, puis répartit ces avoirs de la manière suivante:

a. Il est versé à chaque Etat membre, dans ses propres titres ou dans ceux de ses organismes officiels ou de personnes morales situées sur ses territoires, dans la mesure où ces titres sont disponibles aux fins de distribution, un montant équivalent en valeur à la fraction proportionnelle du total à distribuer qui revient audit Etat.

b. Tout solde restant dû à un Etat membre après le versement effectué conformément à l'alinéa précédent est payé dans la monnaie dudit Etat, dans la mesure où la Banque en détient, jusqu'à concurrence d'un montant d'une valeur équivalente à celle de ce solde.

c. Tout solde restant dû à un Etat membre après les versements effectués conformément aux alinéas a. et b. du présent paragraphe est réglé en or ou dans une monnaie agréée par ledit Etat, dans la mesure où la Banque détient l'un ou l'autre, jusqu'à concurrence d'un montant d'une valeur équivalente à celle de ce solde.

d. Tous les avoirs détenus par la Banque après les paiements faits aux Etats membres conformément aux alinéas a. à c. du présent paragraphe sont distribués au prorata entre lesdits Etats.

5. Tout Etat membre qui reçoit des avoirs distribués par la Banque aux termes du paragraphe précédent est subrogé dans tous les droits que la Banque possédait sur ces avoirs avant leur répartition.

Chapitre VII
Statut, immunités, exemptions et privilèges

Article 50
Statut

Pour pouvoir atteindre son but et exercer les fonctions qui lui sont confiées, la Banque jouit de la personnalité internationale pleine et entière. A ces fins, elle peut conclure des accords avec les Etats membres et les Etats non membres, ainsi

verteilt sind. Voraussetzung für eine solche Verteilung ist die vorherige Erfüllung aller ausstehenden Forderungen der Bank gegen jedes Mitglied.

(3) Vor einer Verteilung der Vermögenswerte hat das Direktorium den jeweiligen Anteil eines jeden Mitglieds gemäß dem Verhältnis seines Anteilbesitzes zu den gesamten ausstehenden Anteilen der Bank festzusetzen.

(4) Das Direktorium hat die zur Verteilung kommenden Vermögenswerte zum Zeitpunkt der Verteilung zu bewerten und sodann die Verteilung in folgender Weise vorzunehmen:

a) Jedem Mitglied wird in seinen eigenen Schuldverschreibungen oder denen seiner amtlichen Stellen oder juristischen Personen innerhalb seiner Hoheitsgebiete, soweit diese Schuldverschreibungen für eine Verteilung verfügbar sind, ein Betrag gezahlt, der wertmäßig seinem verhältnismäßigen Anteil an dem zu verteilenden Gesamtbetrag entspricht.

b) Jeder einem Mitglied nach der Zahlung gemäß Buchstabe a geschuldete Restbetrag wird in der Währung des Mitglieds gezahlt, soweit die Bank diese Währung besitzt, und zwar bis zum Gegenwert dieses Restbetrags.

c) Jeder einem Mitglied nach den Zahlungen gemäß den Buchstaben a und b geschuldete Restbetrag wird in Gold oder einer für das Mitglied annehmbaren Währung gezahlt, soweit die Bank Gold oder diese Währung besitzt, und zwar bis zum Gegenwert dieses Restbetrags.

d) Verbleiben nach den Zahlungen an die Mitglieder gemäß den Buchstaben a bis c noch Vermögenswerte im Besitz der Bank, so werden sie anteilig unter die Mitglieder verteilt.

(5) Jedes Mitglied, das Vermögenswerte erhält, die von der Bank nach Absatz 4 verteilt werden, genießt hinsichtlich dieser Vermögenswerte dieselben Rechte, wie sie der Bank vor der Verteilung zustanden.

Kapitel VII
Rechtsstellung, Immunitäten, Befreiungen und Vorrechte

Artikel 50
Rechtsstellung

Um der Bank die Erfüllung ihres Zwekkes und der ihr zugewiesenen Aufgaben zu ermöglichen, besitzt sie volle internationale Rechtspersönlichkeit. Zu diesem Zweck kann sie Übereinkünfte mit Mitgliedern, Nichtmitgliedstaaten und an-

ations. To the same ends, the status, immunities, exemptions and privileges set forth in this chapter shall be accorded to the Bank in the territory of each member.

qu'avec d'autres organisations internationales. Aux mêmes fins, le statut, les immunités, les exemptions et les privilèges énoncés dans le présent chapitre sont accordés à la Banque sur le territoire de chaque Etat membre.

deren internationalen Organisationen schließen. Zum gleichen Zweck werden der Bank im Hoheitsgebiet jedes Mitglieds die Rechtsstellung, Immunitäten, Befreiungen und Vorrechte gewährt, die in diesem Kapitel aufgeführt sind.

Article 51

Status in Member Countries

In the territory of each member the Bank shall possess full juridical personality and, in particular, full capacity:

a. To contract;

b. To acquire and dispose of immovable and movable property; and

c. To institute legal proceedings.

Article 51

Statut dans les Etats membres

Sur le territoire de chaque Etat membre, la Banque possède la personnalité juridique pleine et entière et, en particulier, jouit de la pleine et entière capacité:

a. De conclure des contrats;

b. D'acquérir et d'aliéner des biens immobiliers ou mobiliers; et

c. D'ester en justice.

Artikel 51

Rechtsstellung in Mitgliedstaaten

Die Bank besitzt im Hoheitsgebiet jedes Mitglieds volle Rechtspersönlichkeit und hat insbesondere die uneingeschränkte Fähigkeit,

a) Verträge zu schließen,

b) unbewegliches und bewegliches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen und

c) vor Gericht zu stehen.

Article 52

Judicial Proceedings

1. The Bank shall enjoy immunity from every form of legal process except in cases arising out of the exercise of its borrowing powers when it may be sued only in a court of competent jurisdiction in the territory of a member in which the Bank has its principal office, or in the territory of a member or non-member State where it has appointed an agent for the purpose of accepting service or notice of process or has issued or guaranteed securities. No actions shall, however, be brought by members or persons acting for or deriving claims from members.

2. The property and assets of the Bank shall, wherever located and by whomsoever held, be immune from all forms of seizure, attachment or execution before the delivery of final judgement against the Bank.

Article 52

Actions en justice

1. La Banque jouit de l'immunité de juridiction concernant toute forme d'action en justice, à moins qu'il ne s'agisse d'actions découlant de l'exercice de ses pouvoirs d'emprunt, auquel cas elle ne peut être poursuivie que devant un tribunal compétent sur le territoire d'un Etat membre où se trouve son siège principal ou sur le territoire d'un Etat, membre ou non membre, dans lequel elle a nommé un agent chargé de recevoir des assignations ou des sommations, ou dans lequel elle a émis ou garanti des valeurs. Toutefois, aucune action ne peut être intentée par des Etats membres ou par des personnes agissant pour le compte de ces Etats ou détenant d'eux des créances.

2. Les biens et avoirs de la Banque, où qu'ils se trouvent et quels qu'en soient les détenteurs, sont exemptés de toute forme de saisie-exécution, saisie-arrêt ou mesure d'exécution aussi longtemps qu'un arrêt définitif n'a pas été rendu contre la Banque.

Artikel 52

Gerichtsbarkeit

(1) Die Bank genießt Immunität von der Gerichtsbarkeit in jeder Art von gerichtlichem Verfahren außer in Fällen, die aus der Ausübung ihrer Befugnis zur Darlehensaufnahme entstehen, in denen ein Prozeß gegen sie nur vor einem zuständigen Gericht im Hoheitsgebiet eines Mitglieds, in dem die Bank ihre Hauptgeschäftsstelle hat, oder im Hoheitsgebiet eines Mitglieds oder eines Nichtmitgliedstaats, in dem sie einen Vertreter für die Entgegennahme gerichtlicher Urkunden ernannt oder Wertpapiere ausgegeben oder garantiert hat, geführt werden kann. Klagen können jedoch nicht erhoben werden von Mitgliedern oder von Personen, die für Mitglieder handeln oder von diesen Forderungen ableiten.

(2) Das Eigentum und die Vermögenswerte der Bank, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, genießen Immunität von jeder Form der Beschlagnahme, Pfändung oder Vollstreckung, solange nicht ein rechtskräftiges Urteil gegen die Bank ergangen ist.

Article 53

Immunity of Assets and Archives

1. Property and assets of the Bank, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, expropriation or any other form of taking or foreclosure by executive or legislative action.

2. The archives of the Bank and, in general, all documents belonging to it, or held by it, shall be inviolable, wherever located.

Article 53

Insaisissabilité des avoirs et des archives

1. Les biens et avoirs de la Banque, où qu'ils se trouvent et quels qu'en soient les détenteurs, sont exemptés de perquisition, réquisition, confiscation, expropriation ou de toute autre forme de saisie ou de mainmise, de la part du pouvoir exécutif ou législatif.

2. Les archives de la Banque et, d'une manière générale, tous les documents qui lui appartiennent ou qu'elle détient sont inviolables, où qu'ils se trouvent.

Artikel 53

Immunität der Vermögenswerte und der Archive

(1) Das Eigentum und die Vermögenswerte der Bank, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, genießen Immunität von Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung oder jeder anderen Form der Wegnahme oder Zwangsvollstreckung durch Verwaltungsakt oder gesetzgeberische Maßnahme.

(2) Die Archive der Bank sowie allgemein sämtliche in ihrem Eigentum oder Besitz befindliche Schriftstücke sind ohne Rücksicht auf ihren Aufbewahrungsort unverletzlich.

Article 54

Freedom of Assets from Restriction

To the extent necessary to carry out the purpose and functions of the Bank and subject to the provisions of this Agreement, all property and other assets of the Bank shall be exempt from restrictions, regulations, controls and moratoria of any nature.

Article 55

Privilege for Communications

Official communications of the Bank shall be accorded by each member the same treatment that it accords to the official communications of other members.

Article 56

Personal Immunities and Privileges

All governors, directors, alternates, officers and employees of the Bank and experts and consultants performing missions for the Bank:

i. Shall be immune from legal process with respect to acts performed by them in their official capacity;

ii. Where they are not local nationals, shall be accorded the same immunities from immigration restrictions, alien registration requirements and national service obligations, and the same facilities as regards exchange regulations as are accorded by members to the representatives, officials and employees of comparable rank of other members; and

iii. Shall be granted the same treatment in respect of travelling facilities as is accorded by members to representatives, officials and employees of comparable rank of other members.

Article 57

Exemption from Taxation

1. The Bank, its property, other assets, income and its operations and transactions shall be exempt from all taxation and from all customs duties. The Bank shall also be exempt from any obligation relating to the payment, withholding or collection of any tax or duty.

2. No tax shall be levied on or in respect of salaries and emoluments paid by the

Article 54

Exemptions relatives aux avoirs

Dans la mesure nécessaire pour que la Banque atteigne son but et s'acquitte de ses fonctions et sous réserve des dispositions du présent Accord, tous les biens et autres avoirs de la Banque sont exemptés de restrictions, réglementations, contrôles et moratoires de toute nature.

Article 55

Privilèges en matière de communications

Chaque Etat membre de la Banque applique aux communications officielles de la Banque le régime qu'il applique aux communications officielles des autres Etats membres.

Article 56

Immunités et privilèges du personnel

Tous les gouverneurs, administrateurs, suppléants, fonctionnaires et agents de la Banque ainsi que les experts et consultants effectuant des missions pour son compte:

i. Jouissent de l'immunité de juridiction pour les actes accomplis par eux en leur qualité officielle;

ii. Jouissent, lorsqu'ils ne sont pas ressortissants de l'Etat membre où ils exercent leurs fonctions, des immunités relatives aux dispositions limitant l'immigration, aux formalités d'enregistrement des étrangers et aux obligations du service civique ou militaire, et des facilités en matière de réglementation des changes reconnues par les Etats membres aux représentants, fonctionnaires et agents de rang comparable des autres Etats membres; et

iii. Bénéficient, du point de vue des facilités de déplacement, du traitement accordé par les Etats membres aux représentants, fonctionnaires et agents de rang comparable des autres Etats membres.

Article 57

Immunité fiscale

1. La Banque, ses biens, autres avoirs et revenus, ainsi que ses opérations et transactions, sont exonérés de tous impôts directs et de tous droits de douane. La Banque est également exemptée de tout obligation afférente au paiement, à la retenue ou au recouvrement de tout impôt ou droit.

2. Aucun impôt n'est perçu sur ou en ce qui concerne les traitements et émolu-

Artikel 54

Befreiung der Vermögenswerte von Beschränkungen

In dem zur Erfüllung des Zweckes und der Aufgaben der Bank notwendigen Ausmaß und vorbehaltlich dieses Übereinkommens sind das gesamte Eigentum und alle sonstigen Vermögenswerte der Bank von Beschränkungen, Verwaltungsvorschriften, Kontrollen und Moratorien jeder Art befreit.

Artikel 55

Vorrechte für den Nachrichtenverkehr

Jedes Mitglied gewährt dem amtlichen Nachrichtenverkehr der Bank dieselbe Behandlung, die es dem amtlichen Nachrichtenverkehr anderer Mitglieder gewährt.

Artikel 56

Persönliche Immunitäten und Vorrechte

Alle Gouverneure, Direktoren, Stellvertreter, leitenden und sonstigen Bediensteten der Bank sowie Sachverständige und Berater, die Aufträge für die Bank durchführen,

i) genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen;

ii) erhalten, wenn sie nicht Inländer sind, die gleiche Immunität von Einwanderungsbeschränkungen, von der Meldepflicht der Ausländer und von staatlichen Dienstverpflichtungen sowie die gleichen Erleichterungen in bezug auf Devisenbestimmungen, wie sie die Mitglieder den in vergleichbarem Rang stehenden Vertretern, leitenden und sonstigen Bediensteten anderer Mitglieder gewähren;

iii) erhalten die gleiche Behandlung in bezug auf Reiseerleichterungen, wie sie die Mitglieder den in vergleichbarem Rang stehenden Vertretern, leitenden und sonstigen Bediensteten anderer Mitglieder gewähren.

Artikel 57

Befreiung von der Besteuerung

(1) Die Bank, ihr Eigentum, ihre sonstigen Vermögenswerte, ihre Einnahmen sowie ihre Geschäfte und Transaktionen sind von jeder Besteuerung sowie von allen Zöllen befreit. Die Bank ist ferner von jeder Verpflichtung zur Zahlung, Einbehaltung oder Erhebung von Steuern oder sonstigen Abgaben befreit.

(2) Die von der Bank den Direktoren, Stellvertretern, leitenden Bediensteten

Bank to directors, alternates, officers and other professional staff of the Bank.

3. No tax of any kind shall be levied on any obligation or security issued by the Bank, including any dividend or interest thereon, by whomsoever held:

i. Which discriminates against such obligation or security solely because it is issued by the Bank; or

ii. If the sole jurisdictional basis for such taxation is the place or currency in which it is issued, made payable or paid, or the location of any office or place of business maintained by the Bank.

4. No tax of any kind shall be levied on any obligation or security guaranteed by the Bank, including any dividend or interest thereon, by whomsoever held:

i. Which discriminates against such obligation or security solely because it is guaranteed by the Bank; or

ii. If the sole jurisdictional basis for such taxation is the location of any office or place of business maintained by the Bank.

Article 58

Notification of Implementation

Each member shall promptly inform the Bank of the specific action which it has taken to make effective in its territory the provisions of this chapter.

Article 59

Application of Immunities, Exemptions and Privileges

The immunities, exemptions and privileges provided in this chapter are granted in the interests of the Bank. The Board of Directors may waive, to such extent and upon such conditions as it may determine, the immunities and exemptions provided in articles 52, 54, 56, and 57 of this Agreement in cases where its action would in its opinion further the interests of the Bank.The President shall have the right and the duty to waive the immunity of any official in cases where, in his opinion, the immunity would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the interests of the Bank.

ments que la Banque verse à ses administrateurs, suppléants, fonctionnaires et autre personnel de la catégorie professionnelle.

3. Il n'est perçu sur aucune obligation ou valeur émise par la Banque, quel qu'en soit le détenteur, ni sur les dividendes ou intérêts qui en proviennent, aucun impôt, de quelque nature que ce soit,

i. Qui constitue une mesure discriminatoire dirigée contre une telle obligation ou valeur pour la seule raison qu'elle est émise par la Banque; ou

ii. Dont le seul fondement juridique soit le lieu ou la monnaie d'émission ou de paiement prévu ou effectif ou l'emplacement d'un bureau ou centre d'opérations de la Banque.

4. Il n'est perçu, sur aucune obligation ou valeur garantie par la Banque, quel qu'en soit le détenteur, ni sur les dividendes ou intérêts qui en proviennent, aucun impôt, de quelque nature que ce soit,

i. Qui constitue une mesure discriminatoire dirigée contre une telle obligation ou valeur pour la seule raison qu'elle est garantie par la Banque; ou

ii. Dont le seul fondement juridique soit l'emplacement d'un bureau ou centre d'opérations de la Banque.

Article 58

Notification des mesures prises en application du chapitre VII

Chaque Etat membre informe sans délai la Banque des mesures précises qu'il a prises pour appliquer sur son territoire les dispositions du présent chapitre.

Article 59

Application des immunités, exemptions et privilèges

Les immunités, exemptions et privilèges prévus dans le présent chapitre sont accordés dans l'intérêt de la Banque. Le Conseil d'administration peut, dans la mesure et aux conditions qu'il détermine, lever les immunités et exemptions prévues aux articles 52, 54, 56 et 57 du présent Accord dans les cas où, à son avis, cette décision favoriserait les intérêts de la Banque. Le Président a le droit et le devoir de lever l'immunité accordée à un fonctionnaire dans les cas où, à son avis, l'immunité entraverait le cours normal de la justice et où elle peut être levée sans léser les intérêts de la Banque.

und anderen Fachkräften gezahlten Gehälter und Vergütungen unterliegen keiner Art von Besteuerung.

(3) Von der Bank ausgegebene Schuldverschreibungen oder Wertpapiere einschließlich der Dividenden oder Zinsen dafür, gleichviel in wessen Besitz sie sich befinden, unterliegen keiner Art von Besteuerung,

i) die eine solche Schuldverschreibung oder ein solches Wertpapier nur deshalb benachteiligt, weil diese Urkunde von der Bank ausgegeben wurde, oder

ii) deren einzige rechtliche Grundlage der Ort oder die Währung, in denen diese Urkunde ausgegeben oder bezahlt worden oder zahlbar ist, oder der Ort einer Geschäftsstelle oder eines Büros der Bank ist.

(4) Von der Bank garantierte Schuldverschreibungen oder Wertpapiere einschließlich der Dividenden oder Zinsen dafür, gleichviel in wessen Besitz sie sich befinden, unterliegen keiner Art von Besteuerung,

i) die eine solche Schuldverschreibung oder ein solches Wertpapier nur deshalb benachteiligt, weil diese Urkunde von der Bank garantiert ist, oder

ii) deren einzige rechtliche Grundlage der Ort einer Geschäftsstelle oder eines Büros der Bank ist.

Artikel 58

Notifikation der Durchführung

Jedes Mitglied unterrichtet die Bank unverzüglich von den Maßnahmen, die sie getroffen hat, um dieses Kapitel in ihrem Hoheitsgebiet in Kraft zu setzen.

Artikel 59

Anwendung der Immunitäten, Befreiungen und Vorrechte

Die in diesem Kapitel vorgesehenen Immunitäten, Befreiungen und Vorrechte werden im Interesse der Bank gewährt. Das Direktorium kann in dem Ausmaß und unter den Bedingungen, die es bestimmt, auf die in den Artikeln 52, 54, 56 und 57 vorgesehenen Immunitäten und Befreiungen in Fällen verzichten, in denen dies nach seiner Auffassung den Interessen der Bank dienlich ist. Der Präsident ist berechtigt und verpflichtet, die Immunität von Bediensteten in Fällen aufzuheben, in denen die Immunität nach seiner Auffassung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Beeinträchtigung der Interessen der Bank aufgehoben werden kann.

Chapter VIII
Amendments, Interpretation, Arbitration

Article 60
Amendments

1. Any proposal to introduce modifications to this Agreement, whether emanating from a member, a governor or the Board of Directors, shall be communicated to the Chairman of the Board of Governors, who shall bring the proposal before that Board. If the proposed amendment is approved by the Board, the Bank shall, by circular letter or telegram, ask the members whether they accept the proposed amendment. When two-thirds of the members, having three-quarters of the total voting power of the members, including two-thirds of the regional members having three-quarters of the total voting power of the regional members, have accepted the proposed amendment, the Bank shall certify the fact by formal communication addressed to the members.

2. Notwithstanding paragraph 1 of this article, the voting majorities provided in article 3 (3) may be amended only by the voting majorities stated therein.

3. Notwithstanding paragraph 1 of this article, acceptance by all the members is required for any amendment modifying:

i. The right secured by paragraph 2 of article 6 of this Agreement;

ii. The limitation on liability provided in paragraph 5 of that article; and

iii. The right to withdraw from the Bank provided in article 43 of this Agreement.

4. Amendments shall enter into force for all members three months after the date of the formal communication provided for in paragraph 1 of this article unless the Board of Governors specifies a different period.

5. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this article, three years at the latest after the entry into force of this Agreement and in the light of the experience of the Bank, the rule according to which each member should have one vote shall be examined by the Board of Governors or at a meeting of Heads of State of the member countries in accordance with the conditions that applied to the adoption of this Agreement.

Article 61
Interpretation

1. The English and French texts of this Agreement shall be regarded as equally authentic.

Chapitre VIII
Amendements, interprétation, arbitrage

Article 60
Amendements

1. Toute proposition tendant à apporter des modifications au présent Accord, qu'elle émane d'un Etat membre, d'un gouverneur ou du Conseil d'administration, est communiquée au Président du Conseil des gouverneurs qui en saisit ledit Conseil. Si le Conseil des gouverneurs approuve l'amendement proposé, la Banque demande aux Etats membres, par lettre ou télégramme circulaire, s'ils acceptent ledit amendement. Si deux tiers des Etats membres, disposant des trois quarts des voix attribuées aux Etats membres, comprenant deux tiers des Etats membres régionaux disposant des trois quarts des voix attribuées aux Etats membres régionaux, acceptent l'amendement proposé, la Banque entérine le fait par une communication formelle qu'elle adresse aux Etats membres.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, les majorités en matière de vote énoncées à l'article 3 (3) ne peuvent être amendées que par les mêmes majorités.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, l'accord unanime des Etats membres est requis pour tout amendement qui modifie:

i. Le droit garanti par le paragraphe 2 de l'article 6 du présent Accord;

ii. La limitation de la responsabilité prévue au paragraphe 5 dudit article;

iii. Le droit de retrait prévu à l'article 43 du présent Accord.

4. Les amendements entrent en vigueur pour tous les Etats membres trois mois après la date de la communication formelle prévue au paragraphe 1 du présent article, à moins que le Conseil des gouverneurs n'en dispose autrement.

5. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, trois ans au plus tard après l'entrée en vigueur du présent Accord et compte tenu de l'expérience de la Banque, la règle selon laquelle chaque Etat membre dispose d'une voix sera examinée soit par le Conseil des gouverneurs, soit par une réunion des chefs des Etats membres dans les conditions qui ont été celles de l'adoption du présent Accord.

Article 61
Interprétation

1. Le texte anglais et le texte français du présent Accord font également foi.

Kapitel VIII
Änderung, Auslegung, Schiedsverfahren

Artikel 60
Änderungen

(1) Alle Vorschläge zur Änderung dieses Übereinkommens, gleichviel ob sie von einem Mitglied, einem Gouverneur oder dem Direktorium ausgehen, sind dem Vorsitzenden des Gouverneursrats zuzuleiten, der sie dem Rat vorlegt. Wird die vorgeschlagene Änderung vom Gouverneursrat gebilligt, so befragt die Bank die Mitglieder durch Rundschreiben oder auf telegrafischem Weg, ob sie die vorgeschlagene Änderung annehmen. Nehmen zwei Drittel der Mitglieder, die drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder besitzen, einschließlich zwei Drittel der regionalen Mitglieder, die drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der regionalen Mitglieder besitzen, die vorgeschlagene Änderung an, so bestätigt die Bank dies durch förmliche Mitteilung an die Mitglieder.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 des vorliegenden Artikels können die in Artikel 3 Absatz 3 vorgesehenen Abstimmungsmehrheiten nur durch die dort genannten Abstimmungsmehrheiten geändert werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich bei Änderungen, welche betreffen

i) das durch Artikel 6 Absatz 2 gesicherte Recht;

ii) die in Artikel 6 Absatz 5 vorgesehene Haftungsbeschränkung und

iii) das in Artikel 43 vorgesehene Recht zum Austritt aus der Bank.

(4) Änderungen treten für alle Mitglieder drei Monate nach dem Tag der in Absatz 1 vorgesehenen förmlichen Mitteilung in Kraft, sofern nicht der Gouverneursrat eine andere Frist festsetzt.

(5) Ungeachtet des Absatzes 1 wird die Vorschrift, nach der jedes Mitglied eine Stimme haben soll, spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens und im Licht der Erfahrungen der Bank vom Gouverneursrat oder auf einem Treffen der Staatsoberhäupter der Mitgliedstaaten unter denselben Bedingungen geprüft, wie sie für die Annahme dieses Übereinkommens galten.

Artikel 61
Auslegung

(1) Der englische und französische Wortlaut dieses Übereinkommens wird als gleichermaßen verbindlich angesehen.

2. Any question of interpretation of the provisions of this Agreement arising between any member and the Bank or between any members of the Bank shall be submitted to the Board of Directors for decision. If there is no director of its nationality on that Board, a member particularly affected by the question under consideration shall be entitled to direct representation in such cases. Such right of representation shall be regulated by the Board of Governors.

3. In any case where the Board of Directors has given a decision under paragraph 2 of this article, any member may require that the question be referred to the Board of Governors, whose decision shall be sought – under a procedure to be established in accordance with paragraph 3 of article 31 of this Agreement – within three months. That decision shall be final.

Article 62

Arbitration

In the case of a dispute between the Bank and the Government of a State which has ceased to be a member, or between the Bank and any member upon the termination of the operations of the Bank, such dispute shall be submitted to arbitration by a tribunal of three arbitrators. One of the arbitrators shall be appointed by the Bank, another by the Government of the State concerned, and the third arbitrator, unless the parties otherwise agree, shall be appointed by such other authority as may have been prescribed by regulations adopted by the Board of Governors. The third arbitrator shall have full power to settle all questions of procedure in any case where the parties are in disagreement with respect thereto.

Chapter IX
Final Provisions

Article 63

Signature and Deposit

1. This Agreement, deposited with the Secretary-General of the United Nations (hereinafter called the "Depositary"), shall remain open until 31 December 1963 for signature by the Governments of States whose names are set forth in annex A to this Agreement.

2. The Depositary shall communicate certified copies of this Agreement to all the Signatories.

Article 64

Ratification, Acceptance, Accession and Acquisition of Membership

1. a. This Agreement shall be subject to ratification or acceptance by the Sig-

2. Toute question relative à l'interprétation des dispositions du présent Accord soulevée entre un Etat membre et la Banque ou entre deux ou plusieurs Etats membres de la Banque est soumise au Conseil d'administration pour décision. L'Etat membre particulièrement intéressé dans le différend a le droit, s'il n'est pas représenté au Conseil d'administration par un administrateur de sa nationalité de se faire représenter directement en pareil cas. Ce droit de représentation fera l'objet d'un règlement pris par le Conseil des gouverneurs.

3. Lorsque le Conseil d'administration a statué conformément au paragraphe 2 du présent article, tout Etat membre peut demander que la question soit portée devant le Conseil des gouverneurs qui, suivant une procédure à établir conformément au paragraphe 3 de l'article 31 du présent Accord, est appelé à se prononcer dans les trois mois. La décision du Conseil des gouverneurs est sans appel.

Article 62

Arbitrage

En cas de litige entre la Banque et le gouvernement d'un Etat qui a cessé d'être membre, ou entre la Banque, lors de l'arrêt définitif de ses opérations, et un Etat membre, ce litige est soumis à l'arbitrage d'un tribunal de trois arbitres. Un arbitre est nommé par la Banque, un autre arbitre par le gouvernement de l'Etat intéressé et le troisième arbitre, à moins que les parties n'en conviennent autrement, par toute autre instance désignée dans un règlement adopté par le Conseil des gouverneurs. Le troisième arbitre a pleins pouvoirs pour régler toutes les questions de procédure sur lesquelles les parties seraient en désaccord.

Chapitre IX
Dispositions finales

Article 63

Signature et dépôt

1. Le présent Accord, déposé auprès du Secrétaire général des Nations Unies (dénommé ci-après le «Dépositaire»), restera ouvert, jusqu'au 31 décembre 1963, à la signature des gouvernements des Etats dont les noms figurent à l'annexe A du présent Accord.

2. Le Dépositaire remettra à tous les Signataires des copies certifiées conformes du présent Accord.

Article 64

Ratification, acceptation, adhésion et acquisition de la qualité de membre

1. a. Le présent Accord sera soumis à la ratification ou à l'acceptation des

(2) Alle Fragen der Auslegung dieses Übereinkommens, die zwischen einem Mitglied und der Bank oder zwischen Mitgliedern der Bank auftreten, werden dem Direktorium zur Entscheidung vorgelegt. Ist ein von der zur Beratung stehenden Frage besonders betroffenes Mitglied nicht durch einen Direktor seiner Staatsangehörigkeit in diesem Gremium vertreten, so ist es zur unmittelbaren Vertretung in solchen Fällen berechtigt. Dieses Vertretungsrecht wird vom Gouverneursrat geregelt.

(3) Hat das Direktorium eine Entscheidung nach Absatz 2 getroffen, so kann jedes Mitglied verlangen, daß die Frage an den Gouverneursrat verwiesen wird, dessen Entscheidung – nach einem gemäß Artikel 31 Absatz 3 festzulegenden Verfahren – innerhalb von drei Monaten herbeigeführt werden muß. Diese Entscheidung ist endgültig.

Artikel 62

Schiedsverfahren

Bei einer Streitigkeit zwischen der Bank und der Regierung eines Staates, dessen Mitgliedschaft erloschen ist, oder zwischen der Bank und einem Mitglied nach Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank wird die betreffende Streitigkeit einem aus drei Schiedsrichtern bestehenden Schiedsgericht zur schiedsrichterlichen Entscheidung vorgelegt. Einer der Schiedsrichter wird von der Bank ernannt, ein weiterer von der Regierung des betroffenen Staates und der dritte, sofern nicht die Parteien etwas anderes vereinbaren, von einer anderen Instanz, die nach vom Gouverneursrat beschlossenen Regeln bestimmt wird. Der dritte Schiedsrichter hat Vollmacht, alle Verfahrensfragen zu regeln, über welche die Parteien sich nicht zu einigen vermögen.

Kapitel IX
Schlußbestimmungen

Artikel 63

Unterzeichnung und Hinterlegung

(1) Dieses Übereinkommen, das beim Generalsekretär der Vereinten Nationen (im folgenden als „Verwahrer" bezeichnet) hinterlegt wird, liegt bis zum 31. Dezember 1963 für die Regierungen der Staaten, deren Namen in Anlage A zu diesem Übereinkommen aufgeführt sind, zur Unterzeichnung auf.

(2) Der Verwahrer übermittelt allen Unterzeichnern beglaubigte Abschriften dieses Übereinkommens.

Artikel 64

Ratifikation, Annahme, Beitritt und Erwerb der Mitgliedschaft

(1) a) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation oder Annahme durch die

natories. Instruments of ratification or acceptance shall be deposited by the Signatory Governments with the Depositary before 1 July 1965. The Depositary shall notify each deposit and the date thereof to the other Signatories.

b. A State whose instrument of ratification or acceptance is deposited before the date on which this Agreement enters into force shall become a member of the Bank on that date. Any other Signatory which complies with the provisions of the preceding paragraph shall become a member on the date on which its instrument of ratification or acceptance is deposited.

2. Regional States which do not acquire membership of the Bank in accordance with the provisions of paragraph 1 of this article may become members – after the Agreement has entered into force – by accession thereto on such terms as the Board of Governors shall determine. The Government of any such State shall deposit, on or before a date appointed by that Board, an instrument of accession with the Depositary who shall notify such deposit and the date thereof to the Bank and to the Parties to this Agreement. Upon the deposit, the State shall become member of the Bank on the appointed date.

3. A member may, when depositing its instrument of ratification or acceptance, declare that it retains for itself and its political subdivisions the right to tax salaries and emoluments paid by the Bank to that member's citizens, nationals or residents.

Article 65

Entry into Force

This Agreement shall enter into force upon the deposit of instruments of ratification or acceptance by twelve signatory Governments whose initial subscriptions, as set forth in annex A to this Agreement, in aggregate comprise not less than sixty-five per cent of the authorized capital stock of the Bank [1]); provided always that 1 January 1964 shall be the earliest date on which this Agreement may enter into force in accordance with the provisions of this article.

[1]) The words "authorized capital stock of the Bank" shall be understood to refer to such authorized capital stock of the Bank as is equivalent to 211.2 million units of account and as corresponds to the aggregate initial number of shares to be subscribed by the States that may acquire its membership in accordance with paragraph 1 of article 64 of the Agreement; see the Memorandum by the Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Africa on the interpretation of article 65 of the Agreement Establishing the African Development Bank, attached to the Final Act of the Conference.

Signataires. Les gouvernements signataires déposeront leur instrument de ratification ou d'acceptation auprès du Dépositaire avant le 1er juillet 1965. Le Dépositaire donnera avis de chaque dépôt et de la date de ce dépôt aux autres Signataires.

b. Un Etat dont l'instrument de ratification ou d'acceptation sera déposé avant la date d'entrée en vigueur du présent Accord deviendra membre de la Banque à cette date. Tout autre Signataire qui se conformera aux dispositions du paragraphe précédent deviendra membre à la date à laquelle il aura déposé son instrument de ratification ou d'acceptation.

2. Les Etats régionaux qui ne deviendraient pas membres de la Banque conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent article pourront devenir membres après l'entrée en vigueur de l'Accord en y adhérant, suivant les modalités que le Conseil des gouverneurs déterminera. Le gouvernement de tout Etat intéressé déposera, à une date fixée par ledit Conseil ou avant cette date, un instrument d'adhésion auprès du Dépositaire qui donnera avis du dépôt et de la date de ce dépôt à la Banque et aux Parties à l'Accord. A la suite de ce dépôt, l'Etat intéressé deviendra membre de la Banque à la date fixée par le Conseil des gouverneurs.

3. Un Etat membre peut, au moment du dépôt de son instrument de ratification ou d'acceptation de la qualité de membre, déclarer qu'il se réserve ainsi qu'à ses subdivisions politiques, le droit d'imposer les salaires et émoluments versés à ses citoyens, à ses ressortissants ou à ses résidents.

Article 65

Entrée en vigueur

Le présent Accord entrera en vigueur lors du dépôt d'instruments de ratification ou d'acceptation par douze gouvernements signataires dont les souscriptions initiales, telles qu'elles sont fixées dans l'annexe A audit Accord, représentent au total soixante-cinq pour cent au moins du capital-actions autorisé de la Banque [1]) sans toutefois que l'entrée en vigueur de l'Accord conformément aux dispositions de cet article puisse être antérieure au 1er janvier 1964.

[1]) Les mots «capital-actions autorisé de la Banque» doivent s'entendre comme désignant le capital-actions autorisé de la Banque qui équivaut à 211,2 millions d'unités de compte et qui correspond au nombre initial total d'actions de la Banque à souscrire par les Etats qui peuvent devenir membres conformément au paragraphe 1 de l'article 64 de l'Accord: voir le mémorandum du Secrétaire exécutif de la Commission économique des Nations Unies pour l'Afrique sur l'interprétation de l'article 65 de l'Accord portant création de la Banque africaine de développement, joint à l'Acte final de la Conférence.

Unterzeichner. Die Ratifikations- oder Annahmeurkunden werden von den Unterzeichnerregierungen bis zum 1. Juli 1965 beim Verwahrer hinterlegt. Der Verwahrer notifiziert den anderen Unterzeichnern jede Hinterlegung und deren Zeitpunkt.

b) Ein Staat, dessen Ratifikations- oder Annahmeurkunde vor dem Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens hinterlegt wird, wird an diesem Tag Mitglied der Bank. Jeder andere Unterzeichner, der die Bestimmungen des Buchstabens a erfüllt, wird an dem Tag Mitglied, an dem seine Ratifikations- oder Annahmeurkunde hinterlegt wird.

(2) Regionale Staaten, die nicht nach Absatz 1 die Mitgliedschaft bei der Bank erwerben, können nach Inkrafttreten des Übereinkommens Mitglieder werden, indem sie zu den Bedingungen beitreten, die der Gouverneursrat bestimmt. Die Regierung eines solchen Staates hinterlegt vor oder zu einem vom Rat bestimmten Zeitpunkt eine Beitrittsurkunde beim Verwahrer, der diese Hinterlegung und deren Zeitpunkt der Bank und den Vertragsparteien dieses Übereinkommens notifiziert. Nach der Hinterlegung wird der Staat an dem festgesetzten Tag Mitglied der Bank.

(3) Ein Mitglied kann bei der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Annahmeurkunde erklären, daß es sich und seinen Gebietskörperschaften das Recht vorbehält, die von der Bank an seine Staatsbürger und Staatsangehörigen und an in seinem Hoheitsgebiet ansässige Personen gezahlten Gehälter und Vergütungen zu besteuern.

Artikel 65

Inkrafttreten

Dieses Übereinkommen tritt in Kraft, wenn zwölf Unterzeichnerregierungen, deren Erstzeichnungen gemäß Anlage A zu diesem Übereinkommen insgesamt nicht weniger als 65 v. H. des genehmigten Stammkapitals der Bank [1]) umfassen, Ratifikations- oder Annahmeurkunden hinterlegt haben; in jedem Fall ist aber der 1. Januar 1964 der früheste Zeitpunkt, zu dem dieses Übereinkommen nach diesem Artikel in Kraft treten kann.

[1]) Die Worte „genehmigtes Stammkapital der Bank" sollen das genehmigte Stammkapital der Bank bezeichnen, das den Wert von 211,2 Mio. Rechnungseinheiten hat und der Gesamtzahl der Erstanteile entspricht, die von den Staaten zu zeichnen sind, welche die Mitgliedschaft nach Artikel 64 Absatz 1 erwerben können; s. Memorandum des Exekutivsekretärs der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika zur Auslegung von Artikel 65 des Übereinkommens zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank, das der Schlußakte der Konferenz beigefügt ist.

Article 66

Commencement of Operations

1. As soon as this Agreement enters into force, each member shall appoint a governor, and the Trustee appointed for this purpose and for the purpose indicated in paragraph 5 of article 7 of this Agreement shall call the first meeting of the Board of Governors.

2. At its first meeting, the Board of Governors:

a. Shall elect nine directors of the Bank in accordance with paragraph 1 of article 33 of this Agreement; and

b. Make arrangements for the determination of the date on which the Bank shall commence its operations.

3. The Bank shall notify its members of the date of the commencement of its operations.

Article 66

Ouverture des opérations

1. Dès l'entrée en vigueur du présent Accord, chaque Etat membre nommera un gouverneur, et l'Institution mandataire (Trustee) désignée à cette fin, ainsi qu'aux fins définies au paragraphe 5 de l'article 7 de l'Accord, convoquera la première assemblée du Conseil des gouverneurs.

2. A sa première assemblée, le Conseil des gouverneurs:

a. Elira neuf administrateurs de la Banque conformément au paragraphe 1 de l'article 33 du présent Accord; et

b. Prendra des dispositions en vue de la détermination de la date à laquelle la Banque commencera ses opérations.

3. La Banque avisera les Etats membres de la date à laquelle elle commencera ses opérations.

Artikel 66

Aufnahme der Geschäftstätigkeit

(1) Sobald dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, ernennt jedes Mitglied einen Gouverneur, und der zu diesem Zweck und zu dem in Artikel 7 Absatz 5 angegebenen Zweck ernannte Treuhänder beraumt die erste Sitzung des Gouverneursrats an.

(2) Auf seiner ersten Sitzung wird der Gouverneursrat

a) neun Direktoren der Bank nach Artikel 33 Absatz 1 wählen und

b) Vorkehrungen zur Bestimmung des Tages treffen, an dem die Bank ihre Geschäftstätigkeit aufnimmt.

(3) Die Bank notifiziert ihren Mitgliedern den Tag der Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit.

Done in Khartoum, this fourth day of August nineteen hundred and sixty-three, in a single copy in the English and French languages.

Fait à Khartoum, le quatre août mil neuf cent soixante-trois, en un exemplaire unique en langue anglaise et en langue française.

Geschehen zu Khartoum am 4. August 1963 in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache.

Annex A

Initial Subscriptions to the Authorized Capital Stock of the Bank

	Member	Paid-up shares	Callable shares	Total Subscription (in million of units of account)
1	Algeria	1,225	1,225	24.50
2	Burundi	60	60	1.20
3	Cameroon	200	200	4.00
4	Central African Republic	50	50	1.00
5	Chad	80	80	1.60
6	Congo (Brazzaville)	75	75	1.50
7	Congo (Leopoldville)	650	650	13.00
8	Dahomey	70	70	1.40
9	Ethiopia	515	515	10.30
10	Gabon	65	65	1.30
11	Ghana	640	640	12.80
12	Guinea	125	125	2.50
13	Ivory Coast	300	300	6.00
14	Kenya	300	300	6.00
15	Liberia	130	130	2.60
16	Libya	95	95	1.90
17	Madagascar	260	260	5.20
18	Mali	115	115	2.30
19	Mauritania	55	55	1.10
20	Morocco	755	755	15.10
21	Niger	80	80	1.60
22	Nigeria	1,205	1,205	24.10
23	Rwanda	60	60	1.20
24	Senegal	275	275	5.50
25	Sierra Leone	105	105	2.10
26	Somalia	110	110	2.20
27	Sudan	505	505	10.10
28	Tanganyika	265	265	5.30
29	Togo	50	50	1.00
30	Tunisia	345	345	6.90
31	Uganda	230	230	4.60
32	U.A.R. (Egypt)	1,500	1,500	30,00
33	Upper Volta	65	65	1.30

Annexe A

Souscriptions initiales au capital-actions autorisé de la Banque

	Membres	Actions entièrement libérées	Actions libérables sur appel	Souscription totale (en millions d'unités de compte)
1	Algérie	1 225	1 225	24,50
2	Burundi	60	60	1,20
3	Cameroun	200	200	4,00
4	République Centrafricaine	50	50	1,00
5	Tchad	80	80	1,60
6	Congo (Brazzaville)	75	75	1,50
7	Congo (Léopoldville)	650	650	13,00
8	Dahomey	70	70	1,40
9	Ethiopie	515	515	10,30
10	Gabon	65	65	1,30
11	Ghana	640	640	12,80
12	Guinée	125	125	2,50
13	Côte-d'Ivoire	300	300	6,00
14	Kenya	300	300	6,00
15	Libéria	130	130	2,60
16	Libye	95	95	1,90
17	Madagascar	260	260	5,20
18	Mali	115	115	2,30
19	Mauritanie	55	55	1,10
20	Maroc	755	755	15,10
21	Niger	80	80	1,60
22	Nigéria	1 205	1 205	24,10
23	Rwanda	60	60	1,20
24	Sénégal	275	275	5,50
25	Sierra Leone	105	105	2,10
26	Somalie	110	110	2,20
27	Soudan	505	505	10,10
28	Tanganyika	265	265	5,30
29	Togo	50	50	1,00
30	Tunisie	345	345	6,90
31	Ouganda	230	230	4,60
32	RAU (Egypte)	1 500	1 500	30,00
33	Haute-Volta	65	65	1,30

Anlage A

Erstzeichnungen zum genehmigten Stammkapital der Bank

Mitglied*)		Eingezahlte Anteile	Abrufbare Anteile	Gesamtzeichnung (in Mio. Rechnungseinheiten)
1	Algerien	1 225	1 225	24,50
2	Burundi	60	60	1,20
3	Kamerun	200	200	4,00
4	Zentralafrikanische Republik	50	50	1,00
5	Tschad	80	80	1,60
6	Kongo (Brazzaville)	75	75	1,50
7	Kongo (Leopoldville)	650	650	13,00
8	Dahome	70	70	1,40
9	Äthiopien	515	515	10,30
10	Gabun	65	65	1,30
11	Ghana	640	640	12,80
12	Guinea	125	125	2,50
13	Elfenbeinküste	300	300	6,00
14	Kenia	300	300	6,00
15	Liberia	130	130	2,60
16	Libyen	95	95	1,90
17	Madagaskar	260	260	5,20
18	Mali	115	115	2,30
19	Mauretanien	55	55	1,10
20	Marokko	755	755	15,10
21	Niger	80	80	1,60
22	Nigeria	1 205	1 205	24,10
23	Ruanda	60	60	1,20
24	Senegal	275	275	5,50
25	Sierra Leone	105	105	2,10
26	Somalia	110	110	2,20
27	Sudan	505	505	10,10
28	Tanganjika	265	265	5,30
29	Togo	50	50	1,00
30	Tunesien	345	345	6,90
31	Uganda	230	230	4,60
32	VAR (Ägypten)	1 500	1 500	30,00
33	Obervolta	65	65	1,30

*) Staatenbezeichnungen zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Gründungsabkommens.

Annex B
Election of Directors

1 Non-divisible Vote

At the election of directors each governor shall cast all votes of the member he represents for a single person.

2 Regional Directors

a. The twelve persons receiving the highest number of votes of the governors representing the regional members shall be directors, except that no person who receives less than eight *) per cent of the total voting power of the regional members shall be considered as elected.

b. If twelve persons are not elected at the first ballot, a second ballot shall be held in which the person who received the lowest number of votes in the preceding ballot shall be ineligible and in which votes shall be cast only by:

(i) Governors who voted in the preceding ballot for a person who is not elected; and

(ii) Governors whose votes for a person who is elected are deemed, in accordance with paragraph 2 (c) of this annex, to have raised the votes cast for that person above ten *) per cent of the total voting power of the regional members.

c. (i) In determining whether the votes cast by a governor shall be deemed to have raised the total number of votes for any person above ten *) per cent, the said ten *) per cent shall be deemed to include, first, the votes of the governor casting the highest number of votes for that person, and then, in diminishing order, the votes of each governor casting the next highest number until ten *) per cent is attained.

(ii) Any governor part of whose votes must be counted in order to raise the votes cast for any person above eight *) per cent shall be considered as casting all his votes for that person even if the total number of votes cast for that person thereby exceeds ten *) per cent.

Annexe B
Election des administrateurs

1 Non-partage des voix

Pour l'élection des administrateurs, chaque gouverneur doit apporter à un seul candidat toutes les voix de l'Etat membre qu'il représente.

2 Administrateurs régionaux

a. Les douze candidats qui auront recueilli le plus grand nombre de voix des gouverneurs représentant les membres régionaux seront déclarés administrateurs, sous réserve que nul ne sera réputé élu s'il a obtenu moins de huit *) pour cent du total des voix attribuées aux Etats membres régionaux.

b. Si douze administrateurs n'ont pas été élus au premier tour de scrutin, il est procédé à un deuxième tour; le candidat qui aura obtenu le moins de voix au premier tour sera inéligible et seuls voteront:

i. Les gouverneurs ayant voté au premier tour pour un candidat qui n'a pas été élu; et

ii. Les gouverneurs dont les voix données à un candidat élu sont réputées, aux termes du paragraphe 2 c. de la présente annexe, avoir porté le nombre de voix recueillies par ce candidat à plus de dix *) pour cent du total des voix attribuées aux Etats membres régionaux.

c. i. Pour déterminer si les voix données par un gouverneur doivent être réputées avoir porté le total des voix obtenues par un candidat quelconque à plus de dix *) pour cent, ces dix *) pour cent seront réputés comprendre, d'abord, les voix du gouverneur qui a apporté le plus grand nombre de voix audit candidat, puis, par ordre décroissant, les voix de chacun des gouverneurs ayant émis le nombre de voix immédiatement inférieur, jusqu'à concurrence des dix *) pour cent.

ii. Tout gouverneur dont les voix doivent être partiellement comptées pour porter le total obtenu par un candidat à plus de huit *) pour cent sera réputé donner toutes ses voix audit candidat, même si le total des voix obtenues par l'intéressé se trouve, par là, dépasser dix *) pour cent.

Anlage B
Wahl der Direktoren

1. Unteilbare Stimmen

Bei der Wahl der Direktoren gibt jeder Gouverneur alle Stimmen des von ihm vertretenen Mitglieds für einen einzigen Bewerber ab.

2. Regionale Direktoren

a) Die zwölf Bewerber, welche die höchste Stimmenzahl der die regionalen Mitglieder vertretenden Gouverneure erhalten, werden Direktoren; jedoch gelten Bewerber, die weniger als acht*) v. H. der Gesamtstimmenzahl der regionalen Mitglieder erhalten, als nicht gewählt.

b) Werden im ersten Wahlgang keine zwölf Bewerber gewählt, so findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem derjenige Bewerber, der im vorhergehenden Wahlgang die geringste Stimmenzahl erhielt, ausscheidet und in dem nur Stimmen abgegeben werden von

i) Gouverneuren, die im ersten Wahlgang für einen Bewerber stimmten, der nicht gewählt wurde, und

ii) Gouverneuren, von deren für einen gewählten Bewerber abgegebenen Stimmen nach Buchstabe c angenommen wird, daß sie die für diesen Bewerber abgegebene Stimmenzahl auf über zehn*) v. H. der Gesamtstimmenzahl der regionalen Mitglieder angehoben haben.

c) i) Bei der Beurteilung, ob von den von einem Gouverneur abgegebenen Stimmen anzunehmen ist, daß sie die Gesamtstimmenzahl für einen Bewerber auf mehr als zehn*) v.H. angehoben haben, wird angenommen, daß die genannten zehn*) v. H. zunächst die Stimmen desjenigen Gouverneurs einschließen, der die höchste Stimmenzahl für den betreffenden Bewerber abgegeben hat, sodann in abnehmender Reihenfolge die Stimmen desjenigen Gouverneurs, der die nächsthöchste Stimmenzahl abgegeben hat, bis zehn*) v. H. erreicht sind.

ii) Jeder Gouverneur, dessen Stimmen zu einem Teil mitgezählt werden müssen, um die Gesamtstimmenzahl für einen Bewerber auf mehr als acht*) v. H. anzuheben, wird so angesehen, als habe er alle seine Stimmen für diesen Bewerber abgegeben, auch wenn die Gesamtstimmenzahl für diesen Bewerber dadurch zehn*) v. H. übersteigt.

d. If, after the second ballot, twelve persons are not elected, further ballots shall be held in conformity with the principles laid down in this annex, provided that after eleven persons are elected, the twelfth may be elected –notwithstanding the provisions of paragraph 2 (a) of this annex–by a simple majority of the remaining votes. All such remaining votes shall be deemed to have counted towards the election of the twelfth director.

d. Si, après le deuxième tour, il n'y a pas douze élus, il est procédé, suivant les principes énoncés à la présente annexe, à des scrutins supplémentaires, sous réserve qu'après l'élection de onze administrateurs, le douzième peut – nonobstant les dispositions du paragraphe 2 a. de la présente annexe – être élu à la majorité simple des voix restantes, lesquelles seront toutes réputées avoir contribué à l'élection du douzième administrateur.

d) Sind nach dem zweiten Wahlgang keine zwölf Bewerber gewählt, so finden nach Maßgabe der in dieser Anlage festgelegten Grundsätze weitere Wahlgänge statt, jedoch mit der Maßgabe, daß nach Wahl von elf Bewerbern der zwölfte ungeachtet des Buchstabens a mit einfacher Mehrheit der restlichen Stimmen gewählt werden kann. Alle diese restlichen Stimmen gelten als für den zwölften Direktor abgegeben.

3 Nonregional Directors

a. The six persons receiving the highest number of votes of the governors representing the nonregional members shall be directors, except that no person who receives less than fourteen *) per cent of the total voting power of the nonregional members shall be considered as elected.

b. If six persons are not elected at the first ballot, a second ballot shall be held in which the person who received the lowest number of votes in the preceding ballot shall be ineligible and in which votes shall be cast only by:

(i) Governors who voted in the preceding ballot for a person who is not elected; and

(ii) Governors whose votes for a person who is elected are deemed in accordance with paragraph 3 (c) of this annex, to have raised the votes cast for that person above nineteen *) per cent of the total voting power of the nonregional members.

c. (i) In determining whether the votes cast by a governor shall be deemed to have raised the total number of votes for any person above nineteen *) per cent, the said nineteen *) per cent shall be deemed to include, first the votes of the governor casting the highest number of votes for that person, and then, in diminishing order, the votes of each governor casting the next highest number until nineteen *) per cent is attained.

(ii) Any governor part of whose votes must be counted in order to raise the votes cast for any person above fourteen *) per cent shall be considered as casting all his votes for that person even if the total number of votes cast for that

3 Administrateurs non régionaux

a. Les six candidats qui auront recueilli le plus grand nombre de voix des gouverneurs représentant les Etats membres non régionaux seront déclarés administrateurs sous réserve que nul ne sera réputé élu s'il a obtenu moins de quatorze *) pour cent du total des voix attribuées aux Etats membres non régionaux.

b. Si six administrateurs n'ont pas été élus au premier tour de scrutin, il est procédé à un second tour, le candidat qui aura obtenu le moins de voix au premier tour sera inéligible et seuls voteront:

i. Les gouverneurs ayant voté au premier tour pour un candidat qui n'a pas été élu; et

ii. Les gouverneurs dont les voix données à un candidat élu seront réputées aux termes du paragraphe 3 c. de la présente annexe, avoir porté le nombre de voix recueillies par ce candidat à plus de dix-neuf *) pour cent du total des voix attribuées aux Etats membres non régionaux.

c. i. Pour déterminer si les voix données par un gouverneur doivent être réputées avoir porté le total des voix obtenues par un candidat quelconque à plus de dix-neuf *) pour cent, ces dix-neuf *) pour cent seront réputés comprendre, d'abord les voix du gouverneur qui a apporté le plus grand nombre de voix audit candidat, puis, par ordre décroissant, les voix de chacun des gouverneurs ayant émis le nombre de voix immédiatement inférieur, jusqu'à concurrence des dix-neuf *) pour cent; et

ii. Tout gouverneur dont les voix doivent être partiellement comptées pour porter le total obtenu par un candidat à plus de quatorze *) pour cent sera réputé donner toutes ses voix audit candidat, même si le total des voix obtenues par

3. Nichtregionale Direktoren

a) Die sechs Bewerber, welche die höchste Stimmenzahl der die nichtregionalen Mitglieder vertretenden Gouverneure erhalten, werden Direktoren; jedoch gelten Bewerber, die weniger als vierzehn *) v. H. der Gesamtstimmenzahl der nichtregionalen Mitglieder erhalten, als nicht gewählt.

b) Werden im ersten Wahlgang keine sechs Bewerber gewählt, so findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem derjenige Bewerber, der im vorhergehenden Wahlgang die niedrigste Stimmenzahl erhielt, ausscheidet und in dem Stimmen nur abgegeben werden von

i) Gouverneuren, die im ersten Wahlgang für einen Bewerber stimmten, der nicht gewählt wurde, und

ii) Gouverneuren, von deren für einen gewählten Bewerber abgegebenen Stimmen nach Buchstabe c angenommen wird, daß sie die für diesen Bewerber abgegebene Stimmenzahl auf über neunzehn *) v. H. der Gesamtstimmenzahl der nichtregionalen Mitglieder angehoben haben.

c) i) Bei der Beurteilung, ob von den von einem Gouverneur abgegebenen Stimmen anzunehmen ist, daß sie die Gesamtstimmenzahl für einen Bewerber auf mehr als neunzehn *) v. H. angehoben haben, wird angenommen, daß die genannten neunzehn *) v. H. zunächst die Stimmen desjenigen Gouverneurs einschließen, der die höchste Stimmenzahl für den betreffenden Bewerber abgegeben hat, sodann in abnehmender Reihenfolge die Stimmen desjenigen Gouverneurs, der die nächsthöchste Stimmenzahl abgegeben hat, bis neunzehn *) v. H. erreicht sind.

ii) Jeder Gouverneur, dessen Stimmen zu einem Teil mitgezählt werden müssen, um die Gesamtstimmenzahl für einen Bewerber auf mehr als vierzehn *) v. H. anzuheben, wird so angesehen, als habe er alle seine Stimmen für diesen

person thereby exceeds nineteen *) per cent.

d. If, after the second ballot, six persons are not elected, further ballots shall be held in conformity with the principles laid down in this annex, provided that after five persons are elected, the sixth may be elected–notwithstanding the provisions of paragraph 3 (a) of this annex–by a simple majority of the remaining votes. All such remaining votes shall be deemed to have counted towards the election of the sixth director.

*) General Counsel's Note:

The adoption of the amendment to article 33, whereby the membership of the Bank's Board of Directors was increased from nine to eighteen, and provision was made for the exclusive election of twelve directors by regional members and six by nonregional members, necessitated the establishment in annex B to the Agreement of separate rules for the election of the regional and nonregional directors. The same amendment also made it necessary for the Board of Governors to reconsider the minimum and maximum percentages established in the original version of annex B for the election of a director. The Board of Governors, during the consideration of this amendment, decided that in the section of annex B that deals with the election of regional directors, the respective percentages should be eight and ten instead of ten and twelve as in the original rules, and at the same time fixed the minimum and maximum percentages for the election of nonregional directors at fourteen and nineteen respectively. These decisions having been taken before the adoption of the resolution amending the Bank Agreement, the resulting amendment is deemed to have included the adoption of the new minimum and maximum percentage figures.

l'intéressé se trouve par là, dépasser dix-neuf *) pour cent.

d. Si, après le deuxième tour, il n'y a pas six élus, il est procédé, suivant les principes énoncés à la présente annexe, à des scrutins supplémentaires, sous réserve qu'après l'élection de cinq administrateurs, le sixième peut, nonobstant les dispositions du paragraphe 3 a. de la présente annexe, être élu à la majorité simple des voix restantes, lesquelles seront toutes réputées avoir contribué à l'élection du sixième administrateur.

*) Note du conseiller général:

L'adoption de l'amendement à l'article 33 portant augmentation de neuf à dix-huit du nombre des membres du Conseil d'administration de la Banque, et prévoyant l'élection de douze d'entre eux exclusivement par les Etats membres régionaux et celle des six autres exclusivement par les Etats membres non régionaux, a rendu nécessaire la création à l'annexe B de l'Accord de règles distinctes en ce qui concerne l'élection des administrateurs régionaux et non régionaux. Le même amendement a également rendu indispensable la révision par le Conseil des gouverneurs des pourcentages minimum et maximum fixés dans le texte original de l'annexe B relative à l'élection des administrateurs. Au cours de l'examen du présent amendement, le Conseil des gouverneurs a décidé que dans la section de l'annexe B traitant de l'élection des administrateurs régionaux, les pourcentages respectifs soient de huit et dix au lieu de dix et douze tels que prévus dans les règles initiales; il a en même temps fixé les pourcentages minimum et maximum, en ce qui concerne l'élection des administrateurs non régionaux, à quatorze et dix-neuf respectivement. L'adoption de ces résolutions étant antérieure à celle de la résolution d'amendement de l'Accord portant création de la Banque, l'amendement qui en découle est réputé avoir tenu compte des nouveaux chiffres de pourcentages minimum et maximum.

Bewerber abgegeben, auch wenn die Gesamtstimmenzahl dieses Bewerbers dadurch neunzehn *) v. H. übersteigt.

d) Sind nach dem zweiten Wahlgang keine sechs Bewerber gewählt, so finden nach Maßgabe der in dieser Anlage festgelegten Grundsätze weitere Wahlgänge statt, jedoch mit der Maßgabe, daß nach der Wahl von fünf Bewerbern der sechste ungeachtet des Buchstabens a mit einfacher Mehrheit der restlichen Stimmen gewählt werden kann. Alle diese restlichen Stimmen gelten als für den sechsten Direktor abgegeben.

*) Anmerkung des Justitiars:

Die Annahme der Änderung zu Artikel 33, durch welche die Zahl der Mitglieder des Direktoriums der Bank von neun auf achtzehn erhöht und eine Bestimmung dahingehend aufgenommen wurde, daß zwölf Direktoren ausschließlich von den regionalen Mitgliedern und sechs ausschließlich von den nichtregionalen Mitgliedern gewählt werden, machte es notwendig, in Anlage B zu dem Übereinkommen getrennte Regeln für die Wahl der regionalen und nichtregionalen Direktoren festzulegen. Wegen derselben Änderung mußte der Gouverneursrat auch die in der ursprünglichen Fassung der Anlage B festgelegten Mindest- und Höchsthundertsätze für die Wahl eines Direktors überprüfen. Während der Beratung dieser Änderung beschloß der Gouverneursrat, daß in dem Abschnitt der Anlage B, der die Wahl der regionalen Direktoren behandelt, die entsprechenden Hundertsätze acht und zehn statt zehn und zwölf wie in den ursprünglichen Regeln sein sollten, und setzte gleichzeitig die Mindest- und Höchsthundertsätze für die Wahl der nichtregionalen Direktoren auf vierzehn bzw. neunzehn fest. Da diese Beschlüsse vor der Annahme der Entschließung zur Änderung des Bankübereinkommens gefaßt wurden, wird die daraus hervorgehende Änderung so angesehen, als habe sie die Annahme der neuen Mindest- und Höchsthundertsätze eingeschlossen.

Allgemeine Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank

General Rules Governing Admission of Nonregional Countries to Membership of the Bank

Règles générales régissant l'admission des pays non régionaux en qualité de membres de la Banque

Section 1

Conditions for Nonregional Membership

Nonregional countries which are, or become, members of the African Development Fund or which have made, or are making, contributions to the African Development Fund under terms and conditions similar to the terms and conditions of the Agreement Establishing the African Development Fund, may become original nonregional members of the Bank; provided that, on 1 January 1981, or on such later date as the Board of Directors shall determine, the following conditions shall have been fulfilled:

(a) The amendments to the Bank Agreement provided for in the resolution concerning amendments to the Bank Agreement with respect to the entry of nonregional countries shall have entered into force;

(b) The increase in the authorized ordinary capital stock provided for in the resolution concerning the increase in the authorized capital stock and subscriptions thereto in connection with the admission of nonregional member countries shall have come into effect;

(c) At least ten nonregional countries, including not less than four countries whose individual contributions to the African Development Fund total not less than UA 40,000,000 each, through the deposit of appropriate instruments with the Bank, shall have agreed to subscribe to an aggregate amount of 90,000 shares of capital stock in accordance with section 2 hereof. Subscriptions to the capital stock by each of the nonregional countries shall bear a reasonable relation to their respective contributions to the African Development Fund, and shall be in the amounts set forth in appendix I attached hereto.

Section 1

Conditions d'admission des membres non régionaux

Les pays non régionaux qui sont ou deviennent membres du Fonds africain de développement, ou qui ont contribué ou versent une contribution au Fonds africain de développement selon des conditions et modalités équivalentes à celles de l'Accord portant création du Fonds africain de développement, peuvent devenir les premiers membres non régionaux de la Banque, sous réserve qu'au 1er janvier 1981, ou à une date qui sera fixée par le Conseil d'administration, les conditions suivantes aient été remplies:

(a) Entrée en vigueur des amendements à l'Accord prévus par la résolution concernant les amendements à l'Accord relatifs à l'admission des pays non régionaux;

(b) Entrée en vigueur de la décision relative à l'augmentation du capital ordinaire autorisé, prévue par la résolution concernant l'augmentation du capital autorisé et souscriptions à ce capital en vue de l'admission des pays membres non régionaux;

(c) Acceptation par au moins dix pays non régionaux y compris au moins quatre pays dont les contributions individuelles au Fonds africain de développement, s'élèvent à au moins 40 000 000 d'UC pour chacun, après dépôt des instruments appropriés auprès de la Banque, de souscrire un montant global de 90 000 actions du capital, conformément aux dispositions de la section 2 des présentes règles. Les souscriptions de chacun des pays non régionaux au capital-actions seront en relation raisonnable avec leurs contributions respectives au Fonds africain de développement et seront fixées suivant les montants énoncés à l'appendice I des présentes règles.

Abschnitt 1

Bedingungen für die Aufnahme nichtregionaler Mitglieder

Nichtregionale Staaten, die Mitglieder des Afrikanischen Entwicklungsfonds sind oder werden oder die zu Bedingungen, die denen des Übereinkommens zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds ähnlich sind, Beiträge zum Afrikanischen Entwicklungsfonds geleistet haben oder leisten, können ursprüngliche nichtregionale Mitglieder der Bank werden; Voraussetzung ist, daß am 1. Januar 1981 oder zu einem vom Direktorium zu bestimmenden späteren Zeitpunkt folgende Bedingungen erfüllt sind:

a) Die in der Entschließung über Änderungen zum Bankübereinkommen bezüglich der Aufnahme nichtregionaler Staaten vorgesehenen Änderungen zum Bankübereinkommen müssen in Kraft getreten sein;

b) die in der Entschließung über die Erhöhung des genehmigten Stammkapitals und Zeichnungen darauf im Zusammenhang mit der Aufnahme nichtregionaler Mitgliedstaaten vorgesehene Erhöhung des genehmigten ordentlichen Kapitals muß wirksam geworden sein;

c) mindestens zehn nichtregionale Staaten, darunter wenigstens vier mit Einzelbeiträgen zum Afrikanischen Entwicklungsfonds von insgesamt wenigstens 40 000 000 Rechnungseinheiten müssen durch Hinterlegung entsprechender Urkunden bei der Bank zugesagt haben, insgesamt 90 000 Anteile am Stammkapital nach Abschnitt 2 zu zeichnen. Zeichnungen auf das Stammkapital durch die einzelnen nichtregionalen Staaten müssen in angemessenem Verhältnis zu ihren jeweiligen Beiträgen zum Afrikanischen Entwicklungsfonds stehen und in den in Anhang I genannten Beträgen erfolgen.

Section 2

Subscriptions to Capital Stock

(a) The nonregional countries listed in appendix I attached hereto may subscribe up to an aggregate of 175,000 shares of capital stock;

(b) Each country may agree to subscribe up to the number of shares assigned to the respective country in appendix I hereto, and each subscribing country shall represent to the Bank that it has taken all necessary action to authorize its subscription and shall furnish to the Bank such information thereon as the latter may request. In an exceptional case, where agreement to subscribe cannot be given by a country due to its legislative practice, the Bank may accept an agreement to subscribe which contains the qualification that subscription is subject to budgetary appropriation;

(c) The subscription of each country to the paid-up stock shall be on the following terms and conditions:

(i) The subscription price per share shall be UA 10,000 as provided in sub-paragraph 1 a of article 5 of the Bank Agreement;

(ii) Payment of the amount of paid-up capital stock to which each country has agreed to subscribe shall be made in five equal annual instalments in convertible currencies in cash or in notes immediately payable on demand by the Bank. The first payment shall be made within thirty days upon accession of membership and the balance in four other annual instalments;

(iii) Each instalment shall be paid entirely in the currency of the contributing country which shall make arrangements satisfactory to the Bank to assure that such currency shall be freely convertible into the currencies of other countries for the purposes of the Bank's operations;

(d) The subscription of each country to the callable capital stock shall be on the following terms and conditions:

(i) The subscription price per share shall be UA 10,000 as provided in sub-paragraph 1 a of article 5 of the Bank Agreement;

(ii) The subscription of each country to the callable capital stock shall become effective upon

Section 2

Souscriptions au capital-actions

(a) Les pays non régionaux dont la liste figure à l'appendice I des présentes règles, peuvent souscrire jusqu'à concurrence d'un total de 175 000 actions du capital;

(b) Chaque pays acceptera de souscrire jusqu'à concurrence du nombre d'actions alloués aux pays respectifs dans l'appendice I des présentes règles, et chaque pays ayant souscrit au capital, notifiera à la Banque qu'il a pris toutes les dispositions nécessaires pour autoriser sa souscription et devra fournir à la Banque toutes les informations pertinentes que celle-ci pourrait demander. Dans un cas exceptionnel où l'accord pour souscrire ne peut être donné par un pays en raison de ses pratiques législatives, la Banque peut accepter un accord pour souscrire qui stipule que la souscription est liée à l'allocation budgétaire.

(c) La souscription de chaque pays au capital-actions libéré s'effectuera conformément aux modalités et conditions suivantes:

(i) La valeur de la souscription par action sera de 10 000 UC, conformément aux dispositions de l'alinéa 1 a. de l'article 5 de l'Accord;

(ii) Le paiement du montant du capital-actions libéré que chaque pays a accepté de souscrire, s'effectuera en cinq tranches égales et annuelles en devises convertibles en espèces ou en obligations payables à la demande de la Banque. Le premier versement devra s'effectuer dans les trente jours qui suivent l'adhésion, et le solde en quatre autres tranches annuelles;

(iii) Chaque tranche sera entièrement versée dans la monnaie du pays souscripteur qui prendra des dispositions satisfaisantes pour la Banque pour s'assurer que cette monnaie sera librement convertible dans les monnaies d'autres pays aux fins des opérations de la Banque;

(d) La souscription de chaque pays au capital-actions sujet à appel se fera selon les conditions et modalités suivantes:

(i) La valeur de souscription par action sera de 10 000 UC conformément à l'alinéa 1 a. de l'article 5 de l'Accord;

(ii) La souscription de chaque pays au capital-actions sujet à appel deviendra effective après le

Abschnitt 2

Zeichnungen auf das Stammkapital

a) Die in Anhang I genannten nichtregionalen Staaten können bis zu insgesamt 175 000 Anteile am Stammkapital zeichnen;

b) jeder Staat kann zusagen, Anteile bis zur Höhe der ihm in Anhang I zugeteilten Anzahl zu zeichnen, und jeder Zeichnerstaat erbringt der Bank den Nachweis, daß er alle zur Genehmigung der Zeichnung erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, und stellt der Bank alle von ihr erbetenen einschlägigen Informationen zur Verfügung. In Ausnahmefällen, in denen ein Staat wegen seiner Gesetzgebungspraxis die Zeichnungszusage nicht geben kann, kann die Bank eine Zeichnungszusage annehmen, die den Vorbehalt enthält, daß die Zeichnung von der haushaltsmäßigen Bewilligung abhängig ist;

c) jeder Staat nimmt seine Zeichnung auf das eingezahlte Kapital zu folgenden Bedingungen vor:

i) Der Zeichnungspreis je Anteil beträgt nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a des Bankübereinkommens 10 000 Rechnungseinheiten;

ii) der Betrag des eingezahlten Stammkapitals, dessen Zeichnung jeder Staat zugesagt hat, wird in fünf gleichen Jahresraten in konvertierbarer Währung in bar oder in auf Verlangen der Bank sofort zahlbaren Schuldscheinen gezahlt. Die erste Rate wird innerhalb von dreißig Tagen nach Erwerb der Mitgliedschaft und der Rest in vier weiteren Jahresraten gezahlt;

iii) jede Rate ist in voller Höhe in der Währung des Beitragsstaats zu leisten; dieser hat die Bank zufriedenstellende Vorkehrungen zu treffen, um sicherzustellen, daß diese Währung für die Zwecke der Geschäftstätigkeit der Bank in die Währungen anderer Staaten frei konvertierbar ist;

d) jeder Staat nimmt seine Zeichnung auf das abrufbare Stammkapital zu folgenden Bedingungen vor:

i) Der Zeichnungspreis je Anteil beträgt nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a des Bankübereinkommens 10 000 Rechnungseinheiten;

ii) die Zeichnung jedes Staates auf das abrufbare Stammkapital wird mit Hinterlegung einer Zeich-

the deposit of an Instrument of Subscription which certifies the unqualified commitment to respond to any call made by the Bank pursuant to the provisions of the Bank Agreement. In an exceptional case, where an unqualified commitment cannot be given by a country due to its legislative practice, the Bank may accept an Instrument of Subscription which contains the qualification that subscription to callable capital stock is subject to budgetary appropriation. Such a subscription shall be called a Qualified Subscription for the purposes of these General Rules, but shall be deemed to be unqualified to the extent that a country informs the Bank that appropriations have been obtained;

(e) Each country shall be entitled to cast the votes representing the aggregate number of shares to which such country has subscribed; provided, however, that in the event of a partial or total shortfall in the payment of an instalment of the subscription for paid-up capital stock, the number of votes such member shall be entitled to cast shall be reduced by the proportion which that shortfall bears to the total subscription of paid-up capital, until such time as the shortfall has been made up.

Section 3

Requirements for Nonregional Membership

A nonregional country shall become a member of the Bank when:

(a) The Board of Directors shall have determined that all the conditions of section 1 hereof have been fulfilled;

(b) These General Rules have entered into force pursuant to section 8 hereof; and

(c) The President shall have declared that the country has fulfilled all the following requirements:

(i) Its duly authorized representative has signed the original of the Bank Agreement, as amended, deposited with the Secretary General of the United Nations;

(ii) It has deposited with the Depositary of the Bank Agreement an instrument stating that it has accepted or ratified, in accordance with its law, the Bank Agreement and all the terms and conditions prescribed in these General Rules and that it has taken the steps

dépôt d'un instrument de souscription certifiant l'engagement sans réserve à répondre à tout appel fait par la Banque, conformément aux dispositions de l'Accord. Dans un cas exceptionnel, où un pays ne pourra prendre un engagement sans réserve en raison de ses pratiques législatives, la Banque peut accepter un instrument de souscription qui stipule que la souscription au capital sujet à appel est liée à l'allocation budgétaire. Une telle souscription sera appelée souscription sous réserve, aux fins des présentes règles, mais sera réputée sans réserve dans la mesure où un pays informe la Banque que les allocations budgétaires ont été obtenues;

(e) Chaque pays disposera d'un nombre de voix représentant le nombre global d'actions qu'il a souscrites, sous réserve toutefois qu'en cas de défaut de paiement partiel ou total d'une tranche de sa souscription du capital-actions libéré, le nombre de voix dont il disposera soit réduit proportionnellement au non-paiement de cette tranche par rapport à l'ensemble des actions qu'il a souscrites du capital libéré jusqu'à ce qu'il se soit acquitté de ce paiement.

Section 3

Modalités d'admission des pays non régionaux

Un pays non régional deviendra membre de la Banque lorsque:

(a) Le Conseil d'administration aura déclaré que toutes les conditions énoncées à la section 1 des présentes règles ont été remplies;

(b) Ces règles générales seront entrées en vigueur conformément à la section 8 des présentes règles; et

(c) Le Président aura déclaré que le pays a rempli toutes les modalités suivantes:

(i) Son représentant dûment mandaté a signé l'original amendé de l'Accord déposé auprès du Secrétaire Général des Nations Unies;

(ii) Il a déposé auprès du dépositaire de l'Accord un instrument établissant qu'il a accepté ou ratifié, conformément à sa législation, l'Accord et toutes les conditions et modalités énoncées dans ces règles générales et qu'il a pris les mesures nécessaires pour remplir toutes

nungsurkunde wirksam, welche die uneingeschränkte Verpflichtung bestätigt, jedem von der Bank gemäß dem Bankübereinkommen vorgenommenen Abruf Folge zu leisten. In Ausnahmefällen, in denen ein Staat wegen seiner Gesetzgebungspraxis eine uneingeschränkte Verpflichtung nicht übernehmen kann, kann die Bank eine Zeichnungsurkunde annehmen, die den Vorbehalt enthält, daß die Zeichnung von abrufbarem Stammkapital von der haushaltsmäßigen Bewilligung abhängig ist. Eine solche Zeichnung wird für die Zwecke dieser Allgemeinen Vorschriften als eingeschränkte Zeichnung bezeichnet, gilt aber als uneingeschränkt, soweit ein Staat der Bank mitteilt, daß Bewilligungen erlangt worden sind;

e) jeder Staat hat das Recht, die Stimmen abzugeben, welche die Gesamtzahl der von ihm gezeichneten Anteile vertreten, jedoch mit der Maßgabe, daß im Fall eines teilweisen oder vollen Ausbleibens der Zahlung einer Rate der Zeichnung auf das eingezahlte Stammkapital die Zahl der Stimmen, zu deren Abgabe das Mitglied berechtigt ist, im Verhältnis des Defizits zur Gesamtzeichnung auf das eingezahlte Kapital bis zum Ausgleich des Defizits verringert wird.

Abschnitt 3

Voraussetzungen für die Aufnahme nichtregionaler Mitglieder

Ein nichtregionaler Staat wird Mitglied der Bank,

a) sobald das Direktorium festgestellt hat, daß alle Bedingungen des Abschnitts 1 erfüllt sind;

b) sobald diese Allgemeinen Vorschriften nach Abschnitt 8 in Kraft getreten sind und

c) sobald der Präsident erklärt hat, daß der Staat alle folgenden Voraussetzungen erfüllt hat:

i) Sein gehörig befugter Vertreter hat die beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegte Urschrift des Bankübereinkommens in seiner geänderten Fassung unterschrieben;

ii) er hat beim Verwahrer des Bankübereinkommens eine Urkunde hinterlegt, die darlegt, daß er das Bankübereinkommen sowie alle in diesen Allgemeinen Vorschriften niedergelegten Bedingungen in Übereinstimmung mit seiner Rechtsordnung angenommen oder ratifiziert hat und daß er alle

necessary to fulfil all of its obligations under the Bank Agreement and under these General Rules; and

(iii) It has represented to the Bank that it has taken all action necessary to sign the Bank Agreement and to deposit the instrument of acceptance or ratification as contemplated by paragraphs (i) and (ii) above, and it shall have furnished to the Bank such information in respect of such action as the Bank may have requested.

les obligations qui lui incombent dans le cadre de l'Accord et de ces règles générales; et

(iii) Il a fait savoir à la Banque qu'il a pris toutes les dispositions nécessaires pour la signature de l'Accord et déposé l'instrument d'acceptation ou de ratification visé aux paragraphes (i) et (ii) ci-dessus et a fourni à la Banque les renseignements que celle-ci peut lui demander à ce sujet.

notwendigen Schritte unternommen hat, um seine sämtlichen Verpflichtungen aus dem Bankübereinkommen und aus diesen Allgemeinen Vorschriften zu erfüllen, und

iii) er hat der Bank dargelegt, daß er alle notwendigen Maßnahmen zur Unterzeichnung des Bankübereinkommens und zur Hinterlegung der Annahme- oder Ratifikationsurkunde nach den Ziffern i und ii ergriffen hat, und er hat der Bank alle von ihr erbetenen Informationen über diese Maßnahmen zur Verfügung gestellt.

Section 4

Additional Nonregional Countries

Additional nonregional countries not listed in appendix I hereof may become nonregional members of the Bank in accordance with such terms as the Board of Governors shall establish. The subscriptions of such additional nonregional countries and their respective contributions to the African Development Fund shall be such number of shares of paid-up and callable capital stock and such contributions to the African Development Fund as shall be determined by the Board of Governors with due regard to the conditions of the subscriptions and contributions of the nonregional countries listed in appendix I hereof.

Section 4

Autres pays non régionaux

Les nouveaux pays non régionaux, qui ne sont pas énumérés à l'appendice I aux présentes règles, pourront adhérer à la Banque en tant que membres non régionaux, suivant les modalités que le Conseil des gouverneurs déterminera. La souscription de ces nouveaux pays non régionaux et leur contribution respective au Fonds africain de développement se composeront d'un nombre d'actions à libérer entièrement et d'actions sujettes à appel ainsi que des montants à verser au Fonds africain de développement qui seront déterminés par le Conseil des gouverneurs, en tenant dûment compte des conditions des souscriptions et contributions des pays non régionaux énumérés à l'appendice I du présent document.

Abschnitt 4

Zusätzliche nichtregionale Staaten

Zusätzliche in Anhang I nicht aufgeführte nichtregionale Staaten können zu den vom Gouverneursrat festzulegenden Bedingungen Mitglieder der Bank werden. Die von diesen zusätzlichen nichtregionalen Staaten vorgenommenen Zeichnungen und ihre jeweiligen Beiträge zum Afrikanischen Entwicklungsfonds belaufen sich auf die Anzahl der Anteile am eingezahlten und abrufbaren Stammkapital und die Beiträge zum Afrikanischen Entwicklungsfonds, die der Gouverneursrat unter gebührender Berücksichtigung der Zeichnungen und Beiträge der in Anhang I aufgeführten nichtregionalen Staaten festsetzt.

Section 5

Unsubscribed Stock

Capital stock provided for by section 2 (a) of these General Rules which has not been subscribed by the nonregional countries listed in appendix I hereof or by additional nonregional countries as provided in section 4 hereof within two years from the date on which these General Rules shall have entered into force may then be subscribed by the nonregional member countries which are members at that time. Each such nonregional member shall have the right to subscribe to a proportion of the available stock equivalent to the proportion which its stock already subscribed bears to the total subscribed capital stock available to nonregional members. In each subscription there shall be maintained the ratio of paid-up to callable capital as well as a fair relation between the contributions to the African Development Fund and subscriptions to capital stock established in these General Rules.

Section 5

Capital non souscrit

Toute partie du capital-actions prévue à la section 2 (a) des règles générales qui n'aura pas été souscrite par les pays non régionaux énumérés à l'appendice I du présent document ou par d'autres pays non régionaux visés à la section 4 des présentes règles dans une période de deux ans à compter de la date d'entrée en vigueur des règles générales pourra être souscrite par des pays non régionaux alors membres de la Banque. Chaque membre non régional ainsi visé aura le droit de souscrire une fraction du capital-actions disponible équivalant au rapport qui existe entre le nombre des actions déjà souscrites par lui et le capital-actions total souscrit par les membres non régionaux. Toute souscription devra maintenir d'une part le rapport entre le capital libéré et le capital sujet à appel et d'autre part un rapport équitable entre le montant de la contribution au Fonds africain de développement et le montant de la souscription au capital-actions, prévu par ces présentes règles.

Abschnitt 5

Nicht gezeichnetes Kapital

Ist binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieser Allgemeinen Vorschriften das in Abschnitt 2 Buchstabe a vorgesehene Stammkapital von den in Anhang I aufgeführten nichtregionalen Staaten oder von den zusätzlichen nichtregionalen Staaten nach Abschnitt 4 nicht gezeichnet worden, so kann es von den nichtregionalen Staaten, die zu diesem Zeitpunkt Mitglieder sind, gezeichnet werden. Jedes derartige nichtregionale Mitglied hat das Recht, einen Teil des verfügbaren Stammkapitals zu zeichnen, der dem Anteil des von ihm bereits gezeichneten Kapitals am gesamten den nichtregionalen Mitgliedern zur Verfügung stehenden gezeichneten Kapital entspricht. Bei jeder Zeichnung ist das Verhältnis zwischen eingezahltem und abrufbarem Kapital sowie ein angemessenes Verhältnis zwischen den Beiträgen zum Afrikanischen Entwicklungsfonds und den Zeichnungen zum Stammkapital entsprechend diesen Allgemeinen Vorschriften zu wahren.

Section 6

Special Quorum, Voting Power and Representation

(a) The agreement of a majority of the total number of governors of nonregional members representing not less than three-fourths of the total voting power of the nonregional member countries shall be required for the approval of any amendment of the Bank Agreement modifying:

(i) The number of governors who shall be appointed by the nonregional member countries;

(ii) The ratio of the regional to nonregional directors; and

(iii) The number of directors who shall be elected by the governors of the nonregional member countries as provided in paragraph 1 of article 33 of the Bank Agreement;

(b) The proportion of voting stock available for subscription by the nonregional members shall not exceed 33⅓ per cent of the total voting power of the member countries; provided that, notwithstanding the provisions of paragraph 4 of article 5 of the Bank Agreement, any resolution of the Board of Governors for an increase in the capital stock of the Bank shall specify that:

(i) In order to prevent the voting power of the regional members as a group from falling below the set percentage, any member of the group may subscribe to shares allocated to another member of the group if the latter member does not wish to subscribe to such shares; and

(ii) Any member of the group of the nonregional members may subscribe to shares allocated to another member of the group if the latter member does not wish to subscribe to such shares;

(c) Provision shall be made in the General By-Laws or the Rules of Procedure of the Board of Directors for the appointment of a temporary director who may act for the director when the director and his alternate are not available to attend a meeting of the Board of Directors.

Section 6

Quorum spécial et droit de vote et représentation

(a) L'accord de la majorité de l'ensemble des gouverneurs représentant les membres non régionaux disposant des ¾ au moins du nombre total des voix attribuées aux pays membres non régionaux est requis pour tout amendement à l'Accord, il s'agit des amendements relatifs au:

(i) Nombre de gouverneurs nommés par les pays membres non régionaux;

(ii) Le rapport entre le nombre des administrateurs régionaux et non régionaux;

(iii) Nombre d'administrateurs qui seront élus par les gouverneurs représentant les pays non régionaux conformément au paragraphe 1 de l'article 33 de l'Accord.

(b) La part du capital assortie de droit de vote ouverte à la souscription des Etats membres non régionaux ne doit pas dépasser 33⅓ % du nombre total des voix attribuées à tous les Etats membres. Toutefois, sans préjudice des dispositions du paragraphe 4 de l'article 5 de l'Accord, toute résolution du Conseil des gouverneurs relative à une augmentation du capital-actions de la Banque spécifiera que:

(i) Pour éviter que le droit de vote des membres régionaux en tant que groupe ne soit inférieur au pourcentage fixé, tout membre de ce groupe pourra souscrire les actions attribuées à un autre membre du groupe qui ne voudrait pas y souscrire;

(ii) Tout membre du groupe des pays membres non régionaux pourra souscrire les actions attribuées à un autre membre de ce groupe si ce dernier ne veut pas y souscrire;

(c) Il sera prévu des dispositions dans le Règlement général, ou dans les règles de procédure du Conseil d'administration, en vue de la nomination d'un administrateur temporaire qui puisse remplacer l'administrateur ou son suppléant, lorsqu'ils ne peuvent ni l'un ni l'autre assister à une réunion du Conseil d'administration.

Abschnitt 6

Besondere Beschlußfähigkeit, Stimmenzahl und Vertretung

a) Die Zustimmung der Mehrheit aller Gouverneure der nichtregionalen Mitglieder, die mindestens drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der nichtregionalen Mitgliedstaaten vertreten, ist für die Genehmigung von Änderungen des Bankübereinkommens erforderlich, durch die geändert wird

i) die Anzahl der von den nichtregionalen Mitgliedstaaten zu ernennenden Gouverneure;

ii) das Verhältnis zwischen der Zahl der regionalen und der nichtregionalen Direktoren und

iii) die Anzahl der nach Artikel 33 Absatz 1 des Bankübereinkommens von den Gouverneuren der nichtregionalen Mitgliedstaaten zu wählenden Direktoren;

b) der für die Zeichnung durch nichtregionale Mitglieder zur Verfügung stehende Teil des stimmberechtigten Kapitals darf 33⅓ v. H. der Gesamtstimmenzahl der Mitgliedstaaten nicht übersteigen; ungeachtet des Artikels 5 Absatz 4 des Bankübereinkommens hat jedoch jede Entschließung des Gouverneursrats über eine Erhöhung des Stammkapitals der Bank festzulegen, daß

i) zur Vermeidung eines Sinkens der Stimmenzahl der regionalen Mitglieder als Gruppe unter einen festgesetzten Hundertsatz ein Mitglied aus der Gruppe die einem anderen Mitglied der Gruppe zugeteilten Anteile zeichnen kann, wenn dieses Mitglied die Anteile nicht selbst zeichnen will, und

ii) ein Mitglied aus der Gruppe der nichtregionalen Mitglieder die einem anderem Mitglied der Gruppe zugeteilten Anteile zeichnen kann, wenn dieses Mitglied die Anteile nicht selbst zeichnen will;

c) in der Geschäftsordnung oder den Verfahrensvorschriften des Direktoriums werden Bestimmungen über die Ernennung eines zeitweiligen Direktors festgelegt, der anstelle des Direktors handeln kann, wenn der Direktor und sein Vertreter an einer Sitzung des Direktoriums nicht teilnehmen können.

Section 7

Maintenance of Value [1])

If the amendment making the Special Drawing Right (SDR) the Unit of Value for the African Development Bank (Resolution 06–78) is not ratified before 19 May 1979, its ratification procedure will be deferred for two years from the date on which these General Rules shall have entered into force. No maintenance of value obligation will be incurred on paid-up or on callable capital stock until such time as the Board of Directors of the African Development Bank shall determine that the SDR is being definitively applied as the Unit of Value applicable to member subscriptions in the IBRD for purposes of the maintenance of value provisions of its Charter. To the extent that there is no maintenance of value, an adjustment of votes will be discussed at the next capital increase, notwithstanding the preemptive rights.

Section 7

Maintien de la valeur [1])

Si l'amendement faisant du Droit Spécial de Tirage (DTS) l'unité de valeur de la Banque africaine de développement (Résolution No. 06-78 de 1978) n'est pas ratifié avant le 19 mai 1979, la procédure de ratification sera retardée de deux ans à compter de la date à laquelle les présentes Règles générales entreront en vigueur. Il ne sera encouru aucune obligation de maintien de la valeur sur le capital-actions libéré ou sujet à appel, jusqu'à ce que le Conseil d'administration de la Banque adopte finalement le DTS comme unité de valeur applicable aux souscriptions des Etats membres de la BIRD, en ce qui concerne les dispositions de la charte relatives au maintien de la valeur, on discutera d'un ajustement des voix lors de l'augmentation suivante du capital nonobstant les droits de préemption.

Abschnitt 7

Werterhaltung [1])

Wird die Änderung, in der das Sonderziehungsrecht (SDR) zur Rechnungseinheit für die Afrikanische Entwicklungsbank bestimmt wird (Entschließung 06-78), nicht vor dem 19. Mai 1979 ratifiziert, so wird das Ratifikationsverfahren um zwei Jahre verschoben, gerechnet von dem Zeitpunkt, zu dem diese Allgemeinen Vorschriften in Kraft getreten sind. Für das eingezahlte oder abrufbare Stammkapital entsteht keine Werterhaltungspflicht bis zu dem Zeitpunkt, zu dem das Direktorium der Afrikanischen Entwicklungsbank feststellt, daß das Sonderziehungsrecht endgültig als Werteinheit angewendet wird und für Zeichnungen der Mitglieder der Weltbank für Zwecke der Werterhaltungsbestimmungen ihrer Gründungsurkunde gilt. Soweit keine Werterhaltung besteht, wird eine Anpassung der Stimmrechte ungeachtet der Bezugsrechte bei der nächsten Kapitalerhöhung erörtert werden.

Section 8

Entry into Force

These General Rules shall enter into force only after the Board of Directors shall have determined that all the conditions of section 1 hereof have been fulfilled and after the President shall have declared that at least ten nonregional countries have satisfied all of the requirements of section 3 (c) hereof.

Section 8

Entrée en vigueur

Les Règles générales entreront en vigueur lorsque le Conseil d'administration aura déclaré que toutes les conditions prévues à la section 1er du présent document ont été remplies et que le Président aura déclaré que dix pays non régionaux au moins ont rempli toutes les conditions prévues à la section 3 (c) ci-dessus.

Abschnitt 8

Inkrafttreten

Diese Allgemeinen Vorschriften treten erst in Kraft, wenn das Direktorium festgestellt hat, daß alle Bedingungen des Abschnitts 1 erfüllt worden sind, und wenn der Präsident erklärt hat, daß wenigstens zehn nichtregionale Staaten alle Voraussetzungen des Abschnitts 3 Buchstabe c erfüllt haben.

---

[1]) In determining the equivalence to Bank Units of Account of the several currencies in which subscriptions are made under these Rules, national currencies are translated at the rates prevailing on May 17, 1979 as provided by the international Monetary Fund and annexed to these Rules, and then converted into Bank Units of Account at the rate of one Bank Unit of Account being equal to U.S.$ 1.20635.

[1]) En fixant l'équivalent en unités de compte de la Banque des diverses monnaies utilisées pour les souscriptions effectuées dans le cadre des présentes règles, les monnaies nationales sont converties au taux en vigueur le 17 mai 1979 tel que fourni par le Fonds monétaire international et annexé auxdites règles, et converties ensuite en Unités de compte de la Banque au taux de 1,20635 dollars EU par unité de compte de la Banque.

[1]) Zur Bestimmung des Wertes der verschiedenen Währungen, in denen Zeichnungen nach diesen Vorschriften vorgenommen werden, in Rechnungseinheiten der Bank werden die nationalen Währungen zum Kurs vom 17. Mai 1979, wie er vom Internationalen Währungsfonds vorgegeben und diesen Vorschriften beigefügt ist, umgerechnet und dann zu einem Kurs, bei dem eine Rechnungseinheit der Bank = US-$ 1,20635 ist, in Rechnungseinheiten der Bank umgerechnet.

Appendix I

Initial Subscription of Nonregional Countries *) to the Authorized Capital Stock of the Bank

Members	No. of Subscription	No. of shares Subscription	Number of shares		Subscriptions in UA	Total Subscript. in US $ 1 UA = 1,20635 $	Exchange Rate (May 17, 1979) as Provided by IMF (Units of National Currency per US $)	Total Subscription in National Currency
			paid-up 1/4	callable 3/4				
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Argentina	1.14	1,996	499	1,497	19,960,000	24,078,746	1.239.5 Pesos	29,845,605,667 Pesos
2. Austria	1.14	1,996	499	1,497	19,960,000	24,078,746	14.0475 Schillings	338,246,184 Schillings
3. Belgium	1.64	2,872	718	2,154	28,720,000	34,646,372	30.5225 Francs	1,057,493,889 Francs
4. Brazil	1.14	1,996	499	1,497	19,960,000	24,078,746	24.635 Cruzeiros	593,179,908 Cruzeiros
5. Canada	9.60	16,800	4,200	12,600	168,000,000	202,666,800	1.1556 Dollars	234,201,754 Dollars
6. Denmark	2.96	5,180	1,295	3,885	51,800,000	62,488,930	5.3695 Krone	335,534,310 Krone
7. Finland	1.25	2,188	547	1,641	21,880,000	26,394,938	3.988 Markkas	105,263,013 Markkas
8. France	9.60	16,800	4,200	12,600	168,000,000	202,666,800	4.40775 Francs	893,304,588 Francs
9. Germany	10.54	18,444	4,611	13,833	184,440,000	222,499,194	1.9074 Marks	424,394,963 Marks
10. Italy	6.19	10,832	2,708	8,124	108,320,000	130,671,832	851.0 Lira	111,201,729,032 Lira
11. Japan	14.04	24,568	6,142	18,426	245,680,000	296,376,068	215.1 Yen	63,750,492,227 Yen
12. Korea	1.14	1,996	499	1,497	19,960,000	24,078,746	485.0 Won	11,678,191,810 Won
13. Kuwait	1.14	1,996	499	1,497	19,960,000	24,078,746	0.27765 Dinars	6,685,464 Dinars
14. Netherlands	1.95	3,412	853	2,559	34,120,000	41,160,662	2.078 Guilders	85,531,856 Guilders
15. Norway	2.96	5,180	1,295	3,885	51,800,000	62,488,930	5.197 **) Krone	324,754,969 Krone
16. Spain	1.50	2,624	656	1,968	26,240,000	31,654,624	66.064 Pesetas	2,091,231,080 Pesetas
17. Sweden	3.95	6,912	1,728	5,184	69,120,000	83,382,912	4.385 Krona	365,634,069 Krona
18. Switzerland	3.75	6,560	1,640	4,920	65,600,000	79,136,560	1.727 Francs	136,668,839 Francs
19. United Kingdom	6.19	10,812	2,708	8,124	108,320,000	130,671,832	0.485578 Pounds	63,451,367 Pounds
20. U.S.A.	17.04	29,820	7,455	22,365	298,200,000	359,733,570	1.0 Dollars	359,733,570 Dollars
21. Yugoslavia	1.14	1,996	499	1,497	19,960,000	24,078,746	19.1523 Dinars	461,163,367 Dinars
Unissued shares	—	—	—	—	—	—	—	—
	100 %	175,000	43,750	131,250	1,750,000,000	2,111,112,500		

*) General counsel's note:
The list of percentage subscriptions to the capital stock of the Bank by the prospective nonregional members shown in the second column of this Chart was submitted to the Board of Governors alongside the Resolution containing the General Rules for the Admission of nonregional countries to membership of the Bank and was considered as part of the Resolution. Following the formula established for working out the amounts to be subscribed, the Director of Finance established provisionally the figures indicated in columns 3 to 9 of the Chart.

**) Rate as of May 16, 1979

Appendice I

Souscription initiale des pays non régionaux *) au capital-actions autorisé de la Banque

Membres	% de Souscription	Nombre d'actions Souscrites	Nombre d'Actions Libérées 1/4	Nombre d'Actions Sujettes à l'appel 3/4	Total des Souscriptions en U.C.	Total des Souscriptions en dollar EU 1 UC = 1,20635 $	Taux d'Exchange (17 mai 1979) tel que fourni par le FMI (Unites de Monnaies Nationales pour un Dollar EU)	Total des Souscriptions en Monnaies Nationales
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Allemagne	10,54	18 444	4 611	13 833	184 440 000	222 499 194	1,9074 Marks	424 394 963 Marks
2. Argentine	1,14	1 996	499	1 497	19 960 000	24 078 746	1 239,5 Pesos	29 845 605 667 Pesos
3. Autriche	1,14	1 996	499	1 497	19 960 000	24 078 746	14,0475 Shillings	338 246 184 Shillings
4. Belgique	1,64	2 872	718	2 154	28 720 000	34 646 372	30,5225 Francs	1 057 493 889 Francs
5. Brésil	1,14	1 996	499	1 497	19 960 000	24 078 746	24,635 Cruzeiros	593 179 908 Cruzeiros
6. Canada	9,60	16 800	4 200	12 600	168 000 000	202 666 800	1,1556 Dollars	234 201 754 Dollars
7. Corée	1,14	1 996	499	1 497	19 960 000	24 078 746	485,0 Won	11 678 191 810 Won
8. Danemark	2,96	5 180	1 295	3 885	51 800 000	62 488 930	5,3695 Couronnes	335 534 310 Couronnes
9. Espagne	1,50	2 624	656	1 968	26 240 000	31 654 624	66,064 Pesetas	2 091 231 080 Pesetas
10. Etats-Unis	17,04	29 820	7 455	22 365	298 200 000	359 733 570	1,0 Dollars	359 733 570 Dollars
11. Finlande	1,25	2 188	547	1 641	21 880 000	26 394 938	3,988 Markkaa	105 263 013 Markkaa
12. France	9,60	16 800	4 200	12 600	168 000 000	202 666 800	4,40775 Francs	893 304 588 Francs
13. Italie	6,19	10 832	2 708	8 124	108 320 000	130 671 832	851,0 Lira	111 201 729 032 Lira
14. Japon	14,04	24 568	6 142	18 426	245 680 000	296 376 068	215,1 Yen	63 750 492 227 Yen
15. Koweit	1,14	1 996	499	1 497	19 960 000	24 078 746	0,27765 Dinars	6 685 464 Dinars
16. Norvège	2,96	5 180	1 295	3 885	51 800 000	62 488 930	5,197 **) Couronnes	324 754 969 Couronnes
17. Pays-Bas	1,95	3 412	853	2 559	34 120 000	41 160 662	2,078 Florin	85 531 856 Florin
18. Royaume-Uni	6,19	10 832	2 708	8 124	108 320 000	130 671 832	0,485578 Livre	63 451 367 Livre
19. Suède	3,95	6 912	1 728	5 184	69 120 000	83 382 912	4,385 Couronnes	365 634 069 Couronnes
20. Suisse	3,75	6 560	1 640	4 920	65 600 000	79 136 560	1,727 Francs	136 668 839 Francs
21. Yougoslavie	1,14	1 996	499	1 497	19 960 000	24 078 746	19,1523 Dinars	461 163 367 Dinars
Actions non émises	—	—	—	—	—	—	—	
	100 %	175 000	43 750	131 250	1 750 000 000	2 111 112 500		

*) Note du conseiller général:
Le pourcentage des souscriptions au capital social de la Banque qui est réservé aux éventuels Etats membres non régionaux tel qu'indiqué dans la deuxième colonne du présent tableau a été soumis au Conseil des gouverneurs en même temps que la Résolution énonçant les règles générales d'admission des pays non régionaux au sein de la Banque et considéré comme faisant partie de ladite résolution. D'après la formule retenue pour le calcul des sommes à souscrire, le Directeur des finances a provisoirement arrêté les chiffres indiqués dans les colonnes 3 à 9 du tableau.

**) Taux le 16 mai 1979

Anhang I

Erstzeichnungen der nichtregionalen Staaten *) zum genehmigten Stammkapital der Bank

Mitglieder	Zeichnung in v. H.	Zahl der gezeichneten Anteile	Zahl der Anteile eingez. 1/4	Zahl der Anteile abrufbar 3/4	Zeichnung in RE	Gesamtzeichnungen in US $ 1 RE = 1,20635 $	Wechselkurs (17. 5. 1979) gemäß IWF (Landeswährungseinheiten je US $)		Gesamtzeichnungen in Landeswährung
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)		(9)
1. Argentinien	1,14	1 996	499	1 497	19 960 000	24 078 746	1 239,5	Peso	29 845 605 667 Peso
2. Belgien	1,64	2 872	718	2 154	28 720 000	34 646 372	30,5225	Franc	1 057 493 889 Franc
3. Brasilien	1,14	1 996	499	1 497	19 960 000	24 078 746	24,635	Cruzeiro	593 179 908 Cruzeiro
4. Dänemark	2,96	5 180	1 295	3 885	51 800 000	62 488 930	5,3695	Kronen	335 534 310 Kronen
5. Deutschland	10,54	18 444	4 611	13 833	184 440 000	222 499 194	1,9074	Mark	424 394 963 Mark
6. Finnland	1,25	2 188	547	1 641	21 880 000	26 394 938	3,988	Markka	105 263 013 Markka
7. Frankreich	9,60	16 800	4 200	12 600	168 000 000	202 666 800	4,40775	Franc	893 304 588 Franc
8. Italien	6,19	10 832	2 708	8 124	108 320 000	130 671 832	851,0	Lire	111 201 729 032 Lire
9. Japan	14,04	24 568	6 142	18 426	245 680 000	296 376 068	215,1	Yen	63 750 492 227 Yen
10. Jugoslawien	1,14	1 996	499	1 497	19 960 000	24 078 746	19,1523	Dinar	461 163 367 Dinar
11. Kanada	9,60	16 800	4 200	12 600	168 000 000	202 666 800	1,1556	Dollar	234 201 754 Dollar
12. Korea	1,14	1 996	499	1 497	19 960 000	24 078 746	485,0	Won	11 678 191 810 Won
13. Kuwait	1,14	1 996	499	1 497	19 960 000	24 078 746	0,27765	Dinar	6 685 464 Dinar
14. Niederlande	1,95	3 412	853	2 559	34 120 000	41 160 662	2,078	Gulden	85 531 856 Gulden
15. Norwegen	2,96	5 180	1 295	3 885	51 800 000	62 488 930	5,197 **)	Kronen	324 754 969 Kronen
16. Österreich	1,14	1 996	499	1 497	19 960 000	24 078 746	14,0475	Schilling	338 246 184 Schilling
17. Schweden	3,95	6 912	1 728	5 184	69 120 000	83 382 912	4,385	Kronen	365 634 069 Kronen
18. Schweiz	3,75	6 560	1 640	4 920	65 600 000	79 136 560	1,727	Franken	136 668 839 Franken
19. Spanien	1,50	2 624	656	1 968	26 240 000	31 654 624	66,064	Peseten	2 091 231 080 Peseten
20. Vereinigte Staaten	17,04	29 820	7 455	22 365	298 200 000	359 733 570	1,0	Dollar	359 733 570 Dollar
21. Vereinigtes Königreich	6,19	10 832	2 708	8 124	108 320 000	130 671 832	0,485578	Pfund	63 451 367 Pfund
Nicht ausgegebene Anteile	—	—	—	—	—	—	—		—
	100 v. H.	175 000	43 750	131 250	1 750 000 000	2 111 112 500			

*) Anmerkung des Justitiars:
Die Liste der anteiligen Zeichnungen auf das Stammkapital der Bank durch die etwaigen nichtregionalen Mitglieder, die in der zweiten Spalte dieser Übersicht gegeben wird, wurde dem Gouverneursrat gleichzeitig mit der die Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank enthaltenden Entschließung vorgelegt und als Teil dieser Entschließung betrachtet. Unter Benutzung der Formel, die zur Berechnung der zu zeichnenden Beträge festgesetzt wurde, hat der Finanzdirektor vorläufig die in den Spalten 3 bis 9 der Übersicht angegebenen Zahlen berechnet.

**) Wechselkurs vom 16. Mai 1979.

Denkschrift zum Übereinkommen und zu den Allgemeinen Vorschriften

I. Allgemeines

1. Vorgeschichte

Die Afrikanische Entwicklungsbank (AfEB) wurde am 4. August 1963 von 33 afrikanischen Staaten in Khartoum/Sudan gegründet und hat 1966 ihre Tätigkeit an ihrem Geschäftssitz Abidjan/Elfenbeinküste aufgenommen. Der AfEB gehören heute 48 afrikanische Staaten als Mitglieder an. Sie hat, wie die beiden anderen regionalen Entwicklungsbanken (Asiatische Entwicklungsbank, Interamerikanische Entwicklungsbank), die Aufgabe, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer regionalen Mitgliedstaaten zu fördern. Da die meisten der sogenannten am wenigsten entwickelten Länder (LLDC's) in Afrika liegen, kommt der Tätigkeit der AfEB eine besondere Bedeutung zu.

Die Öffnung der AfEB für den Beitritt nichtregionaler Staaten geht auf eine langjährig verfolgte Initiative der Bank zurück. Anläßlich der 14. Jahrestagung des Gouverneursrates wurde 1978 beschlossen, die Möglichkeit der Erweiterung der Mitgliedschaft auf nichtafrikanische Länder erneut zu prüfen. Als Ergebnis dieser Prüfung hat der Gouverneursrat anläßlich der 15. Jahresversammlung (1979) die für die nichtregionale Mitgliedschaft erforderlichen Änderungen des Übereinkommens zur Errichtung der AfEB beschlossen und diese allen beteiligten Staaten zur Ratifizierung zugeleitet.

Dieser Beschluß des Gouverneursrates und die in seiner Resolution 7–79 (Allgemeine Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank) vom 17. Mai 1979 enthaltenen Bedingungen stellen das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen dar.

Durch ihre Teilnahme an den Beitrittsverhandlungen hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihr Interesse bekundet, für die Erlangung der Mitgliedschaft an der AfEB alle notwendigen Schritte zu unternehmen und die auf sie entfallenden Kapitalanteile zu zeichnen.

Der Vertreter der Bundesregierung hat bei den Beitrittsverhandlungen als Koordinator und Sprecher der insgesamt 21 nichtregionalen Beitrittsländer eine maßgebliche Rolle gespielt.

Nach dem gegenwärtigen Stand des erforderlichen Ratifizierungsverfahrens hat bereits die Mehrheit der afrikanischen Mitgliedstaaten die vorgeschlagenen Änderungen ratifiziert.

2. Beurteilung

Mit dem Beitritt zur AfEB wird das deutsche Interesse an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der afrikanischen Staaten unterstrichen. Er festigt unser Ansehen in diesem Raum. Er stärkt unsere wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den einzelnen Ländern der Region und zur Region als Ganzes. Dem Beitritt kommt daher beträchtliche politische und wirtschaftliche Bedeutung zu. Die deutsche Beteiligung an der AfEB verstärkt unsere bilaterale entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas sowie die von uns mitgetragenen Maßnahmen anderer internationaler Organisationen (z. B. Weltbank/IDA, Europäischer Entwicklungsfonds, Europäische Investitionsbank etc.) für Afrika.

Die Beteiligung an der AfEB ergänzt die deutsche Mitwirkung im Afrikanischen Entwicklungsfonds, dem die Bundesrepublik Deutschland seit 1973 als Gründungsmitglied angehört (Gesetz vom 21. Dezember 1973, BGBl. II S. 1793). Zum Afrikanischen Entwicklungsfonds hat die Bundesrepublik Deutschland bisher Beiträge in Höhe von 129,9 Mio. US-Dollar (gleich 11,63 v. H.) gezeichnet (Stand: 30. September 1979).

Das Übereinkommen entspricht in seinen wesentlichen Elementen weitgehend dem bewährten Weltbankabkommen. Um den afrikanischen Charakter der Bank zu erhalten, sind jedoch ⅔ der Anteile am Stammkapital der Bank afrikanischen Staaten vorbehalten, auf alle nichtregionalen Mitgliedstaaten entfallen ⅓ der Anteile des Stammkapitals.

Die Entwicklung der Bank in den 13 Jahren ihrer Geschäftstätigkeit (Gesamtausleihungen bis Ende 1978: 768 Mio. US-Dollar) ist durch die Beschränkung der Mitgliedschaft auf afrikanische Staaten und deren begrenzte Finanzkraft geprägt. Die im Vergleich zu den anderen regionalen Entwicklungsbanken geringe Kapitalausstattung ließ eine volle Entfaltung der Geschäftsmöglichkeiten nicht zu. Die AfEB hat sich jedoch – insbesondere seit der Gründung des Afrikanischen Entwicklungsfonds – den Ruf einer Entwicklungsbank erworben, die nicht nur mit den regionalen Verhältnissen gut vertraut ist, sondern auch in der Lage ist, die ihr übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

Um die ihr gestellten Aufgaben in Zukunft besser bewältigen zu können, ist im Zuge der Öffnung der Bank für die nichtregionale Mitgliedschaft eine wesentliche Erhöhung des Stammkapitals der Bank, nämlich von 1 220 000 000 RE (1,47 Mrd. US-Dollar) auf 5 250 000 000 RE (6,3 Mrd. US-Dollar), beschlossen worden.

Ein Drittel des erhöhten Stammkapitals in Höhe von 1 750 000 000 RE (2,1 Mrd. US-Dollar) wird den nichtregionalen Mitgliedstaaten zur Zeichnung angeboten.

Die vorgesehene Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 10,54 v. H. des nichtregionalen Stammkapitals (gleich 3,5 v. H. des gesamten Stammkapitals) entspricht einer angemessenen Lastenverteilung unter den nichtregionalen Mitgliedstaaten und der positiven entwicklungspolitischen Beurteilung der AfEB.

Prinzipiell kann die AfEB nur Lieferungen und Leistungen aus Mitgliedstaaten finanzieren (Artikel 17).

Nach den Erfahrungen bei der Weltbankgruppe, der Asiatischen Entwicklungsbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank kann die Bundesrepublik Deutschland auch bei der AfEB mit einem Auftragsanteil rechnen, der deutlich über ihre vorgesehene Beteiligung am Stammkapital der Bank hinausgeht. Eine Beteiligung an der AfEB liegt deshalb auch im unmittelbaren Interesse der deutschen Wirtschaft.

II. Inhalt des Abkommens

1. Ziele und Aufgaben

Ziel der AfEB ist es, zur Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der regionalen Mitgliedstaaten beizutragen (Artikel 1).

Gemäß Artikel 2 hat die AfEB folgende Aufgaben wahrzunehmen:

a) Verwendung der ihr zur Verfügung stehenden Mittel für die Finanzierung von Investitionsprojekten und -programmen, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer regionalen Mitglieder betreffen. Dabei genießen solche Projekte oder Programme, die mehrere Mitglieder betreffen bzw. die die Volkswirtschaften ihrer Mitglieder in zunehmendem Maße gegenseitig ergänzen und den Außenhandel fördern, besonderen Vorrang.

b) Auswahl, Untersuchung und Vorbereitung von Projekten, Unternehmungen oder Tätigkeiten, die zu einer solchen Entwicklung beitragen, oder Beteiligung daran;

c) Mobilisierung und Vermehrung der dafür erforderlichen Finanzmittel;

d) Förderung von Investitionen des öffentlichen und privaten Kapitals in Afrika bei Projekten und Programmen, die zur wirtschaftlichen Entwicklung oder zum sozialen Fortschritt der regionalen Mitglieder beitragen;

e) Gewährung technischer Hilfe für die Untersuchung, Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung von Projekten und Programmen;

f) Ausführung sonstiger Tätigkeiten und Gewährung sonstiger Leistungen, die zur Erfüllung o.a. Ziele beitragen.

Die AfEB kann ihre Finanzierungsmittel sowohl Mitgliedsregierungen, deren politischen Untergliederungen oder Dienststellen, als auch Einrichtungen oder Unternehmen im Hoheitsgebiet jedes regionalen Mitgliedes sowie internationalen oder regionalen mit der Entwicklung Afrikas befaßten Organisationen oder Institutionen gewähren. Sie kann aus ihren Eigen- und Fremdmitteln Darlehen gewähren, Garantien übernehmen und Beteiligungen erwerben (Artikel 14). Bei Darlehen oder Garantien zugunsten nichtstaatlicher Rechtsträger kann die Bank für die Erfüllung des Schuldendienstes eine Garantie des Mitgliedstaates oder einer geeigneten öffentlichen Einrichtung verlangen (Artikel 18).

Die AfEB ist ermächtigt, in Mitglied- und Nichtmitgliedstaaten Kredite aufzunehmen und von ihr emittierte, garantierte oder erworbene Wertpapiere zu kaufen und zu verkaufen (Artikel 23).

2. Geschäftsgrundsätze

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben läßt sich die AfEB im wesentlichen von folgenden Grundsätzen leiten:

a) Die von der Bank gewährten Darlehen und Garantien haben in erster Linie der Finanzierung bestimmter Vorhaben oder Gruppen von Vorhaben zu dienen, einschließlich solcher, die Bestandteil eines nationalen oder regionalen Entwicklungsprogrammes sind.

Die Bank kann aber auch Darlehen und Garantien an nationale Entwicklungsbanken und sonstige geeignete Institutionen gewähren, die ihrerseits bestimmte Entwicklungsvorhaben – ohne direkte Überwachung durch die AfEB – finanzieren (Artikel 17).

b) Der Projektauswahl geht eine detaillierte Projektprüfung voraus. Bei der Gewährung oder Garantierung eines Darlehens ist zu prüfen, ob der Darlehensnehmer und gegebenenfalls der Bürge Gewähr dafür bieten, daß sie ihre Verpflichtungen aus dem Darlehen erfüllen können.

Voraussetzung für eine Darlehensgewährung durch die AfEB ist weiterhin, daß der Darlehensnehmer die erforderlichen Mittel nicht zu angemessenen Konditionen von dritter Seite erhalten kann (Artikel 17).

c) Zinssatz, Spesen und Termine für die Rückzahlung von gewährten Darlehen müssen dem jeweiligen Projekt angemessen sein. Für die Gewährung von Garantien wird eine angemessene Risikovergütung erhoben (Artikel 17 und 19).

d) Die von der AfEB zur Verfügung gestellten Mittel dienen der Finanzierung von Lieferungen und Leistungen aus den Mitgliedstaaten. Die Bank hat sicherzustellen, daß diese Mittel unter gebührender Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeits- und Leistungsfähigkeitserwägungen verwendet werden (Artikel 17).

e) Die AfEB muß sich bei ihren Entscheidungen ausschließlich von wirtschaftlichen, keinesfalls von politischen Überlegungen leiten lassen (Artikel 38).

3. Mitgliedschaft und Beteiligungen

Die Mitgliedschaft bei der AfEB steht allen unabhängigen afrikanischen Staaten offen (Artikel 3).

Außerdem können nichtregionale Staaten, die Mitglieder des Afrikanischen Entwicklungsfonds sind oder werden bzw. materiell gleichwertige Leistungen erbringen, nach den Allgemeinen Vorschriften Mitglied der Bank werden (Artikel 3).

Unterzeichnerstaaten des Gründungsabkommens vom 4. August 1963 sind die in der Anlage A des Gründungsabkommens aufgeführten 33 Länder (Algerien, Burundi, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Kongo, Zaire, Benin, Äthiopien, Gabun, Ghana, Guinea, Elfenbeinküste, Kenia, Liberia, Libyen, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Marokko, Niger, Nigeria, Ruanda, Senegal, Sierra Leone,

Somalia, Sudan, Tansania, Togo, Tunesien, Uganda, Ägypten, Obervolta).

Am 31. Dezember 1978 gehörten der Bank 48 afrikanische Staaten mit folgenden Kapital- und Stimmrechtsanteilen an (1 Anteil = 10 000 Rechnungseinheiten):

Mitgliedsländer	Anteile insgesamt	Anzahl der Stimmen	In Prozent
Ägypten	5 440	3 625	3,91
Algerien	7 822	8 447	9,10
Äquatorialguinea	100	725	0,78
Äthiopien	2 042	2 667	2,87
Benin	280	905	0,97
Botsuana	260	785	0,85
Burundi	476	1 101	1,19
Dschibuti	100	725	0,78
Elfenbeinküste	3 750	3 441	3,71
Gabun	1 492	1 817	1,96
Gambia	200	825	0,89
Ghana	3 128	2 145	2,31
Guinea	654	1 118	1,20
Guinea-Bissau	200	825	0,89
Kamerun	1 882	2 495	2,69
Kap Verde	100	725	0,78
Kenia	2 182	2 807	3,02
Komoren	100	725	0,78
Kongo	694	1 129	1,22
Lesotho	218	843	0,91
Liberia	1 216	1 589	1,71
Libyen	5 000	5 625	6,06
Madagaskar	700	1 325	1,43
Malawi	516	1 141	1,23
Mali	458	855	0,92
Marokko	3 686	3 399	3,66
Mauretanien	338	913	0,98
Mauritius	992	1 417	1,53
Mozambique	1 000	1 625	1,75
Niger	716	1 341	1,44
Nigeria	11 900	11 523	12,41
Obervolta	258	755	0,81
Ruanda	240	865	0,93
Sambia	3 168	3 773	4,06
São Tome und Principe	100	725	0,78
Senegal	1 486	1 643	1,77
Seychellen	100	725	0,78
Sierra Leone	554	901	0,97
Somalia	540	1 165	1,25
Sudan	2 498	1 802	1,94
Swasiland	476	1 101	1,19
Tansania	1 882	2 040	2,20
Togo	396	958	1,03
Tschad	452	785	0,85
Tunesien	2 002	2 131	2,30
Uganda	1 112	1 460	1,57
Zaire	5 940	2 641	2,84
Zentralafrikanisches Kaiserreich	200	747	0,80
Insgesamt	79 046	92 845	100,00

Die nichtregionalen Staaten, die der AfEB beizutreten beabsichtigen, sowie deren Kapitalzeichnungen sind in Teil III der Denkschrift aufgeführt.

4. Sonderfonds

Gemäß Artikel 8 des Übereinkommens über die Errichtung der AfEB kann diese im Rahmen ihrer außerordentlichen Geschäftstätigkeit Sonderfonds errichten und verwalten. Die AfEB ist ermächtigt, für diese Sondertätigkeit besondere Regeln und Verwaltungsrichtlinien zu erlassen, damit die Ziele und Aufgaben, die zur Einrichtung des Sonderfonds geführt haben, erreicht werden können.

Zur Zeit verwaltet die AfEB drei Sonderfonds:

- Nigerianischer Treuhand-Fonds
  Die Mittel sind für LLDC's zu Konditionen vorgesehen, die zwischen denen der Bank und denen des Afrikanischen Entwicklungsfonds liegen, zur Zeit 4 v. H. Zinsen, 25 Jahre Laufzeit, davon 5 Freijahre.
- Arabischer Ölfonds
  Leistungen nur an bestimmte Länder.
- Sonderhilfsfonds Sahelländer
  Leistungen für die von der Dürre betroffenen Sahelländer.

5. Organisation und Entscheidungsprozeß

Organe der AfEB sind der Gouverneursrat, das Direktorium und der Präsident.

Das höchste Organ bildet der Gouverneursrat. In ihm sind alle Mitgliedstaaten durch je einen Gouverneur und einen stellvertretenden Gouverneur vertreten (Artikel 30). Der Gouverneursrat bestimmt die Geschäftspolitik der AfEB und entscheidet über alle Angelegenheiten der AfEB von grundsätzlicher Bedeutung (Beitritt neuer Mitglieder, Kapitalerhöhungen, Änderung des Übereinkommens, Wahl des Präsidenten etc.). Der Gouverneursrat kann seine Befugnisse auf das Direktorium übertragen, jedoch mit Ausnahme der Befugnis, das genehmigte Kapital der Bank herabzusetzen, die Verwaltung eines Sonderfonds einzurichten oder zu übernehmen, Genehmigung der Jahresbilanz u. a. (Artikel 29).

Das Direktorium ist für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit der AfEB verantwortlich (Artikel 32). Es entscheidet u. a. über die Gewährung von Darlehen und sorgt für einen effizienten Einsatz der Mittel. Das Direktorium besteht aus 18 Mitgliedern: zwölf Direktoren, die von den Gouverneuren der regionalen Mitgliedstaaten gewählt werden, und sechs Direktoren, die von den Gouverneuren der nichtregionalen Mitgliedstaaten gewählt werden. Jeder Direktor ernennt einen Stellvertreter. Die Wahl der Direktoren erfolgt gemäß Anhang B des Übereinkommens (Artikel 33).

Der Präsident führt die laufenden Geschäfte der AfEB nach den Weisungen des Direktoriums. Er vertritt die Bank nach außen. Der Präsident ist Vorsitzender (ohne Stimmrecht) des Direktoriums und Vorgesetzter des Bankpersonals (Artikel 37).

Die Anzahl der Stimmen jedes Mitgliedstaates entspricht annähernd seinen Kapitalanteilen an der

AfEB. Jedes Mitglied verfügt über 625 Grundstimmen zuzüglich einer Stimme für jeden gezeichneten Anteil am Stammkapital der Bank (Artikel 35). Die Entscheidungen des Gouverneursrates und des Direktoriums bedürfen, sofern nicht im Einzelfall größere Mehrheiten vorgesehen sind, einer Mehrheit der in der Sitzung vertretenen Stimmenzahl (Artikel 35). Wichtige Beschlüsse wie z. B. Satzungsänderungen (Artikel 60), die Aufnahme neuer nichtregionaler Mitgliedstaaten (Artikel 3), Kapitalaufstockungen (Artikel 5) u. a. bedürfen einer qualifizierten Mehrheit.

6. Technische Bestimmungen

Die Artikel 43 und 44 enthalten Bestimmungen über den Austritt bzw. die Suspendierung von Mitgliedstaaten. Die Einstellung der Geschäftstätigkeit wird in Artikel 47 behandelt. Die Artikel 50 ff. regeln die Rechtsstellung der Bank, der Mitgliedstaaten, Gerichtsbarkeit sowie Immunitäten und Vorrechte. Änderungen des Übereinkommens, Fragen der Auslegung bei unterschiedlicher Interpretation sowie Schiedsverfahren werden in den Artikeln 60 ff. behandelt. Die Artikel 65 und 66 regeln Fragen des Inkrafttretens des Übereinkommens sowie die Aufnahme der Geschäftstätigkeit der AfEB.

III. Überblick über die Beitrittsbedingungen für die nichtregionalen Staaten

Die Beitrittsbedingungen, auf die sich die AfEB und die beitrittswilligen nichtregionalen Regierungen – vorbehaltlich parlamentarischer Zustimmung – geeinigt haben, sind im Übereinkommen über die Errichtung der AfEB, das umfassend geändert wurde, und in den Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank niedergelegt.

Danach können nichtregionale Staaten, die Mitglieder des Afrikanischen Entwicklungsfonds sind oder werden oder materiell gleichwertige Leistungen erfüllt haben oder erfüllen werden, nichtregionale Mitglieder der AfEB werden. Voraussetzung ist, daß am 1. Januar 1981 die in den Allgemeinen Vorschriften niedergelegten Beitrittsbedingungen erfüllt sind.

1. Zeichnung von Kapital

Um den Beitritt der interessierten nichtregionalen Mitgliedstaaten zu ermöglichen, hat der Gouverneursrat mit Beschluß Nr. 06–79 vom 17. Mai 1979 die Erhöhung des genehmigten Kapitals von 1 220 000 000 Rechnungseinheiten auf 5 250 000 000 Rechnungseinheiten durch die Schaffung von 403 000 neuen Anteilen im Wert von je 10 000 Rechnungseinheiten beschlossen.

Der Wert einer Rechnungseinheit der AfEB wurde mit 1,20635 US-Dollar festgelegt.

Der Beschluß sieht weiterhin eine Aufteilung des genehmigten Kapitals in Höhe von 66⅔ v. H. (= 3 500 000 000 Rechnungseinheiten) für die regionalen Mitgliedstaaten und in Höhe von 33⅓ v. H. (= 1 750 000 000 Rechnungseinheiten) für nichtregionale Mitgliedstaaten vor. Auf das genehmigte Kapital ist nach Zeichnung eine Einzahlung in Höhe von 25 v. H. zu leisten.

Die nachstehend genannten Staaten haben sich im Rahmen der Beitrittsverhandlungen grundsätzlich bereit erklärt, folgende prozentuale Anteile von dem für nichtregionale Mitgliedstaaten vorgesehenen Kapital zu übernehmen:

1.	Argentinien	1,14
2.	Belgien	1,64
3.	Brasilien	1,14
4.	Bundesrepublik Deutschland	10,54
5.	Dänemark	2,96
6.	Finnland	1,25
7.	Frankreich	9,60
8.	Großbritannien	6,19
9.	Italien	6,19
10.	Japan	14,04
11.	Jugoslawien	1,14
12.	Kanada	9,60
13.	Korea	1,14
14.	Kuwait	1,14
15.	Niederlande	1,95
16.	Norwegen	2,96
17.	Österreich	1,14
18.	Schweden	3,95
19.	Schweiz	3,75
20.	Spanien	1,50
21.	USA	17,04
		100,00

Die für die Bundesrepublik Deutschland vorgesehenen Anteile am Stammkapital betragen 18 444 Anteile = 184 440 000 Rechnungseinheiten (424 394 963,00 Deutsche Mark), von denen der Gegenwert von 46 110 000 Rechnungseinheiten (= 106 098 741,00 DM) einzuzahlen ist. 138 330 000 Rechnungseinheiten im Wert von 318 296 222,00 DM sind abrufbares Stammkapital (Haftungskapital).

Das einzuzahlende Kapital ist in fünf gleichen Jahresraten in konvertierbarer Währung bar oder in Schuldscheinen zu leisten, die auf Verlangen der Bank sofort einlösbar sind. Die erste Rate wird innerhalb von 30 Tagen nach Erwerb der Mitgliedschaft fällig.

2. Beteiligung der nichtregionalen Mitgliedstaaten an den Organen der AfEB

Jeder Beitrittsstaat wird einen Gouverneur und einen stellvertretenden Gouverneur in den Gouverneursrat, das höchste Entscheidungsgremium der AfEB, entsenden (Artikel 30).

Das Direktorium besteht gemäß Artikel 33 aus 18 Mitgliedern, von denen 12 Mitglieder von den Gouverneuren der regionalen Mitgliedstaaten und 6 Mitglieder von den Gouverneuren der nichtregionalen Mitgliedstaaten gewählt werden. Jeder Direktor ernennt einen Stellvertreter, der nicht der Nationalität des Direktors angehören darf.

Die im Afrikanischen Entwicklungsfonds bestehende Stimmrechtsgruppe zwischen der Bundesrepublik

Deutschland und dem Königreich der Niederlande soll auch bei der Bank fortgesetzt werden. Großbritannien ist grundsätzlich bereit, dieser Stimmrechtsgruppe beizutreten.

Die mit Zeichnung der Kapitalanteile erworbenen Stimmrechtsanteile werden die Bundesrepublik Deutschland in die Lage versetzen, bereits in der ersten Wahlperiode einen der sechs nichtregionalen Direktoren zu stellen.

Da die Leitung der laufenden Geschäfte in der Hand des Direktoriums liegt und dieses Gremium in der Regel durch Konsens aller Mitglieder entscheidet, haben die nichtregionalen Staaten eine wesentliche und direkte Mitwirkungsmöglichkeit bei der Gestaltung der Geschäftspolitik der AfEB.

IV. Inkrafttreten des Übereinkommens und der Allgemeinen Vorschriften

Die Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der AfEB treten gemäß Abschnitt 8 in Kraft, wenn das Direktorium festgestellt hat, daß alle Bedingungen des Abschnitts 1 der Allgemeinen Vorschriften erfüllt sind.

Dazu gehören, daß am 1. Januar 1981 (oder zu einem späteren Zeitpunkt)

- die Änderungen zum Übereinkommen über die Errichtung der AfEB in Kraft getreten sind;
- die Entschließung über die Erhöhung des genehmigten Stammkapitals wirksam geworden ist;
- mindestens zehn nichtregionale Staaten, darunter wenigstens vier mit Einzelbeiträgen an den Afrikanischen Entwicklungsfonds von insgesamt wenigstens 40 000 000 Rechnungseinheiten, durch Hinterlegung entsprechender Urkunden bei der Bank zugesagt haben, insgesamt 90 000 Anteile am Stammkapital zu zeichnen.

Das Übereinkommen in der vorliegenden Neufassung, die Allgemeinen Vorschriften und die Resolution über die Erhöhung des Stammkapitals wurden mit Resolution 05–79, 06–79 und 07–79 des Gouverneursrates am 17. Mai 1979 beschlossen. Sie befinden sich im Ratifizierungsprozeß der einzelnen afrikanischen Staaten.

Die nichtregionalen Staaten, die der AfEB beizutreten beabsichtigen, unternehmen nunmehr alle für den Beitritt erforderlichen gesetzlichen Schritte.

V. Vorbehalte zum Übereinkommen

1. Die Bundesregierung wird im Einverständnis mit der AfEB bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in einem Briefwechsel mit der AfEB zu Artikel 57 des Übereinkommens folgende Vorbehalte einlegen:
   a) Die Bank wird keine Befreiung von der unmittelbaren Besteuerung sowie von Zöllen oder sonstigen Abgaben gleicher Wirkung auf andere als für ihren amtlichen Gebrauch ein- oder ausgeführte Waren beanspruchen;
   b) Die Bank wird keine Befreiung von Steuern in Anspruch nehmen, die nur Vergütungen für Dienstleistungen darstellen;
   c) Die Bank wird im Rahmen der Befreiung nach Artikel 57 Absatz 1 eingeführte Gegenstände im Hoheitsgebiet eines Mitgliedes, das die Befreiung gewährt hat, nur unter den mit diesem Mitglied vereinbarten Bedingungen verkaufen.
2. Die Bundesregierung wird bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde gemäß Artikel 64 Abs. 3 des Übereinkommens erklären, daß in der Bundesrepublik Deutschland die in Artikel 57 Abs. 2 des Übereinkommens vorgesehene Steuerbefreiung nicht auf Personen angewendet wird, die dort einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.
3. Die Bundesregierung wird bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde erklären, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Immunitäten nach den Artikeln 53 und 56 des Übereinkommens nicht in bezug auf eine Zivilklage Anwendung finden, die sich aus einem durch ein der Bank gehörendes oder in ihrem Namen betriebenes Kraftfahrzeug verursachten Unfall ergibt, sowie in bezug auf eine von dem Fahrer eines solchen Fahrzeugs begangene Zuwiderhandlung im Straßenverkehr.

VI. Schlußbemerkung

Entsprechend der Zielsetzung der AfEB ist in der Zukunft mit Aufstockungen des Stammkapitals der Bank zu rechnen. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach Artikel 6 nicht verpflichtet, sich an Aufstockungen des Stammkapitals zu beteiligen.

Druck: Bundesdruckerei, Bonn (023154 11. 80)
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838